

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel A) Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen.

Warum es Zeit ist, dass sich was ändert

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir wenden uns mit diesem Programm an Sie. Wir wollen Sie bei der Bundestagswahl am 22. September für eine andere, für eine bessere Politik gewinnen.

Wir wenden uns mit unserem Programm an alle, die meinen, dass wir in unserer Gesellschaft jetzt einiges verändern müssen, um eine gute, eine sichere Zukunft zu schaffen. Wenn wir die Klimakatastrophe so weit wie möglich aufhalten und die Energiewende verwirklichen, wenn wir morgen in einer gerechten und modernen Gesellschaft leben wollen, dann können wir nicht abwarten – wir müssen heute politisch handeln.

Wir Grüne haben immer versucht, Politik zu machen, die über den Tag hinaus denkt, seit der Gründung der Grünen in der Bundesrepublik im Jahr 1980 und im Osten seit 1989/90 als Grüne Partei in der DDR und als Bündnis 90. Dabei waren wir mutig und ehrgeizig und manchmal haben wir uns dabei auch geirrt. Aber aus unseren Irrtümern haben wir gelernt, unser Ehrgeiz hat uns stark gemacht und mit unserem Mut haben wir die Gesellschaft vorangebracht. Wir wollten aus der Atomkraft aussteigen, als noch alle Mächtigen Atomfans waren. Wir haben für biologische Lebensmittel gekämpft, als noch kein Großhändler auch nur daran dachte diese Produkte zu verkaufen. Wir kämpften an der Seite von Lesben, Schwulen, trans- und intersexuellen Menschen, als diese sozial vielfach geächtet wurden. Wir waren FeministInnen, wir haben die Quote gelebt während überwiegend Männerbünde regierten, die Frauen lieber am Herd sahen und wir kämpften an der Seite der Lesben und Schwulen als ein „Outing“ sozial vielfach geächtet wurde. Wir waren in Ost und West Kriegsdienstverweigerer und Friedensbewegte, als Kalter Krieg und atomares Wettrüsten als politische Notwendigkeit galten. Wir zeigten bereits Verantwortung für die Eine Welt, als der Mainstream noch zwischen drei Welten unterschied und nur das nationale Wohl zählte.

Wir laden Sie auch heute ein, mit uns über den Tag hinauszudenken – mit uns zu diskutieren, was sich ändern muss und wo es hingehen soll. Deutschland hat auf dem Weg zu einer grüneren Wirtschaft und einer offeneren Gesellschaft einiges erreicht, aber in vielerlei Hinsicht haben wir gerade erst angefangen.

1. Es ist an der Zeit, den grünen Wandel entschlossen voranzutreiben

Wir müssen heute etwas ändern, damit auch die kommenden Generationen frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Wir wollen heute etwas ändern, um zu einer Wirtschaftsweise zu kommen, die allen nutzt und nicht nur wenigen – die auf Erneuerbare Energien gebaut ist statt auf Öl, Kohle, Atom und Gas, die unsere Umwelt schützt statt sie zu zerstören. Wir müssen dringend etwas ändern, um das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben und unten zu stoppen. Und wir wollen heute etwas ändern, damit wir morgen endlich in einer vielfältigen Gesellschaft leben, in der Kinder, Frauen und Männer, Menschen verschiedener sexueller Identität, verschiedener Religionen, aus unterschiedlichen Kulturen oder unterschiedlicher Herkunft endlich gleichberechtigt leben können und gleiche Möglichkeiten haben.

Wir wollen alle von der Notwendigkeit des Wandels überzeugen. Lobbyismus und Klientel-Interessen werden wir entschieden entgegentreten und in die Schranken weisen. Auch das ist die Aufgabe demokratischer Politik.

Politik braucht Ideale, braucht Grundsätze und Werte, eine nachvollziehbare Richtung – doch genau das vermissen wir und viele andere bei dieser schwarz-gelben Regierung. Ohne Kompass gibt es keine Orientierung, sind politische Schritte nur noch von tagespolitischen Bedürfnissen und Machtinteressen abhängig.

Wir wenden uns mit diesem Programm an alle IdealistInnen, denn auch wir glauben: eine bessere Gesellschaft ist möglich. Wir wenden uns mit diesem Programm an alle RealistInnen, denn auch wir wissen, dass die besten Ideale wenig wert sind, wenn wir nicht nach machbaren Vorschlägen suchen, sie zu verwirklichen. Wir legen in unserem Programm dar, welche Ideen, welche Grundsätze und Werte grüne Politik anleiten – und machen deutlich, wie wir diese Werte in konkrete Politik übersetzen

2. Warum wir den grünen Wandel brauchen

Die wirtschaftliche Lage ist in Deutschland auf den ersten Blick gut. Unser Land hat viele beeindruckende, technologisch starke Unternehmen, gut ausgebildete Beschäftigte und viele kreative Köpfe. Sie haben Deutschland vor allem über den Exporterfolg besser als viele andere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gebracht.

Alein dieser ökonomische Erfolg ist nicht nachhaltig, weil unsere Wirtschaftsweise noch immer viel zu viel zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Die Produktion unseres Essens, unserer Handys, Autos, Kleider oder Möbel ist noch immer mit immensen Emissionen und Ressourcenverbrauch verbunden. Das Erdklima heizt sich weiter ungebremst auf. Das wird von niemanden mehr ernsthaft bestritten. Die von Folgen der Klimakatastrophe haben uns zum Teil schon jetzt erreicht, nicht nur in Australien und dem Nordpol. Schon jetzt nehmen Dürren, Stürme, extreme Hitze- und Kälteperioden zu, schon jetzt flüchten jährlich weltweit Millionen von Menschen vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe. Die Folgen dieser Entwicklung werden bald noch spürbarer werden. Wir gehen noch immer verschwenderisch mit Rohstoffen um, deren Vorkommen begrenzt ist und deren Abbau die Flüsse vergiftet, die Erde verseucht, die Luft verpestet und Menschen von ihrem Land vertreibt. Menschen in vielen Ländern der Welt verlieren durch unseren Lebensstil ihre Existenzgrundlage, sie bauen auf ihren Feldern Futtersoja an, für unseren Fleischkonsum, sie arbeiten unter fürchterlichen und gefährlichen Bedingungen für unsere Billigkleidung. Auch Kinder schufteten unter furchtbaren Bedingungen für unseren Konsum. Wälder werden gerodet, Böden übernutzt, die Artenvielfalt schrumpft in rasendem Tempo. So untergräbt unser Wohlstand seine eigenen Grundlagen.

Unser ökonomischer Erfolg ist nicht nachhaltig, weil die einseitige Exportorientierung zu massiven Ungleichgewichten in der Europäischen Union beigetragen hat und weil die Ungleichge-

wichte in unserer Gesellschaft immer größer geworden sind. Die Einkommens- und Vermögensschere hat sich immer stärker geöffnet. Während einige wenige hohe Gewinne einfahren, arbeitet mehr als jede/r fünfte Beschäftigte für einen Niedriglohn deutlich unter 8,50 Euro. Obwohl immer mehr Menschen in Arbeit sind, steigt dennoch die Armut. 10% der Haushalte in Deutschland verfügen über weit mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50% der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen gerade einmal 1% des Nettovermögens. In den letzten zehn Jahren ist die Verschuldung der öffentlichen Hand um 800 Mrd. Euro gewachsen – das ungleich verteilte private Vermögen hingegen hat sich von fast fünf auf über zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Marode Schulen, geschlossene Schwimmbäder, stillgelegte Bahnhöfe, fehlende Kita-Plätze, zu wenig Ganztagschulen – in den meisten Kommunen fehlt Geld für unsere öffentlichen Einrichtungen. Diese Entwicklung stellt den Zusammenhalt der Gesellschaft in Frage.

Wir schaden unserer Zukunft, wenn in einem reichen Land wie Deutschland mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen. Nicht nur das, auch ihre Aufstiegschancen sind schlecht. In Deutschland entscheidet sich in der Regel schon mit der Geburt, ob ein Kind später Abitur oder überhaupt einen Schulabschluss macht, ob es eine Chance auf einen Ausbildungsplatz hat, auf ein selbständiges Leben in Würde. Die traurige Wahrheit ist: Armut vererbt sich in unserem Land. Unseren Kindern sollte es einmal besser gehen. Heute hoffen viele, dass es ihnen wenigstens nicht schlechter geht.

Es ist nicht minder skandalös, dass Eltern immer noch um einen Kinderbetreuungsplatz kämpfen müssen, wenn sie einen wollen und brauchen. Noch immer gibt es auch viel zu wenig Ganztagschulen und gute, ganztägig geöffnete Kitas in Deutschland. Seit Jahrzehnten reden wir über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, seit Jahrzehnten tut sich viel zu wenig. Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung gibt es nur für diejenigen wirklich, die es sich finanziell leisten können. Familie ist da wo Kinder sind. Und Familie ist selbstverständlich da, wo Menschen füreinander einstehen und Verantwortung füreinander übernehmen wollen. Kinder brauchen Eltern und Menschen, die sie lieben. Und es muss egal sein, ob die Eltern lesbisch, hetero oder schwul sind. Die ideologische Verweigerung des Adoptionsrechts und der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist diskriminierend und muss überwunden werden. Es ist unwürdig, dass die notwendige Modernisierung vom Bundesverfassungsgericht und nicht vom Parlament vorangetrieben wird.

Frauen und Männer sind in Deutschland immer noch nicht gleichberechtigt. Frauen erhalten weniger Lohn, auch für vergleichbare Tätigkeiten und steigen seltener in Führungspositionen auf. Viel häufiger als Männer sind sie zu Niedriglöhnen und in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die keinen Spielraum für eine eigenständige Absicherung bieten und sind deshalb auch öfters von Altersarmut bedroht. Und sie tragen einen Großteil der häuslichen Sorgearbeit und der Kindererziehung. Hier tut sich seit Jahren wenig. Auch eine Frau als Kanzlerin macht noch keine gute Gleichstellungspolitik.

Es ist erschreckend, dass eine rechte Terrorgruppe über 10 Jahre hinweg, angetrieben von einem blinden Hass auf alles was nicht ihrem kruden Weltbild entsprach, mit Bombenanschlägen und kaltblütigen Morden ungehindert durch unser Land ziehen konnte. Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist tief erschüttert. Echte Konsequenzen aus diesem staatlichen Versagen wurden immer noch nicht gezogen.

Es besorgt uns zutiefst, dass unter Merkels Führung das Europa der Nationalstaaten auf Kosten der europäischen Gemeinschaft reaktiviert wurde. Mit der Devise „an Deutschland soll Europa genesen“ gefährdet die Koalition Angela Merkels nicht nur die weitere Integration, sondern auch das friedliche Miteinander in der EU. Mit ihrem national fokussierten Blick hat Schwarz-Gelb unter dem Deckmantel des Spardiktats in wenigen Monaten über Jahrzehnte aufgebaute

Eckpfeiler – wie Vertrauen, Solidarität und Einheit in Vielfalt – des Friedensprojekts EU ins Wanken gebracht.

Wir finden, das darf nicht so weitergehen. Wir wollen unsere Demokratie und die Bürgerrechte stärken. Wir wollen gemeinsam einen grünen Wandel hin zu einer Wirtschaft und Gesellschaft schaffen, der nicht auf Kosten des Planeten, nachkommender Generationen oder wirtschaftlich schwächerer Menschen in anderen Regionen geht. Ein grüner Wandel, der das Vertrauen in staatliche Institutionen wieder stärkt.

Deutschland hat alle Mittel dazu, das zu schaffen: die Menschen, die Technologien, das Wissen.

Und auch den Willen. Denn die Gesellschaft ist weiter als Merkel und ihr Kabinett uns glauben machen wollen. Die große Mehrheit will, dass es in unserer Gesellschaft gerechter zugeht, dass mehr Beteiligung möglich ist und dass wir endlich Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat längst verstanden, dass wir schonender mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen müssen, dass wir einen neuen sozialen Ausgleich und ein echtes Teilhabeverprechen brauchen, dass wir unsere Demokratie erhalten und dafür aber auch etwas tun müssen.

Doch diesen gesellschaftlichen Mehrheiten steht eine schwarz-gelbe Koalition entgegen, deren Kanzlerin die Klientelinteressen schützt statt sich auf die Seite des Wandels zu stellen. Verwandeln wir also endlich die gesellschaftliche Mehrheit in eine politische Mehrheit. Eine andere, eine bessere Politik ist möglich!

3. Unser Ziel: Ein besseres Morgen

Wir können gemeinsam eine Wirtschaft schaffen, die Lebensqualität für alle schafft, ohne Umwelt, Natur und unsere natürliche Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir können gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen, in der niemand ausgeschlossen ist von Bildung und Arbeit und einem Leben in Würde.

Mit der Energiewende übernehmen wir eine weltweite Vorreiterrolle. Damit können wir in Deutschland zeigen, dass eine erfolgreiche Industrienation den Umbau zu einer klimafreundlichen Energieversorgung schaffen kann. Wir können dem stockenden internationalen Klimaschutz so ganz neue Impulse geben und die drohende Klimakatastrophe noch abwenden. Gleichzeitig können mit diesen politischen Rahmenbedingungen innovative UnternehmerInnen hunderttausende neuer Jobs und alte Abhängigkeiten vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas werden beseitigt. Das spart viel Geld und macht unsere Produktion sauber. Die neue, saubere Energie wird dabei von vielen kleinen Unternehmen in Bürgerhand erzeugt, nicht nur von einigen wenigen Großkonzernen, die heute den Wandel bremsen, weil sie uns teuren Strom verkaufen wollen, ohne Konkurrenz fürchten zu müssen. Wir ziehen endlich die Konsequenz daraus, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind und eine Energieversorgung der Zukunft nicht auf Kohle und Öl aufbauen darf – und auf Atom schon gar nicht. Der Ressourcen hunger der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mitverantwortlich. Der gerechte Zugang zu Energie und der Nutzung von natürlichen Ressourcen ist aktive Friedenspolitik, genauso wie der Ersatz endlicher Rohstoffe durch erneuerbare.

Die Wirtschaft, die wir brauchen, soll Wohlstand für alle schaffen. Wir setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild. Bisher wird unsere Wirtschaft fast ausschließlich anhand ihres Wachstums beurteilt. Die Fixierung von Politik und Medien allein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Über die wichtigsten Dinge, die das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, kann es uns unterm Strich sogar ärmer machen. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für

Wohlstand und Lebensqualität – einen neuen Wohlstandsindikator, der die soziale und ökologische Dimension des Wohlstandes mit umfasst. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht Märkte in den Mittelpunkt stellt.

Wir haben es in der Hand, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen gerecht an ihr teilhaben können, dass Arm und Reich nicht unerreichbar weit auseinanderliegen, Wenige sich nicht auf Kosten Vieler bereichern, und alle Zugang zu den Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben haben. Wir wollen, dass sich jeder gemäß seiner Fähigkeiten und Potentiale entwickeln kann – in guten Kitas und Schulen und nicht abhängig vom Geldbeutel seiner Eltern. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir geben aber auch klar Auskunft, wie wir die Mittel einsetzen wollen, um zu guten öffentlichen Institutionen zu kommen, von denen alle profitieren. Wir arbeiten so an einer sozialen und ökologischen Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir schaffen endlich klare Regeln für die Finanzmärkte. Gute Arbeit, gute Löhne, mehr Mitsprache der Beschäftigten – all das kann und muss zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg beitragen.

Wir wollen in einer modernen Gesellschaft leben, in der Menschen gleichberechtigt sind und gleiche Chancen und Möglichkeiten haben – Frauen und Männer, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge, Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters, Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener sexueller Identität. Wir wollen unsere Demokratie wiederbeleben, so dass neben den gewählten Parlamenten vor allem die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden – und nicht starke Lobbys, für die das Gemeinwohl kein Kriterium ist.

Wir wollen einen respektvollen Umgang mit der Natur, der die Artenvielfalt, den Boden, die Luft und das Wasser schützt. Wir wollen eine naturnahe Waldwirtschaft. Wir wollen eine Landwirtschaft, die nicht mehr von tierquälerischer Massentierhaltung und klimaschädlicher Fleisch- und Milchproduktion geprägt ist. Wir wollen informierte Verbraucherinnen und Verbraucher mit gesicherten Rechten – keine Lebensmittel- oder Datenschutzskandale in Serie.

Wir richten unsere Politik nicht nach Himmelsrichtungen aus. Weder Ost und West noch Nord und Süd dürfen gegeneinander ausgespielt werden. Wir packen die Probleme dort an, wo sie bestehen. Unser Ziel sind gleiche Chancen, Möglichkeiten und vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Regionen. Auch deshalb bedarf es auch über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution der Solidarität zwischen den ost- und westdeutschen Ländern. Wir können auch heute noch viel voneinander lernen und uns gemeinsam entwickeln. Grüne Politik denkt und handelt auch vor Ort. Städte und Dörfer sind zentrale Orte des öffentlichen Zusammenlebens. Es wird Zeit, dass die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, denn Zusammenleben und Demokratie bekommen hier ihr Gesicht.

Wir wollen ein europäisches Deutschland – kein deutsches Europa. Die Bundesrepublik hat vom Zusammenwachsen Europas profitiert wie kein anderes Land. Doch in der Krise hat sich gezeigt, dass Europa Reformen braucht. Wir sind uns sicher: um die großen Herausforderungen zu gestalten, brauchen wir mehr Europa. Aber wir brauchen auch ein anderes Europa: ein Europa, das miteinander mehr gegen Jugendarbeitslosigkeit und Armut unternimmt, das gemeinsam den Weg hin zu den Erneuerbaren Energien geht, das Flüchtlinge schützt anstatt die Grenzen Europas zu todbringenden Mauern aufzurüsten. Ein Europa mit gemeinsamen Sozialstandards und mehr Kooperation in Steuer- und Finanzfragen. Wir brauchen ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger statt ein Europa der Regierungen, Verwaltungen und Expertokratie.

Wir stehen für eine Politik, die global denkt und handelt. Unsere ambitionierte innenpolitische Reformagenda geht einher mit einer globalen durchdachten Politik. Den Schutz des Klimas, den Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt gibt es nur global. Unser Ziel ist es Menschenrechte umzusetzen, Armut zu reduzieren, Frieden zu sichern sowie Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie zu fördern.

Wir glauben, dass viele in Deutschland so denken, vielleicht sogar die meisten. Doch um zu diesem Ziel zu kommen müssen wir noch Vieles verändern. Und wir müssen es bald tun, denn eine falsche Wirtschaftsweise und eine ungerechte Gesellschaft verursachen Schäden, die nicht mehr zu reparieren sind. Wir glauben, der grüne Wandel ist der richtige Weg zu diesem besseren Morgen.

4. Teilhaben, Einmischen, Zukunft Schaffen – Motoren des grünen Wandels

Eine bessere Politik lässt Menschen teilhaben. Denn nur wer Teil dieser Gesellschaft ist, wer Zugang hat zu den öffentlichen Gütern, wird nicht abgehängt und kann selbstbestimmt leben. Eine bessere Politik braucht Menschen die sich einmischen und begreift diese nicht als Störfaktor. Eine bessere Politik schaut voraus und schafft Zukunft – heute schon.

Teilhaben, Einmischen, Zukunft schaffen – das ist die Richtung des grünen Wandels. Teilhaben, Einmischen, Zukunft schaffen – das sind zugleich seine Motoren.

Teilhaben: Ihre Stimme für mehr Gerechtigkeit

Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr soziale Teilhabe! Teilhabe ist eine elementare Bedingung für Gerechtigkeit: Teilhabe am Arbeitsmarkt, Teilhabe an den Bildung, Teilhabe an sozialer Sicherung, Teilhabe an einem Gesundheits- und Pflegesystem, das keine Unterschiede zwischen den Menschen und ihren Einkünften oder ihrer Herkunft macht - Teilhabe aber auch an wirtschaftlicher Entwicklung und ökonomischem Erfolg.

Eine Politik der Teilhabe braucht neben einer menschenwürdigen Grundsicherung die Erneuerung und Stärkung unserer öffentlichen Institutionen. Wir wollen sie an die Öffentlichkeit zurückgeben: die öffentlichen Orte, Räume und Netze. Ob Kitas oder Schulen, Hochschulen oder Berufsschulen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, Jobcenter oder Arbeitsagenturen, öffentliche Plätze oder Stadtteilzentren, Jugend- oder Kultureinrichtungen: überall dort entscheidet sich, ob Teilhabe möglich ist. Die Erneuerung all dieser öffentlichen Institutionen braucht höhere Qualität, Öffnung für alle und bessere Beteiligungsmöglichkeiten. Wir beschreiben in den Kapiteln unseres Programms genau, wie die Erneuerung dieser Orte, Räume und Netze aussehen kann. Hier investieren wir Geld – und vor allem unsere Ideen.

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der normal ist, verschieden zu sein, in der alle Zugang haben. Unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder Herkunft, Alter oder Elternhaus, körperlicher oder psychischer Verfassung: Wir bauen die Barrieren ab. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens haben und erwünscht sind. Gleich ob Schule oder Arbeitsmarkt, Stadtviertel oder Kultureinrichtung, Gesundheit oder Pflege: Unser Ziel ist eine durchlässige Gesellschaft, die Blockaden abbaut, in der Anstrengung belohnt wird und niemand durch verschlossene Türen und gläserne Decken ausgebremst und ausgeschlossen wird.

Teilhaben – das braucht eine *solide und solidarische Finanzierungsbasis*, in der die stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren. Deshalb sollen die kleinen Einkommen entlastet und die höheren stärker einbezogen werden. Wir wollen Gering- und NormalverdienerInnen entlasten durch ein höheres steuerfreies Existenzminimum und stabilisierte Beiträge für Krankheit und Pflege durch eine Bürgerversicherung. Erben sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung von Bildung und Kultur in den Ländern leisten. Verdienst aus Geldanlagen soll wieder genauso hoch besteuert werden wie Verdienst aus Arbeit. Und wir wollen eine Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung, die dazu dient, den durch die Finanzkrise enorm gewachsenen Schuldenberg abzutragen – damit unsere Steuergelder nicht für die Zinstilgung, nicht für das Zahlen von Zinsen, sondern für mehr Teilhabe und bessere öffentliche Güter für alle genutzt

werden können. Grundlage unserer finanz- und steuerpolitischen Reformen, die wir in diesem Programm vorschlagen, ist eine transparente Finanz- und Haushaltspolitik, die die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen beachtet. Maßstab für die Entwicklung und Umsetzung dieser Reformen waren und sind Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit sowie die Bewahrung der betrieblichen Investitionsfähigkeit. Entlang dieser Maßstäbe haben wir unsere finanz- und steuerpolitischen Reformen entwickelt und überprüft und werden es auch in Zukunft tun.

Teilhabe – das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch europa- und weltweit. Wir wollen europaweit zu einer Finanzierungsbasis für Teilhabe beitragen durch einen europäischen Steuerpakt zum Schließen von Steueroasen und das Beenden von Steuerdumping.

Teilhabe – das geht nur mit gerechten Löhnen und guter Arbeit für alle. Deshalb wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen, Minijobs ersetzen, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern und das Tarifvertragssystem stärken.

Teilhabe – das braucht eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Denn eine Gesellschaft mit großer Ungleichheit kann ihre Potentiale nicht nutzen – sie verliert den Rückhalt ihrer Mitglieder und damit den Kitt der sie zusammenhält. Unsere Gesellschaft muss wieder von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, nicht nur die obersten 10 Prozent. Neben Steuern und Sozialabgaben braucht es dafür auch eine andere Wirtschaftspolitik, die die Dominanz einzelner Akteure zurückdrängt.

Teilhabe – das bedeutet im 21. Jahrhundert auch Zugang zu schnellem Internet zu haben. Soziale wie ökonomische Teilhabe hängt nicht zuletzt vom Breitbandinternetanschluss ab. Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass jede/r am schnellen Internet teilhaben kann.

Teilhabe – das braucht auch diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima, in dem alle Menschen ihre Chance bekommen und sich einbringen können. Wir wollen unsere Einwanderungsgesellschaft so gestalten, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt zusammenleben können. Wir wollen eine moderne Integrationspolitik, die anerkennt, dass jede Einbürgerung ein Erfolg ist.

Teilhabe – das zielt auch auf Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Sexismus und die Benachteiligung von Frauen sind in vielen Fällen noch immer trauriger Alltag. Wir machen mit dem Skandal Schluss, dass viele Frauen immer noch keine eigenständige Existenzsicherung haben, dass sie die schlechteren Karrierechancen und niedrigere Löhne in Kauf nehmen müssen. Dafür brauchen wir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, eine Quote in Aufsichtsräten und einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung. Außerdem wollen wir das Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung umwandeln.

Machen wir aus der gesellschaftlichen eine politische Mehrheit: für gute öffentliche Institutionen, für eine gerechtere Verteilung und ein soziales Sicherungssystem, das seinen Namen wirklich verdient. Für eine gerechte Gesellschaft, an der alle teilhaben.

Einmischen: Ihre Stimme für mehr Beteiligung

Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr demokratische Beteiligung! Misch Dich ein! Das war unser Credo bei unserer Parteigründung in Ost wie West. Und Einmischen braucht unsere Demokratie auch heute. Wir wissen, was Bürgerbewegungen auch über festgefahrene Strukturen und Parteigrenzen hinweg erreichen können. Wir wollen mit unserer Politik das Einmischen leichter machen. Demokratie zählt zu dem wertvollsten, was wir haben. Und gerade deshalb wollen wir sie neu beleben, ihr neue Kraft geben. Das geht nur, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen können und ihre demokratischen Rechte geltend machen. Wir beschreiben in

unserem Programm, wie eine neue demokratische Kultur aussehen kann. Wir setzen auf eine Politik des Zuhörens, Hörbarmachens und Mitentscheidens, in der Einmischung gewünscht ist und die Politik die Gründe ihres Handelns offen legt und zur Diskussion stellt.

Einmischen erfordert zunächst *neue Mitbestimmungsmöglichkeiten*. Wir schaffen mehr Bürgerbeteiligung in den Planungsverfahren und bessere Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Volksentscheiden. Die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative beispielsweise ist ein großer Erfolg. Das fordern wir auch wenn es um unser Herzensanliegen geht, die neue klimafreundliche Energieversorgung. Einmischung ist erwünscht, auch wenn uns Grünen dann ab und zu der Wind ins Gesicht bläst.

Wer möchte, dass die Menschen sich einmischen und den Wandel aktiv mitgestalten können, der muss nicht nur an den Verfahren feilen, sondern auch die Voraussetzungen fürs Einmischen schaffen. Einmischen – das braucht zum Beispiel *starke Kommunen* und Beteiligung vor Ort. Menschen sind engagiert und kompetent – gerade da, wo sie zuhause sind, in ihrer Kommune: Elterninitiativen, die mit selbstverwalteten Kitas voran gehen und zeigen, wie dringend notwendig die Betreuung von unter Dreijährigen ist; Bürgerinnen und Bürger, die den „Atomausstieg selber machen“ und den Energieversorger wechseln, weil es ihnen zu langsam vorangeht; Sportvereine, die der Politik zeigen, dass ein neues Miteinander manchmal so einfach umzusetzen ist.

Einmischen – das heißt aber auch die Barrieren für Beteiligung zu beseitigen. Wir wollen, dass all diejenigen mitbestimmen können, die schon lange hier leben und dafür das Wahlrecht ändern. Unsere Demokratie darf niemanden aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Identität, Geschlecht, Behinderung, Religion und Weltanschauung oder Alter ausgrenzen. Deswegen heißt Einmischen auch, Jugendlichen die Möglichkeiten zur demokratischen Entscheidung zu öffnen. Wir wollen das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre senken. Einmischen heißt auch, dass Menschen nicht aufgrund einer Behinderung einfach von ihrem Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen.

Einmischen – das geht aber auch nicht ohne gerechte Repräsentation. Wir kämpfen für eine inklusive Demokratie, in der alle mitreden und mittun können. Gerade deshalb streiten wir für eine gerechte demokratische Repräsentation. In den Parlamenten, in der Verwaltung, aber auch in den Parteien. Dafür brauchen wir Parteien, die sich zu den Bürgerinnen und Bürgern hin öffnen. Wir brauchen starke Parlamente und transparentes Regierungshandeln. Es ist beispielsweise nicht hinnehmbar, dass deutsche Waffen an alle Welt verkauft werden – ohne ausreichende parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrolle.

Einmischen – das heißt die Freiheit dazu zu haben. Der Abbau unserer Bürgerrechte muss ein Ende haben. Sicherheit gehört gewährleistet, Freiheit gehört nach über zehn Jahren der Einschränkung, die unter den Eindrücken der Terroranschläge in den USA vorgenommen wurden, wieder gestärkt. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der Menschen nicht das Gefühl haben müssen, überwacht zu werden – sei es durch den Staat oder immer häufiger durch Unternehmen. Der Schutz unserer Privatsphäre und die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung sind daher umso elementarer im 21. Jahrhundert.

Einmischen – das lebt von mündigen VerbraucherInnen. Wir brauchen endlich wieder eine Verbraucherpolitik, die unsere Rechte schützt. Denn wir können nur Einfluss nehmen, wenn wir wissen was drin ist, ob im Essen oder im Versicherungspaket.

Einmischen – das muss auch für die Arbeitswelt gelten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine Arbeitsmaschinen und kein Kostenfaktor sondern die wichtigste Produktivkraft, die wir haben. Deswegen wollen wir ihre Rechte stärken, ihre Ideen und Engagement fördern.

Einmischen – das heißt für uns, jeder Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Die NSU Morde und vor allem der skandalöse Umgang der Verfassungsschutzbehörden, Polizei und Justiz bei der Aufklärung zeigen, wie viel hier noch zu tun ist. Diesen immensen Schaden müssen wir beheben und wieder Vertrauen schaffen. Wir stärken den Widerstand gegen Nazis mit allen rechtstaatlichen Mitteln und erheben unsere Stimme auch dann, wenn Rassismus oder Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Einmischen – das heißt für uns eine offene Gesellschaft zu schaffen, in der jede und jeder ohne Diskriminierung, ohne Angst vor Unterdrückung – sei es durch den Staat, durch menschenrechts- und demokratiefeindliche Bewegungen, durch private Einrichtungen, durch die eigene Familie – leben, arbeiten und handeln kann.

Einmischen – heißt die Beteiligungsmöglichkeiten des Internets nutzen und für alle zugänglich machen. Wir setzen auf die neuen digitalen Möglichkeiten, um mehr Mitwirkung und mehr Transparenz herzustellen.

Einmischen – heißt die Entscheidungsstrukturen auch auf internationaler Ebene fairer zu gestalten. Wir wollen deshalb die Vereinten Nationen als internationale Organisation mit der meisten Legitimation weiter demokratisieren sowie den Internationalen Strafgerichtshof und das Völkerstrafrecht stärken.

Machen wir aus gesellschaftlichen Wunsch Wirklichkeit: für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, für eine gerechte Repräsentation und für eine neue Politik des Zuhörens. Für eine demokratische Gesellschaft, in der sich Einmischung lohnt.

Zukunft schaffen: Ihre Stimme für ein besseres Morgen

Schaffen wir einen grünen Wandel für ein besseres Morgen! Nachhaltig wirtschaften bedeutet nicht mehr verbrauchen, als auch nachwachsen kann – nicht von der Substanz leben, sondern von den Erträgen. Inzwischen wissen wir längst, dass sich dieses Motto nicht nur auf die Ökologie beschränken darf.

Zukunft schaffen – das heißt zuallererst die *Energiewende schaffen*. Wir erreichen 100% sichere Energie – ohne Atom, Kohle und andere fossile Energieträger. Dazu wollen wir das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) reformieren, von teuren Industriesubventionen befreien und so die Strompreise sozialer gestalten. Wir müssen den Strommarkt so organisieren, dass er den Übergang zu den Erneuerbaren Energien unterstützt und damit er auch dann noch funktioniert, wenn Kohle und Atom endlich verschwunden sind. Wir wollen Deutschland vom Bremsen zum Vorreiter beim Klimaschutz machen – hier, in Europa und der Welt. Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, damit es Energiesicherheit und Planungssicherheit gibt. Wir sorgen außerdem dafür, dass die Energiewende auch in der Verkehrspolitik ankommt. Mit Vorfahrt für FußgängerInnen, Fahrrad, Elektroantrieb und Schienenverkehr ermöglichen wir eine neue Mobilität für alle – unabhängig von fossilen Energieträgern und frei von Lärm, der uns krank macht.

Zukunft schaffen – das heißt der *Wirtschaft eine grüne Richtung* geben. Wir stehen vor einem gigantischen Umbau unserer Industriegesellschaft hin zu einer ökologischen, also ressourcenleichten und emissionsarmen Wirtschaftsweise. Dafür braucht es einen neuen Rahmen, der ökologische Leitplanken und politischen Ziele für soziale Gerechtigkeit, eine zukunftsfähige Wirtschaft und ausgeglichene Staatsfinanzen setzt. Wir können unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren, in dem wir knappe Rohstoffe weniger verwenden, wieder verwenden und durch günstigere und umweltschonendere Rohstoffe ersetzen. So leisten wir einen Beitrag für eine umweltverträgliche und gerechte globale Entwicklung.

Zukunft schaffen – das heißt Generationengerechtigkeit: Wir wollen Jugend aktiv beteiligen und brauchen Chancengleichheit von Anfang an bis ins Alter. Mit vielfältigen Förderangeboten, einem besseren und sozial gerechteren Bildungssystem und einer Politik, die Chancengleichheit immer im Blick behält schaffen wir eine Zukunft, in der jedeR die gleichen Chancen hat von den gesellschaftlichen Möglichkeiten zu profitieren.

Zukunft schaffen – das heißt für uns *auf Bildung und Wissenschaft zu setzen*. Von einer zukunftsfähigen Bildungsrepublik sind wir noch weit entfernt. Ein gutes Bildungs- und Wissenschaftssystem ist Voraussetzung für die Bewältigung der großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Eine zukunftsfähige Gesellschaft und grüne Ökonomie braucht das Wissen und die Kreativität ihrer Menschen, benötigt gut ausgebildete Fachkräfte und HochschulabsolventInnen, lebenslanges Lernen sowie die Innovationen und das Know-how aus Wissenschaft und Forschung sowie den Mut von UnternehmerInnen und Unternehmen, nachhaltige Innovationen in die wirtschaftliche Praxis umzusetzen

Zukunft schaffen – das heißt Familien unterstützen. Familien übernehmen zentrale gesellschaftliche Aufgaben – in der Verantwortung für Kinder, aber auch in der Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige. Das gilt für alle Familien; egal ob homo- oder heterosexuell, ob verheiratet oder nicht, ob Patchwork oder alleinerziehend. Deshalb müssen endlich alle Familien gleichgestellt werden. Wir finden, dass alle gelebten Familienmodelle unter den Schutz von Artikel 6 Grundgesetz gehören. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass alle Familien die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit Kinder als Bereicherung für Familie und Gesellschaft wahrgenommen werden und Kindererziehung nicht zur Belastung wird. Dafür ist die Sicherstellung der Kinderbetreuung genauso wichtig wie die Erkenntnis, dass Familie auch Zeit braucht, die geschützt werden muss.

Zukunft schaffen – das heißt die *Arbeit der Zukunft* fördern und gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Mit einer dritten, einer grünen industriellen Revolution und mit mehr Arbeit von Menschen für Menschen – ob in Bildung, Gesundheit, Pflege oder Kultur – schaffen wir die Arbeitsplätze von Morgen und sichern so Wohlstand und soziale Teilhabe für alle. Die Arbeit der Zukunft ist eine gerechter verteilte Arbeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der nicht einerseits Menschen ohne existenzsichernde Arbeit im sozialen Abseits stehen und andererseits unter Beschäftigten "Burnout" ein Massenphänomen ist und vielen kaum noch Zeit für familiäre oder soziale Aufgaben bleibt. Wir werden neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit zum Leben und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können.

Zukunft schaffen – das heißt bezahlbares Wohnen für alle. Wenn spekulative Mieten eingedämmt werden, kann die Vertreibung vieler Haushalte aus ihrer Nachbarschaft verhindert werden. Energetische Gebäudesanierung muss angemessen und kontinuierlich gefördert werden.

Zukunft schaffen – das heißt *vorsorgen*. Das gilt in der Haushaltspolitik, in der wir insbesondere mit der Vermögensabgabe den gigantischen Schuldenberg abtragen wollen. Das gilt für die Arbeitsmarktpolitik, indem wir Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, damit die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können. Das gilt in der Rentenpolitik, in der wir mit der Garantierente das Vertrauen auch zukünftiger Generationen in die Alterssicherung zurückgeben wollen. Das gilt aber auch für die Gesundheitspolitik, die auf Vorsorge setzen muss und sich nicht erst kümmert, wenn wir schon krank sind.

Zukunft schaffen – das heißt die *Umwelt erhalten*. Wir brauchen mehr Schutzgebiete für die Artenvielfalt und ein neues Tierschutzgesetz. Wir brauchen eine Landwirtschaft ohne Gentechnik und ohne industrielle Tierproduktion. Tiergerecht statt massenhaft – so schaffen wir Zukunft für Mensch, Tier und auch für das Klima.

Zukunft schaffen – das gelingt nur mit Europa. *Unser gemeinsames Europa*. Wir stärken deshalb die Demokratie, Solidarität, Solidität, Nachhaltigkeit und die Menschenrechte in der EU. Dabei streiten wir für einen ökologisch-sozialen Umbau Europas, statt nur auf einseitiger Sparpolitik in den Krisenländern zu setzen. Wir wollen eine Bankenunion und eine unabhängige Bankenaufsicht. Wir ergänzen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union, damit nicht nur die Finanzmärkte diktiert, was geht und was nicht geht. Und wir wollen ein starkes Europaparlament, dass die Hinterzimmerpolitik von Frau Merkel beendet und Transparenz vor Lobbyinteressen stellt.

Zukunft schaffen – das können wir nur, wenn wir die gesamte Welt im Blick haben. *Unsere eine Welt*. Deshalb wollen wir die große Transformation hin zu einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Globalisierung vorantreibenden. Das heißt auch das Versprechen, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, ebenso ernst zu nehmen wie die zivile Krisenprävention, bei der das Konzept der Schutzverantwortung umgesetzt wird. Das heißt aber auch ein neues Kontrollgesetz einzuführen, um sich gegen Rüstungsexporte einzusetzen und mit einem neuen Kontrollgesetz den Export von Waffen aus Deutschland zu begrenzen.

Jetzt Handeln für ein besseres Morgen! Das ist unsere Antwort auf die Merkel-Koalition, die die Energiewende komplett gegen die Wand fährt, die Rettung des Euro immer nur vertagt, die wachsende Armut und Ungleichheit einfach ignoriert. Anstatt Herausforderungen anzugehen und der Wirtschaft endlich ein neues, zukunftsfähiges Fundament zu geben, werden falsche Entscheidungen getroffen oder Probleme auf die lange Bank geschoben.

5. Am 22. September grün wählen

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

Es ist an der Zeit, dass sich was ändert. Statt sozialer Spaltung brauchen wir ein neues Miteinander. Statt entfesseltem Kapitalismus eine Regulierung der Finanzmärkte. Statt altem Wachstum echte Lebensqualität. Statt einer marktkonformen Demokratie eine demokratische Erneuerung, in der die Menschen etwas zu sagen haben und die Politik gestalten kann. Statt einer Rolle rückwärts eine sichere Energiewende und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Statt einer Globalisierung auf Kosten der Armen eine soziale und nachhaltige Weltwirtschaft.

Wer grün wählt, stimmt für einen Weg aus den Krisen. Mit Kompass und Werten und realistischen Lösungen. Unser grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann und viele andere Grüne in Verantwortung in den Ländern und Kommunen zeigen, was Grün kann, wenn Grün regiert. Und auch unsere SpitzenkandidatInnen Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin stehen dafür ein: Realismus und Weitsicht verankert in klaren Werten.

Schwarz-Gelb betreibt pünktlich zum Wahlkampf reine Ankündigungspolitik, steht in Wahrheit aber mit ihrer Politik gegen einen echten Mindestlohn, gegen eine verbindliche Frauenquote, gegen eine entschiedene Energiewende sowie gegen die tatsächliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Damit steht Schwarz-Gelb gegen die gesellschaftliche Mehrheit in diesem Land. Deswegen gehört sie auch abgelöst.

Wir kämpfen eigenständig für unsere Ideen und Inhalte. Wir kämpfen in diesem Bundestagswahlkampf für starke Grüne in einer Regierungskoalition mit der SPD, weil wir in diesem Regierungsbündnis die besten Chancen sehen, den grünen Wandel umzusetzen.

Bei dieser Bundestagswahl geht es nicht um eine Direktwahl der Kanzlerin oder des Kanzlers. Es geht nicht um die absolute Mehrheit einer Partei. Es geht darum, welche Koalition die nächsten

vier Jahre Deutschland regiert. Wir wollen den grünen Wandel mit einer rot-grünen Koalition erreichen. Rot-Grün ist die Alternative zur Merkel-Koalition.

Koalitionen sind keine Frage von Farben oder Ideologien. Koalitionen sind Bündnisse auf Zeit zur Umsetzung gemeinsamer Ziele. Nur wer mit uns Grünen in die gleiche Richtung gehen will, nur wer den grünen Wandel ermöglichen will, mit dem können wir regieren, mit dem wollen wir koalieren. Wer in eine andere Richtung gehen will, mit dem können wir nicht regieren und mit dem wollen wir nicht koalieren.

Und da ist unübersehbar: CDU und CSU hintertreiben die Energiewende. Die Union ist gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen eine stärkere Beteiligung der Reichen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens. Sie steht gegen die Gleichstellung der Frauen und die vollständige Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen. Immer wieder betreibt die Union Wahlkampf mit dem Ressentiment gegen Minderheiten und gegen eine moderne Einwanderungspolitik. Die CSU ist offen europafeindlich. CDU und CSU blockieren den grünen Wandel.

Die Linkspartei macht unseriöse sozial- und finanzpolitische Versprechungen, so dass der Wortbruch vorprogrammiert ist. Sie lehnt die Einhaltung, der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ab. Die Linkspartei verweigert jede internationale Verantwortung und selbst die Debatten über UN-mandatierte, friedenserhaltende Auslandseinsätze. In der tiefsten Krise der Europäischen Union steht sie abseits, schürt Stimmungen und verweigert Solidarität. Die Linke steht abseits des grünen Wandels.

Die FDP vertritt auf absurde Weise die Klientelinteressen einiger weniger. Sie will das EEG abschaffen, sie verweigert sich einer solidarischen Steuerpolitik, lehnt Mindestlöhne ab und ist gegen die Frauenquote. Die FDP ist eine Kampfansage an den grünen Wandel.

Für uns ist klar: Bei den zentralen Themen – bei der Energiewende, bei einer gerechten Steuerpolitik, bei einer modernen Gesellschaftspolitik – gibt es mit der SPD neben Gemeinsamkeiten auch Differenzen. Manchmal ist die SPD kein Antreiber, sondern ein Bremsen. Nur mit starken Grünen wird sie ein Partner für den grünen Wandel sein. Deshalb braucht es 2013 starke Grüne.

Teilhaben – Einmischen – Zukunft schaffen: das bildet zusammen die Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft – für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für ein besseres Morgen.

Teilhaben – Einmischen – Zukunft schaffen: das beschreibt einen neuen Weg aus den Krisen und den Aufbruch hin zu einer offenen, modernen Gesellschaft und einer Wirtschaft, die besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.

Wählen Sie grün. Für mehr Gerechtigkeit. Für mehr Beteiligung. Für ein besseres Morgen.

Für den grünen Wandel.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel B) 100% sichere Energie

Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen

Als wir 1980 das erste Mal zur Bundestagswahl angetreten sind, haben wir gegen alle anderen Parteien den Ausstieg aus der Atomenergie und eine Wende in der Energiepolitik hin zu Sonne, Wind, Wasser und mehr Energieeffizienz gefordert. Damals wurden diese Ideen als „Spinnertum“ abgetan.

Heute, eine Generation und zwei Atom-Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima später, ist der Atomausstieg zu großen Teilen Realität und der Einstieg in die Energiewende gelungen: Von den 26 Atomkraftwerken, die Anfang 1990 in Ost- und Westdeutschland in Betrieb waren, laufen nur noch neun. Der Bundestag hat im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr. Daher wollen wir die Sicherheitsanforderungen national und international erhöhen, entsprechende Nachrüstungen an den AKW durchsetzen und so die Rahmenbedingungen ändern, dass die Betreiber das letzte AKW schon deutlich vor 2022 abschalten werden. Dem gegenüber steht die unter Rot-Grün eingeleitete Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien: Sie wuchsen von 5% im Jahr 1998 auf heute 25% und sind damit der zweitwichtigste Stromerzeuger geworden. Das ist ein zentraler Erfolg grüner Politik.

Wir wollen, dass die Energiewende vom Testfall zum Erfolgsmodell wird. Aber die Vollendung der Energiewende geschieht nicht von allein: CDU/CSU und FDP stellen täglich unter Beweis, dass sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien nur widerwillig betreiben. Mit überbordenden Industrieprivilegien konterkarieren sie den ökologischen Wandel der Wirtschaft und belasten die Verbraucherinnen und Verbraucher mit unfairen Strompreisen. Schwarz-Gelb würde den Atomausstieg offenkundig am liebsten wieder rückgängig machen. Assiiert werden sie dabei von einschlägigen Lobby-Organisationen mit millionenschweren Werbeetats, die den Ausbau erneuerbarer Energien zum Erliegen bringen wollen. Doch in der Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, der diesem Interesse zuwiderläuft. Die meisten Menschen wollen, dass auch die letzten neun Atomkraftwerke bald abgeschaltet werden und auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgt. Wir haben das Zeitalter der Erneuerbaren Energien eingeläutet und jetzt muss die Energiewende mit Leidenschaft, Begeisterung und Kreativität vorangetrieben werden – auch global. Es geht darum, bezahlbare Energie für alle bereitzustellen, ohne dass dafür – wie bisher – unsere Kinder Atommüll, eine Klimakatastrophe und ökologische Schulden aufgebürdet bekommen. Dafür stehen nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Und wir wollen den Erfolg der Energiewende weltweit. Denn die Antwort auf Energiearmut und eine global wachsende Energienachfrage heißt Erneuerbare Energien für alle in Verbindung mit

Energieeffizienz und Energieeinsparung. Der Weg weg von fossilen Energien und Atom ist auch vorausschauende Friedenspolitik. Deutschland muss seiner Verantwortung als Vorbild für einen klimagerechten weltweiten Umstieg auf Erneuerbare gerecht werden und verlässlicher Partner sein für die Bekämpfung von Energiearmut. Deshalb müssen wir Lösungen für den Energiehunger der Metropolen mitentwickeln und zugleich dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum vorantreiben. Die deutsche Energiewende steht im globalen Scheinwerferlicht. Wenn sie erfolgreich ist, werden sich andere wichtige Staaten unserem Beispiel anschließen und eine neue globale klimapolitische Dynamik entstehen lassen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, wollen wir die Energiewende zum Erfolg führen. Das bringt auch einen Durchbruch beim Kampf gegen den globalen Klimawandel mit sich – denn Deutschland wird international als Testfall dafür betrachtet, ob Klimaschutz und Erneuerbare Energien mit wirtschaftlicher Vernunft und mit Gewinn verbunden werden können.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil wir damit Zukunft schaffen. Wir wollen unseren Kindern ein gutes Erbe hinterlassen – eine Energieversorgung frei von Atomgefahren und klimaschädlichen CO₂-Emissionen, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe, die zu Millionen von Klimaflüchtlingen führt.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil so die Energie aus den Händen der Konzerne in die Hände der BürgerInnen wandert. So können sich endlich alle einmischen und mitmachen bei der Versorgung unserer Gesellschaft mit Energie.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil nur sie soziale Teilhabe in der Energieversorgung dauerhaft absichert. Während die Preise für Kohle, Öl und Gas kontinuierlich steigen, schickt die Sonne keine Rechnung. Um die Energiewende besser koordinieren zu können, machen wir uns für eine Kompetenzerweiterung des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium stark. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Netzausbau und Strommarktreform gehören endlich zusammen gedacht.

1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft

Vor allem in den Industrienationen basiert das tägliche Leben seit mehr als zwei Jahrhunderten auf der Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei knapp 25%. Bereits 2030 wollen wir unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich streben wir eine Umstellung möglichst bis 2040 an. Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022, wenn spätestens die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.

Dass 100% Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien eine technologische Herausforderung darstellt, ist uns klar. Doch wir setzen auf die Leidenschaft und Kreativität, die technologische Innovationen hervorbringt – und wie sie in vielen Unternehmen, an Hochschulen und in weiten Teilen der Gesellschaft bereits jetzt mit Händen zu greifen ist. Die Erfahrung anderer industrieller Entwicklungen macht Hoffnung: Technologische Sprünge sind möglich und machbar: So wurde etwa 1885 in Berlin das erste Kraftwerk in Deutschland errichtet, bereits im Jahr 1900 hatten praktisch alle Städte Elektrizität. Während 1970 Computer noch auf Lochkarten-Basis funktionierten und Hallen füllten, hatten 25 Jahre später schon viele Haushalte einen eigenen PC zu Hause. Die Elektrifizierung der Städte bis 1900 oder die Verbreitung des Internets brauchten nur wenige Jahre. Wenn wir es wollen und vorantreiben, können wir auch den Sprung in eine Welt sauberer Energie schaffen.

Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, dass die hierfür notwendige Politik umgesetzt wird und die Kosten gerecht verteilt werden. Wir wollen daher das von uns im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz, das den Technologie-Boom ausgelöst hat, und von vielen Ländern in aller Welt nachgemacht wurde, intelligent fortentwickeln. Das EEG hat einen intensiven globalen Wettbewerb bei den Anlagenherstellern ausgelöst, die Erzeugungskosten für Solarstrom um 80 Prozent gesenkt und den Stromertrag von Windkraftanlagen enorm erhöht. Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen.

Darüber hinaus wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ökostrom-Ausbau kosteneffizient weiter voranzubringen und Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung, etwa bei der Biomasse, zu setzen. Da die EEG-Umlage viel höhere Kosten ausweist als die tatsächlichen Mehrkosten des EEG, wollen wir dass sie zukünftig die Wahrheit sagt und werden sie sachgerecht umgestalten. Wir wollen eine Effizienzrevolution fördern, bei der drohende Rebound-Effekte, also der Verlust an Effizienzgewinnen durch erhöhten Verbrauch, vermieden werden. Doch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz dürfen nicht auf den Strombereich begrenzt bleiben. Im Wärme und Verkehrssektor müssen die großen Einsparpotentiale ebenfalls besser ausgeschöpft werden. Hierbei achten wir darauf, dass Unternehmen sich nicht durch sog. "Greenwashing" vor Ihrer Verantwortung drücken.

Wir wollen den Strommarkt neu ausrichten. In Zukunft bilden Wind und Sonne die Basis unserer Stromerzeugung. In sonnen- und windarmen Zeiten können bestehende Speicher und hocheffiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Schon heute müssen aber andere innovative Techniken ausgebaut werden wie beispielsweise Biomassekraftwerke, Lastmanagement, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas („Power-to-Gas“).

Damit es sich lohnt, Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer abgerufen wird, muss der Strommarkt darauf ausgerichtet werden. Notwendig ist deswegen ein verändertes Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle- und Atomstrom ausgerichtet ist. Wir wollen Kapazitätsmechanismen, die im Strommarkt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellen. Wir wollen Deutschland zur Modellregion für intelligente Netze (Smart Grids) machen.

2. Die Energiewende von unten weiterführen

Der bisherige Boom der Erneuerbaren Energien in Deutschland wurde zu über 90% von Privatleuten und Stadtwerken, nicht von den vier großen Energieversorgern gestemmt. Wir wollen, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und bürgernäher wird. Die Energieversorgung der Zukunft ist viel dezentraler und bürgernäher. Dies hat das EEG mit seinem Einspeisevorrang und einer garantierten Vergütung getan. Wer diese erfolgreiche Grundlage heute torpediert, will sie ausschließlich in die Hände großer Konzerne geben. Das werden wir verhindern, indem wir das EEG schrittweise weiterentwickeln und den Fokus auf kostengünstige Technologien richten. Gleichzeitig werden wir das Gesellschaftsrecht so formulieren und uns weiterhin dahingehend einsetzen, dass die Energiewende auch in Zukunft durch eine breite Beteiligung von Kleinanlegern voran getrieben werden kann.

Wir wollen die Städte und Gemeinden aktiv darin unterstützen, kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen, Erneuerbare und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, die örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze wieder in kommunale Hand zu nehmen und die Energieerzeugung in Bürgerhand sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit zu

fördern. Das stärkt Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass die Energieausgaben der Menschen in der Region bleiben.

Strom zu transportieren ist heute noch deutlich günstiger als ihn zu speichern. Gerade der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien braucht den Stromnetzbau. Dabei müssen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen ausgeschöpft werden und einem Ausbau vorausgehen. Wir stehen daher zu einem sinnvollen Netzausbau – auch wenn wir wissen, dass wir damit den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Deshalb müssen alle Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen in Verteil- und Übertragungsnetzen ausgeschöpft werden. Beim Netzausbau sind der Vorrang des EE-Stroms und eine Netzanschlussverpflichtung essentiell. Bei neuen Trassen ist es zentral, dass die Planungen transparent und gemeinsam mit Umweltverbänden sowie den betroffenen Gemeinden und BürgerInnen erstellt werden. Wir wollen Erdkabel als weithin akzeptierte Alternative zu Freileitungen einsetzen. Neue 110-kV-Leitungen sind grundsätzlich als Erdkabel auszuführen, neue 300-kV-Leitungen zumindest in sensiblen Gebieten mit Blick auf Bevölkerung und Natur. Wir wollen dabei auch ambitionierte immissionsschutzrechtliche Vorsorgewerte berücksichtigen. Wir wollen den Einstieg des Bundes in eine zu gründende Deutsche Netz Gesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand, um die derzeitigen Schwierigkeiten der Netzbetreiber bei der Umsetzung von Projekten zu reduzieren. Dazu sollen die vier Netzregelzonen zusammengeführt werden. Wir werden aber auch Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten erarbeiten, damit sie von den garantierten Renditen der Stromnetze unmittelbar profitieren können. Ebenso setzen wir beim Ausbau von Erneuerbaren auf eine intensive Beteiligung und Einbeziehung der Betroffenen sowie auf Berücksichtigung naturschutzfachlicher Vorgaben.

Um eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien zu ermöglichen, brauchen wir auch intelligente Verteilnetze (Smart-Grids) und neue Stromspeicher; wir müssen die Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität verknüpfen. Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden. Die verschiedenen Speichertechnologien können alle etwas dazu beitragen, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind und Sonne an unterschiedlichen Stellen im Netz auszugleichen. Deshalb wollen wir sie fördern, parallel anwenden und in ein offenes Technologie-Wettrennen treten lassen. Die Speicherung von Gas muss auf stabile Lagerstätten begrenzt werden. Den Bundesländern fällt eine verantwortungsvolle Aufgabe insbesondere bei der räumlichen und zeitlichen Steuerung des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie der erforderlichen Netz- und Speicherinfrastrukturen zu. Dazu müssen die raumordnerischen Instrumente und Verfahren bei frühzeitiger Beteiligung der BürgerInnen gestärkt werden. Dabei werden alle Teilnehmer am Energiemarkt - ob kleines Stadtwerk oder großer Konzern - ihren Beitrag leisten müssen.

Die Energiewende darf nicht zu Lasten der weltweiten Ernährung oder des Naturschutzes gehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Biomasseerzeugung und deren Import an die Einhaltung strenger Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu binden. Auch in Deutschland ist die weitere Biomassenutzung aufgrund der Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, stofflichen Nutzung und zu Naturschutz- und Erholungszwecken sehr begrenzt. Die beschränkte Menge Biomasse, die zur Stromerzeugung zur Verfügung steht, muss primär dazu dienen, die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Der Vermaisung der Landschaft, die Fehlsteuerungen in der Agrar- und Energiepolitik der letzten Jahre zu verantworten haben, wollen wir entgegenwirken. Daher werden wir die Rahmenbedingungen im EEG so ändern, dass die Förderung von Biogasanlagen sich künftig auf die Verwertung biogener Reststoffe konzentriert und Anreize geschaffen werden, von Monokulturen auf Anbau in Fruchtfolgen und auf ökologisch und landschaftlich attraktive Energiepflanzen (z. B. Blühpflanzenmischungen, Klee gras) umzustellen.

3. 100% sichere Energie ohne Kohle und Atom

Kohle hat keine Zukunft. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche CO₂-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Das weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie ist: unter der Erde. Dafür wollen wir das Bergrecht ändern, um neue Braunkohletagebaue zu verhindern und uns international für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards bei Steinkohleabbau einsetzen. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen und neuen Braunkohletagebau zu verhindern. Gas hat von den fossilen Energieträgern die geringsten CO₂-Emissionen und die größte Flexibilität und kann insofern die Funktion einer Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien übernehmen. Trotzdem ist uns bewusst, dass auch Gas endlich und klimaschädlich ist. Wo immer möglich wollen wir Gas in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – also der gleichzeitigen Nutzung von Strom und Wärme – einsetzen und so den Anteil der KW an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 25% steigern. Dazu wollen wir das KWK-Gesetz novellieren und insbesondere die Anreize für Mini- und Mikro-KWK („stromerzeugende Heizung“) verbessern. Die CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCS) an fossilen Kraftwerken sowie die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien ("Fracking") lehnen wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Giftige Lagerstättenwasser dürfen nicht wieder verpresst werden.

Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weist. Das Gesetz wird den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und als verbindliches Ziel formulieren, die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen in Deutschland bis 2020 um 40%, bis 2030 um 60%, bis 2040 um 80% und bis 2050 um 95% unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Gesetz wird verbindliche Ziele für den Verkehrs-, Wärme- und Strombereich sowie die Land- und Forstwirtschaft beinhalten. Die Fortschritte werden jährlich überprüft. Bei Zielverfehlungen muss das zuviel ausgestoßene CO₂ ausgeglichen und der Klimaschutz verstärkt werden. Dazu sind im Klimaschutzgesetz konkrete Maßnahme und wirksame Sanktionen vorzusehen. Investoren haben so Sicherheit für ihre langfristigen Strategien in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Wir wollen – finanziert aus der Kürzung umweltschädlicher Subventionen – das Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein 3,5 Mrd. Euro umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein Marktanzreizprogramm, Erneuerbare Wärme und „Smart Grid“-Technologien (Intelligente Stromnetze) und für Forschung unterlegen sowie das Programm für energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro aufstocken. Für die Entwicklung von Effizienz und höchsten Sicherheitsstandards bei der Smart Grid-Technologie werden wir einen angemessenen finanziellen Rahmen schaffen.

4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln

Die Energiewende gelingt nur mit dem Atomausstieg – der Atomausstieg gelingt nur mit der Energiewende. Bei den noch laufenden Atomkraftwerken muss die Sicherheit höchste Priorität haben. Besonders die beiden noch laufenden Siedewasserreaktoren in Gundremmingen stellen weiterhin ein großes Risiko dar. Mit uns gibt es keine Sicherheitsrabatte. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Nutzung der Atomkraft sicher, schnell und endgültig beendet wird. Wir werden die Sicherheitsanforderungen – anders als Schwarz-Gelb – erhöhen und wieder auf den Stand von Wissenschaft und Technik bringen. Falls diese Standards nicht

eingehalten werden können, müssen die betreffenden AKW vom Netz genommen werden, das beschleunigt den Atomausstieg. Wir werden dafür sorgen, dass bei allen AKW noch mindestens eine Periodische Sicherheitsüberprüfung durchgeführt wird und Vorsorge gegen Flugzeugabsturz verlangen. Die Atomwirtschaft hat bisher die Profite eingesteckt und die Risiken sozialisiert. Wir wollen dagegen die Versicherungspflicht deutlich ausweiten. Außerdem sollen die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden. Aus unserer Sicht ist der Atomausstieg erst vollendet, wenn alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementeproduktion Lingen geschlossen sind; das ist unser Ziel.

Auch AKW jenseits unserer Grenzen bergen hohe Sicherheitsrisiken. In einer künftigen Bundesregierung werden wir daher Verhandlungen mit den betreffenden Nachbarländern über die Sicherheitsstandards führen und Unterstützung bei der Energiewende anbieten. Wir werden die Aahus-Konvention so in deutsches Recht umsetzen, dass BürgerInnen Zugang zu Information und Einspruchsmöglichkeiten haben. Der Atomausstieg ist unglaublich, wenn Deutschland zugleich AKW-Projekte im Ausland unterstützt. Hermes-Bürgschaften für AKW wollen wir deshalb sofort und endgültig stoppen.

Die Energiewende muss auch in der Forschung stattfinden. Forschung zur weiteren Nutzung der Atomenergie und zur Kernfusion ist nicht zukunftsfähig. Anstatt Geld für die kerntechnische Transmutation und das Kernfusionsprojekt ITER zu verschleudern, werden wir öffentlich Forschungsmittel für Transformationsforschung einsetzen, die technologische Innovationen und gesellschaftliche Verankerung der Energiewende unterstützt. Deshalb setzen wir uns auch für ein Ende des EURATOM-Vertrags und die Fusionsforschung durch das Projekt ITER ein. Wenn dabei keine konsensuale Einigung mit den anderen Vertragspartnern möglich ist, sollte Deutschland einseitig aussteigen.

Der noch eine Million Jahre strahlende Atommüll ist unser aller Müll – ob wir seine Produktion wollten oder nicht. Dafür muss diese Generation die Verantwortung übernehmen und endlich unter breiter BürgerInnenbeteiligung bundesweit, ergebnisoffen, nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent den bestgeeigneten Endlagerstandort suchen. Atomindustrie und politische Kräfte, die weiterhin versuchen, den ungeeigneten Standort Gorleben durchzusetzen, werden auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Die Endlagersuche muss komplett von den Verursachern des Atommülls finanziert werden. Atommüllexport wollen wir verbieten.

Die Förderung von Erdöl kann mit traditioneller Produktionsweise seit Jahren weltweit nicht mehr erhöht werden. Die Nachfrage wächst jedoch zugleich ungebremst weiter. Auch das sog. „Fracking“ wird den Preistrend nach oben auf Dauer nicht bremsen. Wir GRÜNE wissen: Wir müssen „weg vom Öl“, ehe es uns verlässt. Denn die zunehmende Verknappung und Verteuerung von fossilen Ressourcen kann zu drastischen Energie- und Mobilitätskostensteigerungen, zu Nahrungsmittel- bzw. Ernährungskrisen bis hin zu geopolitischen Spannungen und dem Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige führen. Den Aspekt künftig drastisch steigender Rohstoffpreise wollen wir in allen Planungs- und Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand als wichtige Leit- und Entscheidungslinie beachten. Die Diskussion über neue Wirtschaftsweisen und Lebensstile beim Übergang „weg vom Öl“ wollen wir interdisziplinär und offensiv führen.

5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle

Energie ist Lebenselixier – eine warme Wohnung und eine sichere Stromversorgung sind heute für jede/n elementar. Energiepolitik ist deswegen auch eine Frage der sozialen Teilhabe. Eine auf

Kohle, Öl und Gas basierende Energieversorgung ist aber ein Armutsrisiko für weite Teile der Bevölkerung. So waren 2011 und 2012 mit einem Preis von jeweils 107 Dollar pro Barrel die mit Abstand teuersten Öl-Jahre der Geschichte, auch die Kohle- und Gasimportpreise sind zuletzt deutlich gestiegen.

Mit der Energiewende im Wärmemarkt schaffen wir energetische Teilhabe für alle. Schließlich sind die Wärmekosten ein größerer Faktor als die Stromkosten. Es ist unser Ziel, dass nach und nach alle Häuser in Deutschland auf Niedrig-Energiehaus-Niveau saniert werden und der verbleibende Wärmebedarf durch Erneuerbare Energien gedeckt wird. Denn die Sonne schickt keine Rechnung. Wir wollen im Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz verankern, dass neben dem Neubau auch nach Modernisierungen der Heizungsanlagen im Gebäudebestand erneuerbare Wärme anteilig genutzt werden muss. Wir wollen, dass ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden. Neubauten, die als Plusenergiehäuser gebaut werden, sollen gefördert werden. Strom- und Wärmeversorgung - z.B. durch BHKWs – sollen gekoppelt werden. Wir setzen den Rahmen so, dass die Sanierungsquote von heute 0,7 Prozent auf 3 Prozent im Jahr steigt. Die Sanierungstiefe muss noch ansteigen. Gleichzeitig dürfen aber die mit der energetischen Sanierung verbundenen Investitionskosten nicht dazu führen, dass die Mieten für die MieterInnen nicht mehr bezahlbar sind. Vielmehr ist es unser Ziel, mit unseren Maßnahmen Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang zu bringen.

Wir wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben und dabei einkommensschwache Haushalte unterstützen. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen finanzschwache Haushalte profitieren. Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngeldes zur Verfügung, um soziale Härten zu verhindern. Zudem wollen wir das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz, die Modernisierungsumlage und die Energieeinsparverordnung so umgestalten, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung bieten. Weiteres zur energetischen Gebäudesanierung findet sich im Kapitel "Unsere Politik vor Ort".

Auch der Strompreis muss für alle bezahlbar bleiben. Von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen insbesondere finanzschwache Haushalte profitieren. Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Die Energiewende wird zurzeit nur von den VerbraucherInnen und nicht-privilegierten Unternehmen finanziert, die richtigen Stromfresser bleiben außen vor. Geschenke an die Industrie wollen wir abschaffen. Wir begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahme zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen können. Wir werden uns international dafür einsetzen, Strompreissubventionen abzubauen. Bei den Vorteilen ist es umgekehrt: Wind- und Sonnenstrom senken den Strompreis an der Börse, doch bei den normalen Stromverbraucherinnen und -verbrauchern kommt diese Entlastung nicht an. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Privilegien für die Industrie und andere Großverbraucher abbauen und Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen. Das entlastet die Verbraucherinnen und Verbraucher um mehr als 4 Mrd. Euro. Das entspricht bei dem durchschnittlichen Stromverbrauch einer vierköpfigen Familie einer Entlastung von 35 Euro pro Jahr. Die Befreiung großer Stromverbraucher von den Kosten der Stromnetze haben Gerichte und EU-Kommission verworfen. Die Bundesregierung will diese ungerechtfertigte Vergünstigung trotzdem weiter führen. Wir wollen sie abbauen, denn gerade große Unternehmen sind auf ein funktionierendes Stromnetz angewiesen und können dieses nicht von Privathaushalten finanzieren lassen.

Die Regelsätze von Arbeitslosengeld II, Grundrente, Sozialhilfe, BaföG und anderen Transferleistungen müssen rascher an gestiegene Strompreise angepasst werden, damit es nicht zu sozialen Schieflagen kommt. Wir wollen ein energetisches Existenzminimum gewährleisten. Gas- und Stromsperrern für Privathaushalte müssen gesetzlich eingeschränkt und die Versorger verpflichtet werden, eine Ratenzahlungsvereinbarung oder den Einsatz von Vorkassenzählern anzubieten, statt Strom oder Gas zu sperren. Zur Wahrheit gehört aber auch: Auch ohne Energiewende würden die Strompreise steigen, denn aufgrund des veralteten Kraftwerksparks und der alten Netze existiert ein großer Investitionsbedarf in das deutsche Stromsystem. Und nicht zuletzt werden die Kosten fossiler Brennstoffe weiter steigen.

Die Stromkosten können wir alle selbst am einfachsten senken, indem wir unseren Stromverbrauch senken. Wir wollen wie von der EU vorgegeben, und in einigen europäischen Ländern wie z.B. Dänemark bereits erfolgreich angewandt, eine gesetzliche Grundlage für einen Markt für Energieeffizienzmaßnahmen in Industrie, Gewerbe und Haushalten schaffen. Das Ziel lautet, bis 2020 15% des Stromverbrauchs einzusparen. So machen wir Kilowattstunden statt Menschen arbeitslos und senken die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger.

In den letzten Jahren ist die Effizienzpolitik nahezu zum Erliegen gekommen. Viele richtige europäische Initiativen sind an Schwarz-Gelb gescheitert. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Energieeffizienz und dem Energiesparen wird. Wir Grüne werden das Thema Energieeinsparungen deshalb deutlich mehr in den Focus rücken. Dazu ist es notwendig konstruktiv europäischen Initiativen wie den Top-Runner-Ansatz voran zu bringen. Vor allem auch in der Wirtschaft sind noch enorme Effizienzpotentiale vorhanden. Anstatt immer neue Subventionen im Energiebereich zu erfinden, müssen endlich strengere Standards greifen. Alleine die in den USA gültigen Normen bei Elektromotoren in der Wirtschaft könnten zu Stromkosteneinsparungen bis zu 50% führen. Damit könnten die Belastungen von Unternehmen für ihre Energiekosten enorm gesenkt werden, ohne die Verbraucher zu belasten. Energieeffizienz und Energiesparen voranzubringen erfordert aber auch eine kritische gesellschaftliche Debatte über unseren Umgang mit Energie. Wir Grüne stellen uns dieser Herausforderung.

6. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global

Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit bis 2015 ein ambitioniertes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen wird. Wir müssen die Folgen der Klimaveränderungen begrenzen und versuchen, die Erderwärmung nicht über 2 Grad ansteigen zu lassen. Damit die Bremser den globalen Klimaschutz nicht weiter blockieren können, treten wir ein für eine „Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ mit Deutschland in einer Allianz ambitionierter Vorreiter inner- und außerhalb der Vereinten Nationen. Wir werden Klimapolitik und Energiewende zu einem Schwerpunkt unserer Außenpolitik machen. Bestehende Klimaschutzallianzen wie die Transatlantische Klimabrücke werden wir ausbauen und verstetigen. Klimapolitische Pioniere können durch die Gründung von Klima-Clubs neue Dynamik in den internationalen Verhandlungsprozess bringen.

Wir stehen für eine Politik, die auf Klimagerechtigkeit abzielt. Zur Klimagerechtigkeit gehört, dass die Länder und Bevölkerungsgruppen, die am meisten zu den Klimaveränderungen beitragen und beigetragen haben, vorrangig verpflichtet sind, den davon Betroffenen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Ob CO₂ in Deutschland, in China oder in den USA emittiert wird, ist der Atmosphäre egal. Es braucht deshalb einen globalen Rahmen, der den Ausstoß von klimawirksamen Gasen regelt. Wenn aber der Natur ein Preis gegeben wird, um diese Fragen mit Marktmechanismen zu regeln, brauchen wir dafür starke soziale, ökologische und menschenrechtliche Leitplanken. Wir werden uns national und international für den Abbau

von klima- und umweltschädlichen Subventionen einsetzen und auch die großen Volkswirtschaften der Erde dazu drängen. Rein technologische Ansätze wie z.B. das Geo-Engineering sind keine Lösung des Klimaproblems, sie greifen nicht die Ursachen auf, sondern versuchen nur - unter Inkaufnahme hoher, ungeklärter Risiken - Symptome zu bekämpfen.

Europa muss zur Union für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden. Unser Ziel ist es, dass die Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30% Emissionsreduktion (ohne Anrechnung von Auslandsprojekten) bis 2020 erhöht. Den europäischen Emissionshandel wollen wir stärken durch eine Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO₂. Bis zur Einigung auf europäischer Ebene geht Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises voran, der Anreize für die Stilllegung alter Kohlekraftwerke und Investitionen in saubere Technologien setzt. In anderen Emissionssektoren wollen wir eine stärkere Orientierung der Energiesteuern am CO₂-Ausstoß. Zudem setzen wir uns für eine verbindliche Fortentwicklung der Klima-, Erneuerbaren- und Energieeffizienzziele der Europäischen Union für das Ziel-Jahr 2030 ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45% sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45% steigen. Um die Erneuerbaren Energien in Europa zu stärken, treten wir für einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien ein. Um unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, müssen wir weit mehr als bisher für den Klimaschutz tun. Bisher waren alle Maßnahmen nicht ausreichend. Entwässerte, intensiv genutzte Moore setzen riesige Mengen CO₂ frei. Wir wollen mit einem großflächigen Programm zur Moorrenaturierung Moore wieder zu CO₂-Senken machen.

Wir wollen, dass Deutschland seine internationalen Zusagen endlich einhält und deshalb zusätzlich jährlich 500 Millionen Euro aufwenden, damit die ärmsten Länder Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen vornehmen können. Denn von den Folgen der Klimaveränderungen und einer falschen Energiepolitik sind immer die Schwachen zuerst und am härtesten betroffen. In Form eines Klimaschutzhaushaltes werden wir ein Steuer- und Haushaltskonzept vorlegen, mit dem wir die nötigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Erneuerbare Energien durch den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen solide und verlässlich finanzieren.

Wer GRÜN wählt, ...

- stimmt für eine erfolgreiche Energiewende mit bezahlbaren Preisen und 100% Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030,
- gibt die Energiewende in die Hände der Bürgerinnen und Bürger,
- will mehr Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien und Effizienz,
- sorgt für einen schnellen und endgültigen Atomausstieg ohne Sicherheitsrabatte und dafür dass die Entsorgung des Atommülls zügig und verantwortungsvoll angegangen wird,
- stimmt gegen Kohlekraftwerke und für den Kohleausstieg bis 2030,
- will konsequenten Klimaschutz, u.a. durch ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen,
- will die Energiewende zum internationalen Erfolgsmodell machen.

Schlüsselprojekte

100 % erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand

Der Ausbau erneuerbarer Energien von 5 auf 25 % der Stromproduktion in kurzer Zeit war ein bedeutender Beitrag zu nachhaltiger Energieversorgung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100% Erneuerbare Energien umstellen. Damit setzen wir das erfolgreichste wirtschaftliche Demokratisierungsprojekt in Deutschland fort. Die Bürgerinnen und Bürger, die Genossenschaften und kleinen Unternehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen und Stadtwerken sind das Rückgrat der Energiewende – das ist das Ergebnis grüner Energiepolitik. Anders als die schwarz-gelbe Lobbypolitik für die Energiekonzerne, werden wir dafür sorgen, dass die Energiewende in BürgerInnenhand bleibt. Damit diese „Energiewende von unten“ weitergeht, verteidigen wir den Einspeisevorrang für Erneuerbare, schaffen Planungssicherheit für Investoren, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und leiten damit auch den Kohleausstieg ein. Wir wollen die Regelungen des EEG zum Ausbau der Erneuerbaren Energien so überarbeiten, dass es weiterhin zu einem dynamischen Ausbau der Erneuerbaren kommt und die Kosten gerecht verteilt werden. Denn die Energiewende braucht Investitionen. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden und der Strompreis muss auch während des Umstiegs für alle bezahlbar bleiben. Dafür werden wir zuerst die Industrieprivilegien zurückführen sowie Mittelstand und Privathaushalte um 4 Mrd. Euro Energiekosten entlasten.

Klimaschutz verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz verabschieden

Die Unverbindlichkeit in der Klima- und Energiepolitik behindert die Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Bisher wurde Klima- und Energiepolitik durch einzelne Maßnahmen gesteuert, die schnell wieder in Vergessenheit gerieten. Alle Beteiligten benötigen jedoch einen verlässlichen Investitionsrahmen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ein Klimaschutzgesetz verabschiedet wird. Darin formulieren wir verbindliche Ziele für Klimaschutz wie die Treibhausgasreduzierung um 40% bis 2020 und 95% bis 2050 unter das Niveau von 1990, mit konkreten Zielen und Maßnahmen für die Bereiche Strom und Wärme, Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung wird verpflichtet, alle zwei Jahre ein Maßnahmenpaket für die einzelnen Sektoren vorzulegen, unabhängige Experten überprüfen dieses jährlich mit Blick auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz. Damit wird über die oft kurzatmigen Legislaturperioden hinweg eine dauerhafte Struktur für die Lösung des Generationenprojekts Klimaschutz und Energiewende geschaffen.

Energiewende vorantreiben – Den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen

Die größten Klimakiller unter den Energieträgern sind Braun- und Steinkohle. Wenn wir die globale Erwärmung aufhalten wollen und die Energiewende dezentral organisiert werden soll, dann muss die Kohle da bleiben, wo sie ist: unter der Erde. Das heißt: keine neuen Kohlekraftwerke und keine Ausweitung von Tagebauen. Der Raubbau an der Natur ist

besonders sichtbar in Brandenburg, Sachsen und in Nordrhein-Westfalen, wo riesige Tagebaue Landschaften und Dörfer verschlingen und Menschen vertreiben. Für diese Regionen wollen wir nachhaltige Alternativen finden. In Vorzeigeregionen für Erneuerbare kann die Transformation ohne Verlust von Wertschöpfung vor Ort geschehen. Damit die deutsche Wirtschaft mit dem Kohleausstieg planen kann, werden wir ihn im Klimaschutzgesetz flankieren. Steigende Anforderungen an Emissionen, Effizienz und Flexibilität von Kraftwerken müssen den Ausbau der Erneuerbaren flankieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dauerhaft eingespeister Kohlestrom verhindert zudem wirtschaftliche Laufzeiten für dringend benötigte, flexible Kraftwerke.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel C) Anders Wirtschaften

Wie wir unsere Marktwirtschaft ökologisch und sozial neu begründen

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Klima- und Finanzkrise sind auch Ausdruck eklatanten Marktversagens. Wirtschaftspolitik muss ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen verpflichtet sein. Wir treten ein für eine grüne Transformation unserer Wirtschaft. Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was ökologisch und sozial unvernünftig ist. Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen. Ein großer Teil der wissenschaftlichen ökonomischen Modelle hat versagt. Die Grundannahmen der Modelle müssen kritisch überprüft werden. Wir brauchen wieder pluralistische Ansätze in der wirtschaftspolitischen Beratung. Das Projekt Europa ist durch die tief greifende wirtschaftliche soziale Spaltung stark gefährdet. Die massive Verarmung und Jugendarbeitslosigkeit von bis zu über 50% in Europa ist für uns Grüne nicht hinnehmbar. Die deutsche Wirtschaft ist bisher leidlich gut durch die Finanzkrise gekommen und profitiert von ihrer Exportstärke. Doch diese Stärke ist nicht nachhaltig. Die Rezession 2009 konnte wesentlich gemildert werden durch das Konjunkturprogramm II und das Kurzarbeitergeld. Mit der Abwrackprämie für die Automobilindustrie wurde die Chance vertan, die ökologische Modernisierung zu fördern. Viele Millionen Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt und können an der Stärke der Unternehmen nicht teilhaben, zu viel der Produktion basiert auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen. Hinzu kommt, dass Angela Merkel während ihrer Regierungszeit 500 Mrd. Euro Schulden angehäuft hat, die nachfolgende Generationen abtragen müssen. Auch eine weitere Zunahme der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gefährdet die Nachhaltigkeit unserer Marktwirtschaft. Dies wollen wir nicht länger hinnehmen.

Wir werden die Weichen für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Ökonomie stellen. Die Bundesrepublik soll Vorreiter dieser Zukunftsökonomie sein, und sich für eine europäische Industriepolitik einsetzen, die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass auch die südeuropäischen Länder daran teilhaben und davon profitieren. Deutschland und Europa brauchen eine grüne industrielle Revolution, die in hohem Maße von den kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen wird. Und wir brauchen eine Offensive der sozialen Dienstleistungen, von der Bildung bis zur Pflege. Das schafft hunderttausende neuer Jobs.

Wir setzen den Märkten mit einer werteorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Leitplanken. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sprechen. Unter diesen Voraussetzungen können Märkte einen Innovationsschub für den sparsamen Einsatz von Energie und Ressourcen und für neue Technologien, die weltweit gefragt sind, bewirken.

Es ist das Verdienst eines hoch innovativen Mittelstandes und seiner Beschäftigten, dass deren Produkte in der ganzen Welt gefragt sind. Diese Innovationskraft muss erhalten und ausgebaut werden. Deswegen muss Deutschland seinen Vorsprung bei Effizienz- und Umwelttechnologien jetzt nutzen.

Anders Wirtschaften heißt Schluss mit dem schwarz-gelben Klientelismus. Gute Wirtschaftspolitik bedeutet nicht die Interessen eines einzelnen Unternehmens voran zu bringen, sondern nachhaltige Lösungen im Interesse der gesamten Gesellschaft zu suchen. Anderes Wirtschaften heißt die ökonomische Teilhabe stärken. Eine Neubegründung unserer Marktwirtschaft heißt, den Mensch wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Unsere ökonomische Produktivität soll dem Wohlstand aller dienen. Die Wirtschaft mag wachsen – aber zu welchem Preis? Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns, noch ein adäquates Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. Deswegen geht es auch um ein Fundament für gute Arbeit – mit Mindestlöhnen und einem höheren steuerfreien Existenzminimum. Menschen müssen von ihrem Einkommen gut leben können und die Möglichkeit zu einer armutsfesten Altersvorsorge haben. Anders Wirtschaften bedeutet auch, die Verteilung von Arbeit neu zu gestalten, damit mehr Menschen teilhaben können sowie für humane Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten einzutreten.

Anders Wirtschaften heißt sich einmischen, um dem Vorrang der Politik Geltung zu verschaffen. Damit meinen wir, dass demokratisch legitimierte Institutionen den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen sollten. Dazu müssen auch die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie analysiert und berücksichtigt werden. Ein einfacher Gegensatz zwischen „guter“ Politik und „schlechter“ Ökonomie greift zu kurz. Die Finanzmärkte in Europa müssen wir endlich an die Leine nehmen, indem wir die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik korrigieren, die jahrelang Deregulierung und kurzfristige Profitmaximierung über nachhaltige Entwicklung stellte. Dabei müssen ökonomische Gesetzmäßigkeiten beachtet werden. Nur so haben wir eine Chance, dass die Krise nicht zur Dauerkrise wird. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die bei Verhandlungen in Brüssel immer wieder auf die Bremse tritt, wollen wir Europa stärken und uns mehr für gemeinsame Regelungen einsetzen und diese mit voranbringen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Finanz, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik und ohne verbindlich vereinbarte Sozialstandards können auf Dauer nicht funktionieren. Wir Grüne wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: die Eurostaaten müssen ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen.

Anders Wirtschaften – heißt Zukunft schaffen. Der Aufbruch in die Zukunftsökonomie ist lang und bedarf vieler, oft auch kleiner Schritte. Bei den Erneuerbaren Energien haben wir Grüne gezeigt, wie grüne Technologien und neue Märkte zu Jobmotoren werden. Neue grüne Jobs entstehen auch in Bereichen wie Tourismus, Gesundheitswesen und Lebensmittelherstellung sowie in Berufen, die zur Ökologisierung von Lebensweisen beitragen können, durch Wissenstransfer, Verbraucheraufklärung, Beratung oder Ökozertifizierung. Ob Maschinen- und Anlagenbau oder die chemische Industrie – auch die klassischen Branchen profitieren von der ökologischen Wende.

1. Grüne Transformation der Industrie – in Deutschland, Europa und weltweit

satz zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung. Das ist Kern grüner Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen nicht weniger als eine grüne industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es eine aktive Politik, die sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen als auch Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken. Dafür entwickeln wir eine übergreifende Strategie, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt. Unternehmen sind Akteure des Wandels. Ohne die unternehmerische Vielfalt ist die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht zu bewältigen. Wir brauchen ihre Kreativität und Flexibilität und ihre Investitionskraft.

Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.

Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen, mit zielgenauen ökologischen Leitplanken oder Nachfrageimpulsen schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Alle Unternehmen müssen diesen Strukturwandel vollziehen, um auch in Zukunft am Markt erfolgreich zu sein. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten zu erneuern und zukunftsweisende Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der Chemieindustrie.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bereits hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Und es gibt Potenzial für noch deutlich mehr, wenn wir diesen Innovationsprozess vorantreiben: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Energiespeicher müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Dabei müssen sehr schnell höchste Sicherheitsstandards entwickelt und implementiert werden. Häuser müssen wärmegeklämt, Haustechnik modernisiert, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur bei den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in Ingenieurbüros.

Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein, damit umweltfreundliche Technologien schnell eingesetzt werden. Das funktioniert indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen. Bisher ist für Unternehmen nur die Berichterstattung über finanzielle Kennzahlen verpflichtend. Wir wollen, dass für Unternehmen ab einer bestimmten Größe auch die Berichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen verpflichtend wird. Als Orientierungsrahmen dienen die bisher mit den freiwilligen Standards der Global Reporting Initiative gemachten Erfahrungen.

Deutschland als innovativer Industriestandort muss bei der europäischen Ressourceneffizienzstrategie die Blockierer-Rolle aufgeben und stattdessen gemeinsame europäische Ziele, Wegmarken und Bewertungsmaßstäbe für die Ressourceneffizienz unterstützen. Das Impulspro-

gramm Materialeffizienz wollen wir weiter ausbauen, um Energieeffizienz erweitern und so effiziente Produktion attraktiver machen. Die Effizienzgewinne stehen dann für Investitionen in ökologische Ressourceneffizienz zur Verfügung. Verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, längere Haltbarkeit der Produkte sowie Rücknahmepflichten für Hersteller sollen zur besseren Schließung und Schonung der Stoffkreisläufe beitragen. Die ökologische Modernisierung löst enormen Finanzierungsbedarf aus. Wir wollen neue Wege eröffnen, um private Finanzströme in den ökologischen Umbau zu lenken. So übernimmt bei Projektbonds die öffentliche Hand gegen Beteiligung einen Teil der Hochrisiken, die von den Privaten nicht getragen werden können, und ermöglicht so wichtige Investitionen.

An der Mobilitätswirtschaft insgesamt und im speziellen an der Automobilindustrie hängen in der Bundesrepublik hunderttausende Jobs. Nur wer mit umweltverträglichen Konzepten und Fahrzeugen auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Fahrzeuge vom Band rollen. Durch ambitionierte Verbrauchsobergrenzen schaffen wir verbindliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Aber wir Grüne wissen auch, dass es damit nicht getan ist. Angesichts des Klimawandels geht es nicht um immer mehr Autos, sondern um eine Verkehrswende hin zu weniger motorisiertem Individualverkehr. Und es geht auch um neue Mobilitätskonzepte auf Basis sozialer und ökologischer Innovationen. So wird bei Car-Sharing-Modellen „Besitzen“ durch „Nutzen“ ersetzt.

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr wie in der Chemieindustrie. Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Dazu muss sie stärker auf den Einsatz zertifizierter nachwachsender Rohstoffe setzen. Grüne Rohstoffpolitik setzt neben Effizienz auf Recycling und verlässt sich nicht auf Importe von Rohstoffen mit häufig zweifelhafter Herkunft. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Ein Elektroauto wird nur mit einem leistungsstarken und effizienten Akku erfolgreich auf dem Markt bestehen können. Dafür soll die chemische Industrie noch mehr Teil der Problemlösung werden und sich auch den ökologischen Herausforderungen bei der Produktentwicklung stellen. Die Befreiung der chemischen Industrie von der Mineralölsteuer lässt sich aus unserer Sicht nicht länger halten; als umweltschädliche Subvention wollen wir sie im Rahmen unserer ökologischen Finanzreform abschaffen und so Anreize zur Innovation weg vom Öl geben. Dafür ist eine aktive Industriepolitik notwendig, die versucht, mit weltweiten Handelspartnern faire Wettbewerbsbedingungen auszuhandeln sowie ein Kredit- und Wirtschaftsprogramm der KfW und ein Forschungsprogramm für die deutsche Solarindustrie auszulegen.

Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energie hat sich von einer energiepolitischen Nische zu einem Boommarkt entwickelt. Andere Länder wie China haben die Bedeutung dieses Industriezweiges erkannt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versäumt, einen entsprechenden Schwerpunkt zu setzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der erneuerbaren Energieerzeugung einen Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und wollen eine wettbewerbsfähige Solarindustrie als industriellen Schwerpunkt in der EU. Wir wollen eine europäische Industriepolitik für Erneuerbare Energien. Eine solche Förderung muss auch durch entsprechende Finanzierungsinstrumente zum Aufbau einer schlagkräftigen Erneuerbaren-Energien-Industrie begleitet werden. Gegen unfaire Dumpingpraktiken muss eine europäische Antwort gefunden werden.

Die Maritime Wirtschaft ist von strategischer Bedeutung für die gesamte Bundesrepublik. Nach Jahren des Booms steckt sie in einer Krise. Steuersparmodelle haben die Schiffsfinanzierung zu einem Spekulationsgeschäft gemacht, bei dem viele Anleger ihr Geld verloren haben. Wir wollen das maritime Bündnis und die Schiffsfinanzierung auf neue Beine stellen.

Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Mrd. Euro für öffentliche Aufträge aus. Das sind über 14% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Wir wollen die Transformation der Wirtschaft auch über diesen Hebel stärker vorantreiben, indem die öffentliche Hand bei der Beschaffung konsequenter auf innovative Produkte setzt. Diese Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, entsprechend der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), produziert sein und den Kriterien des Fairen Handels genügen. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regeln zur Beschaffung einsetzen. Ferner fordern wir einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben nach dem Prinzip des Gender Budgeting, einheitlichen Arbeitshilfen, Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und eine zentrale Service- und Beratungsstelle. Die Aktivitäten und Initiativen in Sachen Diversity Management (Vielfaltsmanagement) sind zu unterstützen und zu fördern.

Der Breitbandausbau ist Grundlage einer modernen Ökonomie. Mit fairen Rahmenbedingungen und gezielten Fördermaßnahmen treiben wir den Aufbau eines Universaldienstes und den Ausbau eines flächendeckenden Hochleistungsnetzes voran. Netzneutralität garantiert auch kleinen Anbietern einen gleichrangigen Zugang.

Die industrielle Produktion in Deutschland zeichnet sich nicht mehr allein durch Fräsen, Löten und Bohren aus, sondern ist eng verknüpft mit Forschung, Entwicklung und Softwareanwendung. Heute werden dazu Forschung und Entwicklung, Design und vor allem Software immer bedeutender. Industrie und Dienstleistungen sind kein Antagonismus, sondern bedingen und ergänzen einander. Grüne Wirtschaftsförderung stellt sich darauf ein. Ein neues Innovationsverständnis, passende Studiengänge und die Durchlässigkeit von Ausbildungen sind wichtig für die neuen Anforderungen. Der demografische Wandel ist auch eine große wirtschaftliche Herausforderung. Notwendig sind eine familienfreundliche Unternehmenskultur, Qualifizierungsangebot sowie gute Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu gehören eine familienfreundliche Unternehmenskultur und Qualifizierungsangebote, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, und auch besondere Anstrengungen, um Frauen und Männern gleichermaßen den Zugang zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse leichter an, fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit guten Hochschulen werden wir attraktiv für ausländische Studierende, die nach ihrer Ausbildung ihre Zukunft in Deutschland sehen und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen oder Brückenbauer in ihren Herkunftsländern sind.

Wir setzen uns für eine nachhaltige und gerechte internationale Handels- und Investitionspolitik ein. Folgende Grundsätze müssen in allen EU-Investitions- und Handelsabkommen gelten: Umfassende Transparenz, verpflichtende menschenrechtliche, soziale und ökologische Folgeabschätzungen vor und nach dem Abschluss von Abkommen, verbindliche auch auf die Auswirkungen des Abkommens selbst bezogene Menschenrechts- und Umweltklauseln, die Anerkennung von Schutzinteressen schwächerer Länder, die Förderung lokalen und regionalen Handels und den Ausbau der Wertschöpfung in den Entwicklungsländern. Wir wollen die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte stärker kontrollieren und fordern verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsstandards für Unternehmen. Dazu gehört auch die Einführung länder- und projektbezogener Berichtspflichten für transnationale Konzerne Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzung durch transnational agierende Unternehmen geworden sind, sollen einen besseren Zugang zu Gerichten und rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren bekommen. Im deutschen Handelsrecht und auf EU-Ebene muss eine Haftung der Mutter- für ihre Tochterkonzerne bei Menschenrechtsverletzungen festgelegt werden.

Eine Ursache für die Finanzkrise waren unverhältnismäßig hohe und nur auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Manager- und Aufsichtsratsvergütungen. Überhöhte Gehälter, Boni und Phantasieabfindungen wollen wir wirksam begrenzen. Die Vergütung von Vorständen börsennotierter Unternehmen soll künftig der verbindlichen Zustimmung der Hauptversammlung unterliegen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit soll auf 500.000 Euro begrenzt werden, damit die Allgemeinheit exorbitante Gehälter nicht länger mitfinanzieren muss. Bonuszahlungen sollen am Gewinn orientiert sein und dürfen künftig zusammen mit anderen variablen Gehaltsbestandteilen wie Tantiemen und Aktienoptionen maximal ein Viertel des Gesamtgehalts ausmachen. Erfolgsbeteiligungen sollen künftig grundsätzlich langfristig orientiert sein und ihnen soll auch die Beteiligung an den Verlusten des Unternehmens gegenüberstehen. Um mehr Transparenz bei den Vergütungen zu erreichen, ist die Vergütung aller Organmitglieder jährlich offen zu legen.

2. Die Krise überwinden - durch ein solidarisches und ökologisches Europa

Die Europäische Union steckt in einer fundamentalen Krise. Kern der Krise ist aber nicht der Euro, sondern ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das nicht nachhaltig ist und seine eigene Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Der Zusammenbruch weitgehend unregulierter Finanzmärkte hat die Fehler und Schwachstellen dieses Wirtschaftsmodells schonungslos offengelegt.

Schwarz-Gelb behauptet, die Länder in Südeuropa hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und müssten sich nun über massive Lohnsenkungen und Ausgabenkürzungen gesund-schrumpfen. Merkel verschweigt jedoch, dass die Schuldenaufnahme ganz wesentlich zur Rettung von Banken eingesetzt wurde. Davon haben insbesondere auch deutsche Banken, Lebensversicherer und andere Gläubiger profitiert. Einige europäische Länder haben zudem über Jahre hinweg mehr importiert als exportiert. Aber den Außenhandelsdefiziten in Teilen Europas stehen auch jahrelange, massive Exportüberschüsse in anderen Ländern gegenüber. Beide Entwicklungen sind in einem gemeinsamen Währungsraum existenzgefährdend. Verstärkt wurden diese Probleme durch die europaweit gestiegene Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie einen übermäßig großen Finanzsektor. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem untragbaren Kreditwachstum geführt. Durch politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten wurden die Probleme noch vergrößert.

Das zögerliche, widersprüchliche, sozial unausgewogene europäische Krisenmanagement hat die mangelhafte und parlamentarisch zu wenig kontrollierte Koordinierung innerhalb der Eurozone schonungslos offen gelegt. Banken wurden mit Milliardensummen stabilisiert, bescheidene Ansätze stärkerer europäischer Finanzmarktregulierung angepackt, überschuldete öffentliche Haushalte mit neuen Krediten gestützt, Ländern drastische Ausgabenkürzungen verordnet, Schuldenbegrenzung als neue goldene Regel durchgesetzt, Sozialabbau und Lohndumping erzwungen, neues Wachstum irgendwie vage in Aussicht gestellt. Doch wie schon in der Vergangenheit zeigen sich immer mehr die desaströsen Auswirkungen der einseitigen Sparpolitik - diese führt Europa immer tiefer in die Krise und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Diese Krise ist eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise. Um sie dauerhaft zu lösen, braucht Europa eine neue Perspektive. Wir brauchen eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal. Nachhaltigkeit muss zur Basis europäischer Wettbewerbsfähigkeit werden. Zentral ist die Finanzierung ökologischer Erneuerungs-Investitionen und europäischer Netze. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik. Dazu gehört eine starke europäische Bankenunion. Wir fordern ebenso einen europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht. Erforderlich ist zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Sofortprogramm für die Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen in den Krisenländern. Wir verteidigen faire Löhne, Gewerkschaftsrechte und existenzsichernde soziale Garantien. Europa kann stärker aus der Krise herauskommen, wenn es gelingt, eine Alter-

native zur Merkel'schen Strategie durchzusetzen, die die Krisenländer vor allem mit Sparpolitik, Sozialabbau und Lohndumping traktiert. Weil man sich aus einer solchen Krise nicht einfach herausparen kann, muss das entscheidende Augenmerk darauf gelenkt werden, wie neue wirtschaftliche Dynamik entstehen kann.

Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union haben ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in Überschussländern wie Deutschland. Eine europäische Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu muss die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. In den letzten Jahren stagnierten aber die Reallöhne oder sanken sogar. Dadurch sind sowohl die Ungleichgewichte innerhalb Europas als auch die Ungleichverteilung der Markteinkommen in Deutschland deutlich angestiegen. Wir wollen diesen Trend umkehren und auskömmliche Löhne wieder zum Regelfall machen. Dazu brauchen wir in Deutschland auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben, flankiert von weiteren Maßnahmen zur Stärkung des Tarifsystems. Damit wollen wir auch erreichen, dass sich in Zukunft die Reallohnentwicklung wieder am Produktivitätsfortschritt orientiert.

Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass in Krisenländern verstärkt in zukunftsfähige Branchen investiert wird und so die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Außerdem wollen wir die Absatzchancen der Unternehmen aus den Krisenländern verbessern.

Wir fordern einen Europäischen Schuldentilgungspakt, der auf dem vom Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagenen Schuldentilgungsfonds basiert. Erstens zeigen wir den Akteuren auf den Märkten damit, dass die Eurozone sich an ihre Verpflichtungen hält. Zweitens erreichen wir Zinssenkungen durch gemeinsame Kreditaufnahmen und einen transparenten Schuldenabbau durch klare Regeln. Dem Schuldentilgungspakt legen wir eine sichere Finanzierung zugrunde. Diese wollen wir durch Vermögensabgaben in den europäischen Ländern unterstützen und so die Schuldenproblematik sozial gerecht lösen. Drittens ersetzen wir die jetzt schon de facto bestehende Haftungsunion durch eine europäische Solidarunion mit verbindlichen Regeln. Wir wollen den ESM in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen und so zu einem wirklichen Krisenreaktionsinstrument machen. Klare Bedingungen für die Teilnahme, insbesondere in Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, sind nötig, müssen aber sozial ausgewogen sein. Der ESM/EWF soll der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

Unser Ziel bleiben Eurobonds, auch wenn sie nicht von heute auf morgen realisierbar sind. Mit Europäischen Anleihen samt strenger Auflagen gelingt es mit einer gemeinschaftlichen Haftungszusage aller Mitgliedstaaten (Eurobonds) am besten, der Vertrauens- und Finanzierungs-krise in der Eurozone ein Ende zu setzen. Die Einführung von Eurobonds setzt allerdings eine Vertragsänderung voraus. Künftig muss bei der Bewältigung von staatlichen Schuldenkrisen der Privatsektor sehr viel umfassender als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden. Wir treten deshalb weltweit für ein faires und unabhängiges, geordnetes und stabilisierendes Staateninsolvenzverfahren ein. In der Eurozone soll dieses erst nach der Einführung von Eurobonds für dann weiterhin mögliche national garantierte Schuldentitel Anwendung finden.

Mit dem neu zu schaffenden Amt eines/einer EU-KommissarIn für Wirtschaft und Währung wollen wir den notwendigen Zuwachs an Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene auch personell verankern. Er/Sie soll den Vorsitz der Eurogruppe und des ECOFIN ausüben, aber keine Gesetze ohne Zustimmungen des Europäischen Parlaments erlassen dürfen. Zudem soll er durch das EP individuell wähl- und abwählbar sein.

Wir kritisieren den europapolitischen Kurs von Merkel scharf. Es ist fahrlässig, wie die Währungsunion von der Bundesregierung aufs Spiel gesetzt wird. Gerade die deutsche Wirtschaft hat davon profitiert und deutsche Banken haben jahrelang hervorragend in der Wirtschafts- und

Währungsunion verdient. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Krise in der EU verschärft, die Mitgliedsstaaten auseinander getrieben und die Rettung auf Kosten der SteuerzahlerInnen erheblich verteuert. Merkel handelt immer wieder zu langsam und zu kurzfristig – mit ihrem Zögern und Zaudern hat sie nicht nur bei der Griechenland-Krise eine teure Spirale in Gang gesetzt: der Verunsicherung an den Finanzmärkten folgte die Flucht aus Staatsanleihen der Krisenländern, die infolge dessen entweder exorbitante Zinsen auf dem Kapitalmarkt zahlen müssen oder ganz davon abgeschnitten wurden.

Noch schlimmer – weil mit dramatischen Auswirkungen auf die Europäische Union und die Weltwirtschaft – wäre es allerdings gewesen, die Krisenländer unkontrolliert bankrottgehen zu lassen und den spekulativen Angriffen der Finanzmärkte auf den Euro nichts entgegenzusetzen. Wir haben deshalb im Bundestag den Rettungsschirmen und dem Fiskalvertrag zugestimmt. In der Gesamtabwägung war das für uns die bestmögliche Entscheidung. Ohne eine Rettung wären die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen in den Krisenstaaten noch viel verheerender – auch deshalb haben wir Angela Merkel immer wieder zu einem schnelleren und entschlosseneren Handeln aufgefordert. Es ist uns gelungen, der Bundesregierung ein Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer abzurufen. Dagegen sind die Versprechungen in Richtung eines Investitions- und Wachstumspaketes, seit sie 2012 gemacht wurden, weitestgehend heiße Luft geblieben. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

3. Finanzmärkte an die Leine nehmen

Deutschland hat sich zur größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren entwickelt. Die Finanzmärkte haben ihre zentrale Aufgabe als Dienstleister für die Realwirtschaft. Werden sie zum Selbstzweck, dienen sie als (Spiel-) Casino und können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen. Mit einer strikten Regulierung wollen wir eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsordnung verankern. Bisher galt viel zu oft: Verluste übernehmen die SteuerzahlerInnen, die Gewinne streichen weiterhin AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Das ist weder gerecht noch entspricht es marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Wir wollen eine gemeinsame Bankenaufsicht mit einem einheitlichen Regelwerk. International aktive Banken sollten von der neuen europäischen Bankenaufsicht direkt beaufsichtigt werden, kleine Institute mit ausschließlich regionalem Geschäft müssen nicht laufend von einer europäischen Institution beaufsichtigt werden. Wir brauchen aber eine Vereinheitlichung der Aufsichtsstandards und auch für kleine Institute ein Durchgriffs- und Letztentscheidungsrecht bei Versagen der nationalen Aufseher. Ergänzt wird die europäische Bankenunion nach unseren Vorstellungen um gemeinsame Mechanismen zur Abwicklung von Krisenbanken sowie einen gemeinsamen Rahmen für europäische Einlagensicherungssysteme. Die Bankenunion ist die grüne Antwort auf das Zögern und Zaudern der Merkel-Regierung, das die Haftung der SteuerzahlerInnen weiterhin zulässt, und zeigt, dass mehr Europa einen echten Mehrwert bietet. Wir Grüne halten das gegenwärtige, überkomplexe Regulierungsregime mittelfristig für ungeeignet, ein erneutes Ausbrechen von finanzmarktinduzierten Krisen zu verhindern.

Der Fokus der Finanzmarktregulierung muss sich ändern. Die enorme Komplexität der aktuellen Anforderungen birgt die Gefahr, dass das eigentliche Ziel der Maßnahmen, nämlich die Stabilisierung des Finanzsystems, aus den Augen verloren wird. Der wichtigste Schritt in Richtung transparenterer und einfacherer Regeln ist eine Schuldenbremse für Banken. Nur wenn die Eigenkapitalausstattung des Finanzsystems insgesamt ansteigt, sinkt dessen Anfälligkeit gegen unerwartete Schocks. Dazu verschafft eine höhere Eigenkapitalausstattung dem für eine Marktwirtschaft fundamentalen Haftungsprinzip wieder Geltung, indem zuerst diejenigen für Verluste

haften, die in guten Zeiten auch die Gewinne erhalten haben. Die Schweiz und Großbritannien haben hier bereits Zeichen gesetzt, während sich die schwarz-gelbe Bundesregierung vor den Karren der deutschen Banken hat spannen lassen. Banken dürfen sich nicht mehr über unrealistische Risikogewichtungen ihren Eigenkapitalbedarf klein rechnen. Als ersten Schritt wollen wir bis spätestens 2017 3% Eigenkapital im Verhältnis zur risikoungewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen. Langfristig ist eine deutlich höhere Quote notwendig. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums etwa spricht sich für eine Quote von 10 % aus. In der akademischen Diskussion sind auch noch höhere Quoten im Gespräch. Wir werden genau prüfen, was hier notwendig und möglich und in welchem Zeitraum machbar ist. Diese Schuldenbremse wird das Finanzsystem deutlich stabilisieren. Die von uns geforderte Schuldenbremse für Banken setzt hier an und stellt den Finanzsektor wieder auf die Füße.

Die Größenbremse für Banken geht in eine ähnliche Richtung: je größer ein Institut, desto höher sind die Eigenkapitalanforderungen und die Aufsichtsintensität. So erhalten Banken ab einer bestimmten Größe einen starken wirtschaftlichen Anreiz, zu schrumpfen und Geschäftsteile abzustößeln. Auch darüber hinaus werden wir in Deutschland wie in Europa Mechanismen entwickeln, um Großbanken hin zu kleineren Geldinstituten zu führen. Wir wollen, dass sich Banken stärker langfristig finanzieren, damit sich eine Bankenpanik wie 2008 nicht wiederholen kann. Wir werden deshalb prüfen, ob eine Bankenabgabe für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds so gestaltet werden kann, dass Banken den Anreiz haben, sich langfristiger zu finanzieren. Mit dieser Abgabe schaffen wir Mittel für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds, damit im Fall einer erneuten Bankenkrise nicht mehr die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden. Damit Risiken nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor reguliert werden. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, insbesondere also langfristige Kredite vergeben und sich selbst dafür kurzfristig verschulden, müssen den gleichen Regularien unterliegen wie Kreditinstitute.

Gläubiger müssen stärker in die Haftung genommen werden. Deswegen sollen Bankanleihen teilweise in haftendes Kapital umgewandelt werden können, wenn ein Kreditinstitut in Schieflage gerät. Dies sollte in der Regel automatisch geschehen. Eine zuständige Behörde soll dabei über die Höhe der notwendigen Umwandlung entscheiden. Einlagen innerhalb der gesetzlichen Einlagensicherung dürfen in keinem Fall beteiligt werden. Sichtguthaben oberhalb der gesetzlichen gesicherten Grenze dürfen nur nach Aufrechnung möglicher Verbindlichkeiten einbezogen werden. Ein gesetzliches Einlagensicherungsversprechen ist gerecht, schützt die Sparer und stabilisiert Banken, in dem es bank-runs verhindert.

Die Macht der Ratingagenturen hat in den letzten Jahren überhandgenommen. Wir sehen, wie die Agenturen über das Schicksal von ganzen Staaten mitentscheiden. Ratingagenturen haften nicht für Fehleinstufungen und sind nicht an politische und wirtschaftliche Maßstäbe gebunden. Daher müssen die Haftungsgrundlagen ausgeweitet und der Einfluss der Ratingagenturen bei der Finanzmarktregulierung eingedämmt werden. Die Transparenz der Agenturen werden wir erhöhen und Interessenkonflikte beenden. Insbesondere dürfen SchuldnerInnen nicht länger für ihre eigenen Ratings zahlen. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, eine von den Banken unabhängige Ratingagentur zu gründen.

Wir fordern ein Trennbankensystem, weil es Märkte stabiler macht. Geschäftsbereiche, in denen die Kreditinstitute Handelsgeschäfte auf eigene Rechnung tätigen, gehören daher strikt getrennt vom realwirtschaftlichen Finanzierungs- und Einlagengeschäft.

Eine wirksame Haftung ist konstitutiv für die Marktwirtschaft. Für das Management von Fonds, Banken und Versicherungen heißt das: Der Kapitän geht mit dem Schiff unter. Er ist haftbar für eigene Fehler und die seiner Untergebenen, Haftpflichtversicherungen für ManagerInnen dür-

fen das Risiko deswegen nicht vollständig übernehmen. Gleiches gilt für KapitalgeberInnen, also die EigentümerInnen und GläubigerInnen von Banken. Sie müssen um ihren Einsatz fürchten, denn nur dann werden sie das Management effektiv kontrollieren. Wenn ihr Einsatz staatlich garantiert ist, wird das Management immer riskanter wirtschaften, da Profite an die KapitalgeberInnen fließen, während Verluste sozialisiert werden. Erst wenn sie um ihren Einsatz fürchten müssen, entsteht ein Anreiz für EigentümerInnen, das Management effektiv zu kontrollieren. Die Vergütung von ManagerInnen und HändlerInnen im Finanzsektor wollen wir so ausgestalten, dass sie sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt an kurzfristigen Profiten ausrichten. Wir brauchen aber auch eine schlagkräftige Fusions- und Wettbewerbskontrolle auf dem Finanzmarkt, die sich dem Leitbild der vollständigen Konkurrenz in allen Teilfinanzmärkten verpflichtet fühlt und gegen Marktmacht und Marktkonzentration vorgeht. Wir wollen das Kräfteverhältnis zwischen Regulierern und Regulierten zugunsten der Finanzaufsicht deutlich verbessern: materiell, rechtlich, personell, organisatorisch und informationell.

Viele Finanzgeschäfte finden nicht an regulierten Handelsplätzen statt sondern direkt zwischen den Akteuren. Der Nachteil: Die Aufsicht hat keine Chance einzugreifen. Deswegen müssen diese Schattenmärkte ans Licht. Europäische und langfristig internationale Regeln sollen dafür sorgen. Auch der Hochfrequenzhandel mit super schnellen Computern braucht ein Tempolimit, so dass jede Order mindestens 1 Sekunde aufrechterhalten werden muss. Das trägt dazu bei, die Finanzmärkte stabiler und damit sicherer zu machen. Gleichzeitig wirkt hier die Finanztransaktionssteuer regulierend. Das Platzen kreditfinanzierter Vermögensblasen hat enorme ökonomische, soziale und auch ökologische Folgewirkungen. Um das Entstehen solcher Blasen zu verhindern, muss das Instrumentarium der Europäischen Zentralbank und Finanzmarktaufsicht weiterentwickelt werden. Dazu und angesichts ihres massiven Bedeutungszuwachses braucht es - unter Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbank - auch eine offene Debatte über ihre Rolle und ihr Instrumentarium.

Wir wollen mehr privates Kapital in nachhaltige und klimafreundliche Anlagen lenken. Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten eine besondere Bedeutung zu. Geldanlage ist auch eine ethische Frage – Investitionen etwa in Streumunitionshersteller wollen wir deshalb verbieten. Außerdem gilt: mit Essen spielt man nicht! Fonds, Großbanken und anderen institutionellen Investoren gehört die Spekulation an diesen Märkten deshalb untersagt. Ebenso müssen alle Händler strengen Berichtspflichten unterworfen sowie unverwässerte Positions-, Preis- und Tempolimits eingeführt werden. Auch das sogenannte „Land Grabbing“ (Landnahme) gehört geächtet. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Deutschland durch nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen dazu beiträgt, dass Investoren und staatliche Institutionen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einhalten. Zudem muss die Vergabe von Entwicklungskrediten an die Einhaltung der Leitlinien geknüpft werden.

Die Überwachung der Solidität der Finanzinstitute steht oft in einem Interessenkonflikt zum Verbraucherschutz. Wir fordern daher einen Ausbau des Verbraucherschutzes für Finanzprodukte. Finanzberatung durch provisionsbasierte Finanzprodukte erfolgt heute oftmals nicht im Interesse der KundInnen, sondern im Interesse von Finanzvermittlern nach hohen Provisionen. Provisionsgetriebene Falschberatung wollen wir verhindern. Wir fordern eine verbraucherorientierte Regulierung der Provisionen, sodass Beratung grundsätzlich unabhängig von der Provisionshöhe erfolgt. Dazu ist auch ein völliges Provisionsverbot in der Diskussion, welches in anderen europäischen Ländern bereits besteht. Als echte Alternative wollen wir die Honorarberatung, z.B. durch die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes, stärken. Des Weiteren müssen private EndverbraucherInnen besser über die Risiken von Finanzprodukten informiert werden.

Gleichzeitig wollen wir uns für mehr Finanzkompetenz aller einsetzen. Nur wenn wir die Strukturen und Instrumente der Finanzmärkte verstehen, können wir die Nachfrage nach nachhaltigen Anlageformen weiter verstärken und die Transparenz der Märkte erhöhen.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte hat gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht, kann einen Teil der Kosten begleichen. Dabei stehen wir Grüne weiterhin zu unserer Forderung, einen großen Teil der Einnahmen in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen zu lassen sowie die Finanztransaktionssteuer ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt zu überführen. Der Beschluss in zunächst 11 europäischen Ländern, eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ist ein Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung und grüner Politik. Bei der weiteren Ausgestaltung dieser Steuer wollen wir darauf hinwirken, dass alle Finanztransaktionen, auch die außerbörslichen, möglichst europaweit, besteuert werden. Die Höhe der Finanztransaktionssteuer wollen wir nach Produktart und Risiko differenzieren. Dazu gehört auch, dass die Regierung endlich für Transparenz bei den Bankenrettungen sorgt und veröffentlicht, wie viel die Rettung der Banken die SteuerzahlerInnen bisher gekostet hat.

Nur ein stabiler Finanzsektor kann die Unternehmen und VerbraucherInnen mit Krediten versorgen. Das deutsche Drei-Säulen-System aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken hat sich hier bewährt. Kleinstbanken sollen deshalb von bürokratischen Anforderungen entlastet werden. So kann auch endlich genügend Personal für die Bankenaufsicht eingesetzt werden.

Seit der Finanzkrise wächst der Sektor der nachhaltigen Banken rasant. Sie zeigen, dass ein anderer Finanzsektor möglich ist. Diese Banken legen sich selbst strenge Regeln für ein nachhaltiges Verhalten und lassen in der Regel ihre KundInnen über ihre Aktivitäten entscheiden. Die meisten sind genossenschaftlich organisiert und handeln nicht primär gewinnorientiert. Grüne Politik unterstützt nachhaltige Banken regulatorisch.

4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken

schon Unternehmen erforschen und entwickeln innovative und kreative Lösungen. Wir rücken sie deshalb in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik und unterstützen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine realistische Option ist. Wir werden daran arbeiten, dass Mittelstand und familiengeführte Unternehmen in Deutschland auch weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden. Dazu haben wir die Bedürfnisse dieser Unternehmen nicht nur bei der Wirtschafts-, sondern auch bei der Infrastruktur-, Bildungs- und Steuerpolitik im Blick. Hierzu gehört auch, die unfairen Wettbewerbsvorteile internationaler Konzerne durch Steuergestaltungsmodelle zu beenden. Handwerk hat goldenen Boden – Handwerk hat grünen Boden! Das Handwerk hat für den Klimaschutz und bei der Ressourceneinsparung eine zentrale Rolle. Damit Häuser eine bessere Wärmedämmung bekommen, damit mehr repariert als weggeworfen wird, damit mehr Solarmodule auf die Dächer kommen – für all das werden hunderttausende gut qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker gebraucht. Dazu braucht das Handwerk gute Ausbildungsbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten.

Faire und vergleichbare Bedingungen sind die Voraussetzung, damit kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. Wir wollen deshalb die Möglichkeit schaffen, einzelne Anbieter bei übergroßer Marktmacht zur Aufgabe von Unternehmens- und Marktanteilen zu zwingen. Das Wettbewerbsrecht braucht neue Instrumente, die verhindern, dass Unternehmen sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie ökologische und soziale Kosten auf Umwelt

und Gesellschaft verlagern. Durch Wettbewerbsverstöße werden VerbraucherInnen geschädigt, deshalb müssen deren Rechte im Kartellrecht gestärkt werden.

Wir wollen durch Novellierung des GWB das Bundeskartellamt bei der Regulierung von oligopolistischen und monopolistischen Märkten stärken und prüfen wie durch Änderungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein Abwälzen privater Kosten auf die Gemeinschaft und die Nicht-Bilanzierung der von einem Wirtschaftssubjekt verursachten Umweltschäden (Externalisierung) entgegengewirkt werden kann.

Wir fördern das gesellschaftliche Innovationsklima auch durch Entbürokratisierung und Beratung durch Lotsendienste. Klar ist für uns auch, dass die Kammern als Interessenvertretung der ganzen Wirtschaft durchsichtiger, interkultureller und demokratischer werden müssen. Zudem erwarten wir, dass sie sich künftig verstärkt darum bemühen, mehr kleinere und mittlere Unternehmen, Unternehmer mit Migrationshintergrund und Frauen für ihre Gremien gewinnen. Sonst ist die Pflichtmitgliedschaft nicht länger vertretbar. Die Doppelmitgliedschaft in Kammern wollen wir ersatzlos streichen.

Die Bedingungen für Existenzgründungen verbessern wir, indem wir Gründungshemmnisse abbauen. Neue Unternehmungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Dafür fordern wir bei Gründungen aber auch eine bedarfsgerechtere finanzielle Ausstattung und zielgerichtete Angebote für die Unternehmensgründungen von Frauen, auch und besonders für Wiedereinsteigerinnen. Die Förderung in die Selbständigkeit muss auch für alle gründungswilligen Arbeitssuchenden gewährleistet sein. Und wir brauchen bessere Beratungsangebote. Gerade die jeweiligen Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie die Potentiale von Menschen mit Behinderungen müssen individuell gefördert werden.

Unser Konzept der Vermögensabgabe haben wir so gestaltet, dass Selbständige und Unternehmer, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, ein armutsfestes und auskömmliches Alterseinkommen aus eigenem Vermögen ermöglicht wird. Außerdem wollen wir Selbständige, die keine ausreichende anderweitige Vorsorge haben, in die Gesetzliche Rentenversicherung so einbeziehen, dass es sie finanziell nicht überfordert und sich ihnen so auch ein Weg in die Garantierente eröffnet.

Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir steuerlich fördern. Wir schaffen die Möglichkeit zur Poolabschreibung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ab und erhöhen die Grenze zur Sofortabschreibbarkeit, um so die Liquidität zu verbessern. Die steuerliche Förderung einbehaltener Gewinne (Thesaurierung) soll so ausgestaltet werden, dass auch kleine Unternehmen diese Form der Stärkung ihres Eigenkapitals und ihrer Investitionsfähigkeit offen steht. Eine 15%ige Steuergutschrift für Forschungsausgaben für Unternehmen bis zu 250 Beschäftigten soll die innovativen Kräfte kleiner und mittelgroßer Unternehmen unbürokratisch stärken, wofür wir allein im Bundeshaushalt 200 Mio. Euro einplanen. Die Projektförderung ist für kleine Unternehmen administrativ zu aufwendig und wird deshalb entsprechend kaum genutzt. Durch eine Steuergutschrift für diese Unternehmen kann eine Benachteiligung gegenüber großen Konzernen abgebaut werden.

Im Osten Deutschlands hat sich seit dem Fall der Mauer eine andere, deutlich kleinteiligere Unternehmensstruktur herausgebildet als im Westen Deutschlands. Das hat auch erhebliche Konsequenzen für die Forschungslandschaft im Osten Deutschlands, die viel stärker eine staatlich geförderte sein muss, weil die durchschnittlichen Betriebsgrößen im Osten eine eigene Forschung nicht zulassen. Da ist auch der Bund gefordert, denn der Osten braucht eine Innovations- und Forschungsoffensive sowie Unterstützung beim Technologietransfer und der Clusterbildung.

Wir verbessern den Zugang zu Wagniskapital und die breitere Versorgung mit Mikrokrediten. Für eine kreative Geschäftsidee, die vielleicht erst auf den zweiten Blick überzeugt, soll das ebenso möglich sein, wie für jemanden, der schon mal mit einem Unternehmen gescheitert ist und jetzt eine zweite Chance sucht. Wir wollen eine Überarbeitung der Sanierungsklausel prüfen, die EU-rechtskonform ist und neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen auch das Weiterführen von innovativen Unternehmen ermöglicht. Die Sanierungsklausel muss dabei so gestaltet werden, dass Missbrauch verhindert und gleichermaßen eine Fortführung von Unternehmen mit positiver Fortführungsprognose ermöglicht wird. GründerInnenzentren können mittels ihrer Marketing- und Finanzkompetenz jungen Unternehmen und Existenzgründer/innen zum Erfolg am Markt verhelfen bzw. notfalls auch rechtzeitig die Reißleine vor Überschuldung ziehen, wenn keine Aussicht auf einen Markterfolg besteht.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft und zur Wertschöpfung beiträgt. Doch die Rahmenbedingungen für die in der Regel sehr kleinen Unternehmen müssen durch die soziale Absicherung und einen leichteren Zugang zu Darlehen oder Mikrokrediten verbessert werden.

Das Patentrecht entwickeln wir weiter, denn es soll die Kultur der Selbstständigkeit befördern und nicht hemmen. Der Patentschutz soll sich auf neue Produkte und Ideen beschränken und nicht als Mittel gegen Neugründer eingesetzt werden können. Das müssen wir innerhalb der EU regeln: Wir setzen uns für eine Reform des Europäischen Patentwesens und die Kontrolle durch das Europäische Parlament ein. Patente auf Lebewesen sind zu verbieten.

5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen

Hochwertige soziale Dienstleistungen in Gesundheit, Pflege und Bildung sind entscheidend für die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie sind darüber hinaus selber ein bedeutender und sich dynamisch entwickelnder Wirtschaftszweig. Bis 2020 werden allein im Gesundheitssystem über 6 Millionen Menschen beschäftigt sein.

Doch weder die Ausrichtung der bisherigen Wirtschaftspolitik noch die bescheidenen Gehälter und belastenden Arbeitsbedingungen werden dieser Bedeutung gerecht. Während in anderen Branchen hohe Boni ausgeschüttet werden, bleiben Gehälter und Arbeitsumfeld in den sozialen Dienstleistungen hinter ihrem gesellschaftlichen Wert zurück. Eine Kultur der Anerkennung fehlt in diesem Bereich völlig. PflegerInnen, Hebammen, Krankenschwestern oder KindergärtnerInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Grüne Politik für die sozialen Dienstleistungen sichert nachhaltig deren Finanzierung, fördert Forschung und Innovationen, steigert die Attraktivität von Gesundheits-, Pflege- und Bildungsberufen und bekämpft Lohndumping. Wir schaffen neue, gute Arbeit durch ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen sowie den Ausbau der Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens. Wir erweitern den Innovationsbegriff um soziale Innovationen und werden Dienstleistungen als Forschungsfeld stärker gewichten.

Soziale Dienstleistungen werden oft von gemeinnützigen Trägern, von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erbracht. Zentral dabei ist, dass bei der Auftragsvergabe, nicht nur die Kosten, sondern auch die Qualität der Dienstleistung sichergestellt ist. Die Vergabe von Sozialen Dienstleistungen kann nicht nach den selben Kriterien erfolgen wie die Beschaffung von Computern, Briefumschlägen oder Bleistiften. Wie wir das Arbeitsrecht in solchen Dienstleistern ändern wollen, haben wir im Kapitel „Teilhabe an guter Arbeit“ beschrieben.

6. Solidarische Ökonomie fördern

Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele wie BürgerInnenenergie-Genossenschaften oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnen-Gemeinschaften an. Die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und Bürgergemeinschaftsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen Stromerzeugung zu schaffen.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Genossenschaftsbewegung. Wir wollen Gründungen in diesem Bereich erleichtern, genossenschaftliche Dienstleistungen einem breiteren Kreis zugänglich machen und ihre Weiterentwicklung fördern. Dazu entbürokratisieren wir die genossenschaftliche Rechtsform, z.B. durch eine Entlastung bei den Prüfungspflichten. Gleichzeitig beenden wir die Benachteiligung von Gemeinschaftsunternehmen besonders bei Gründungs- und Förderprogrammen und erleichtern den Zugang zu Finanzierungsdienstleistungen.

Darüber hinaus wollen wir ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch statt des Besitzes im Vordergrund steht. Dazu gehören Carsharing-Modelle ebenso wie generationenübergreifende Wohngemeinschaften, die eine Lösung für knapper werdenden Wohnraum in Großstädten bieten. Für Anbieter und VerbraucherInnen von Tausch-, Teil- und Verleihdienstleistungen sowie für die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung wollen wir deshalb Rechtssicherheit schaffen. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze sowie Regionalgeldinitiativen, um regionale Wertschöpfung zu fördern.

Die Übernahme eines vor oder in der Insolvenz stehenden Unternehmens durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann ein geeignetes Instrument sein, um Arbeitsplätze auf der Basis nachhaltigen Wirtschaftens zu sichern. Dies wollen wir unterstützen, etwa durch ein Vorkaufsrecht bei Betriebsübergang. Um den MitarbeiterInnen die Ausübung des Vorkaufsrechts zu ermöglichen bedarf es geeigneter Finanzierungsinstrumente. Mit der Förderung der Solidarischen Ökonomie erschließen wir neue Möglichkeiten der ökonomischen Teilhabe und Mitbestimmung.

7. Nachhaltiges Wirtschaften statt blindem Wachstum

Die einseitige Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes als Kriterium für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist nicht länger hinnehmbar. In dieser Kennzahl bilden sich Wohlstand und Lebensqualität nur sehr schlecht ab, soziale Sicherheit, Gleichstellung von Frauen und Männern, gute Bildung oder eine intakte Umwelt gar nicht. Hohe Unfallzahlen, Immobilienblasen oder ein verschwenderischer Ressourcenverbrauch mit einhergehender Umweltzerstörung erhöhen das Wachstum, sind aber höchst schädlich für Wohlstand und Lebensqualität.

Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns, noch ein ausreichendes Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. In der Frage der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch liegt die Herausforderung in der absoluten Reduktion des gegenwärtigen globalen Ressourcenverbrauchs. Wir setzen uns für weitreichende Effizienzverbesserungen ein und für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, innerhalb deren diese wirksam werden können.

Die Wertschätzung eines Menschen durch die Gesellschaft darf nicht vorrangig von ihrem/seinem materiellen Besitz oder Eigentum abhängen. Und wir setzen uns für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein, mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Dazu braucht es verbindliche soziale und ökologische Leitplanken für das Handeln von Unternehmen und KonsumentInnen.

Wir brauchen neue Indikatoren, die neben den ökonomischen Aspekten auch den ökologischen und sozialen Zustand unseres Landes abbilden. Im Rahmen der von uns angestoßenen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ haben wir darum einen neuen Wohlstandsindikator erarbeitet, den „grünen Wohlstandskompass“. Er bemisst Wohlstand an der Lebensqualität aller Menschen und dem Zustand unserer Umwelt, indem er u.a. den ökologischen Fußabdruck als Maß für den Ressourcenverbrauch mit einbezieht. Auch Wirtschaftspolitik muss sich an den Zielen der Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu wollen wir ein neues Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz ausarbeiten, das an die Stelle des überholten „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ tritt.

Die Frage nach der Bedeutung des Wirtschaftswachstums stellt sich jedoch auch langfristig. Wenn das Wachstum ausbleibt, drohen gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Rezessionen lassen die Arbeitslosigkeit ansteigen, üben Druck auf die Sozialsysteme aus und führen zu einer höheren Staatsverschuldung. Wir müssen uns vor diesem Hintergrund die Frage stellen, wie wir mit stetig sinkenden Wachstumsraten umgehen, wie sie in der industrialisierten Welt seit Jahrzehnten erzielt werden. Wir streben daher an, die Wachstumsabhängigkeit unserer Wirtschaft langfristig zu reduzieren. Die Diskussion um die richtigen Mittel dazu wurde von uns bereits in der Enquete angestoßen und sollte im parlamentarischen Raum, mit der Wissenschaft und den Kräften der Zivilgesellschaft weitergeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich seit jeher für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein, mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Durch ein innovatives Ordnungsrecht, die Abschaffung klima- und umweltschädlicher Subventionen, öffentliche Investitionen sowie Marktanzreiz- und Forschungsprogramme schafft grüne Politik die Rahmenbedingungen für ein regeneratives Wirtschaften. Um Wirtschaftskreisläufe langfristig regenerativ und nachhaltig auszurichten ist darüber hinaus eine noch stärkere zentrale Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips über Anpassungen im Wettbewerbs- und Vermögensrecht notwendig und sollte auch auf kulturelle und soziale Gemeingüter ausgedehnt werden, um deren volle Vielfalt vor Ausbeutung und damit langfristiger Zerstörung durch Wirtschaftsprozesse zu schützen.

Wer GRÜN wählt, ...

- blick und in Europa – und schafft so viele neue Arbeitsplätze.
- reguliert wirksam die Finanzmärkte, sodass sie wieder im Dienst von Mensch und Unternehmen stehen.
- schafft faire Wettbewerbsbedingungen, fördert Innovation und hat keine Scheu vor der Auseinandersetzung mit großen Playern arbeitet mit an einem demokratischen und solidarischen Europa, in dem die Reformlasten nicht bei den Ärmsten abgeladen werden.
- unterstützt eine Politik, die die Lebensqualität der Menschen heute und morgen im Blick hat und auf solidarische Ökonomie setzt statt nur einen veralteten Wachstumsgedanken.

Schlüsselprojekte

Für eine Ressourceneffizienz-Allianz – Top-Runner-Prinzip einführen

Ressourceneffizienz heißt: Wir wollen nicht weiter die Substanz unserer Erde verbrauchen statt von ihrem Ertrag zu leben. Ressourceneffizienz ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den Bedarf an Rohstoffimporten senkt und durch Kostensenkung bei Material statt bei Löhnen Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Deshalb wollen wir eine Ressourceneffizienz-Allianz zustande bringen, an der sich Wirtschaft, Forschung, NGOs, Politik und Verwaltung beteiligen. Sie soll dazu beitragen, dass Unternehmen noch stärker auf Ressourcen- und Materialeffizienz achten. Beim Top-Runner-Prinzip gibt das umweltverträglichste und effizienteste Produkt den Standard vor, den alle anderen in vorgegebener Zeit erreichen müssen. Das bisher zahnlose Programm für Ressourceneffizienz (ProgRes) wollen wir weiterentwickeln und um verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten sowie Rücknahmepflichten für Hersteller ergänzen. Dies unterstützen wir unter anderem durch eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik.

Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken

allein eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Banken müssen bis 2017 mindestens 3% Eigenkapital im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch unmöglich machen und das Finanzsystem deutlich stabilisieren.

Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür etablieren wir einen neuen Wohlstandsindikator. Der „grüne Wohlstandskompass“ umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Entsprechend fordern wir für Unternehmen ab einer bestimmten Größe neben der vorgeschriebenen finanziellen auch eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen. So können wir der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung geben.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel D) Besser Haushalten

Warum wir einen handlungsfähigen Staat nicht auf Pump finanzieren dürfen

Es gibt viel zu tun. Aber der ökologische Umbau, der Bildungsaufbruch und der soziale Ausgleich können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Dazu braucht der Staat eine solide und solidarische Finanzierung, denn eine Politik auf Pump können wir uns nicht mehr leisten. Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern sagen nichts anderes als das Ausgaben und Einnahmen in einem stabilen Gleichgewicht stehen müssen.

Die enorme Verschuldung aller öffentlichen Haushalte ist auch das Ergebnis der unehrlichen Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte, die die neoliberale Regierung unter Merkel auf die Spitze treibt: Trotz steigender Steuereinnahmen sind die Schulden der Bundesrepublik während Merkels Kanzlerschaft um 500 Mrd. Euro gestiegen.. Anstatt wichtige Reformen zu finanzieren, verplempert sie das Geld der SteuerzahlerInnen und steckt es in ein unsinniges Betreuungsgeld oder – schlimmer noch – versorgt damit durch eine Senkung des Mehrwertsteuer-Satzes für die Hotelbranche („Mövenpick-Steuer“) eine einzelne Interessengruppe. Die Verschuldung ist jedoch so hoch, dass für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen an Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Steuererhöhungen kein Weg vorbei führt. Wer etwas anderes versucht, handelt fahrlässig. Umgekehrt gilt aber auch: nicht alles, was wünschenswert ist, ist ab sofort finanzierbar. Deswegen setzen wir für eine Regierungsübernahme klare Prioritäten bei den finanzwirksamen Projekten.

Wer wichtige Zukunftsprojekte finanzieren und öffentliche Haushalte solide aufstellen will, muss Prioritäten setzen. Grüne Haushaltspolitik steht deshalb für eine gründliche Aufgabenprüfung, die unnötige Ausgaben vermeidet. Durch Reduzierung der Schwarzarbeit, die Einführung eines Mindestlohns, die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen wie das Dienstwagenprivileg oder die Steuerbefreiung von Kerosin, den Verzicht auf Prestigebauprojekte, den Verzicht auf teure und unsinnige Rüstungsprojekte sowie eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr und eine Straffung im Beschaffungswesen können wir Milliarden einsparen.

Grüne Haushaltspolitik schützt das Klima. Mit einem grünen Klimaschutzhaushalt wollen wir klimaschädliche Subventionen abbauen und so die ökologische Verschuldung verringern. Mit den Mehreinnahmen wollen wir wichtige Energiewende- und Klimaschutzprogramme solide finanzieren und zudem noch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Grüne Haushaltspolitik ist geschlechtergerecht. Wir wollen in den Bundesministerien Gender Budgeting einführen, damit öffentliche Gelder zielgenauer, gerechter und sparsamer eingesetzt

werden. Dazu wollen wir analysieren, von welchen Geldern Männer und Frauen profitieren, um auf dieser Basis dann Steuerungsinstrumente für die Haushaltspolitik zu entwickeln.

Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, eine gut ausgebildete Bevölkerung und ein funktionierendes Gemeinwesen sind Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg und den Aufbau privaten Vermögens. Der private Reichtum in Deutschland ist in den letzten zwanzig Jahren extrem stark angewachsen. Die Steuern auf hohe Einkommen sowie Vermögen und Erbschaften sind in den letzten zwei Jahrzehnten gesunken. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand auf allen Ebenen verschuldet und strukturell unterfinanziert. Es ist an der Zeit, dass wir dieses Missverhältnis beenden. Wir können bei der Finanzierung öffentlicher Güter nicht mehr auf grenzenloses Wachstum oder neue Schulden setzen. Wir müssen daher die Einnahmen des Staates maßvoll erhöhen. Der Spielraum dafür ist angesichts der privaten Reichtums- und Einkommensentwicklung da, privater Wohlstand muss wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und damit zur Finanzierung seiner eigenen Voraussetzungen beitragen. Wer mit uns regieren will, muss deshalb mit uns die Unterfinanzierung des Staates in Bund, Ländern und Kommunen durch höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen beenden. Dabei wissen wir, dass ein pures Mehr von staatlichen Ausgaben keine nachhaltige Lösung ist. Auch staatliche Ausgaben müssen effizient sein und entsprechend hinterfragt werden. Wir werden alle staatlichen Ausgabenprogramme einer Effizienzprüfung unterziehen. Ziel ist es dabei, auf allen staatlichen Ebenen Bürokratie abzubauen und Entscheidungswege zu straffen. Programme mit einem hohen Verwaltungsaufwand werden wir grundsätzlich überprüfen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bieten als einzige Partei ein Programm, in dem zusätzliche Ausgaben durch Kürzungen, Einsparungen und Steuererhöhungen gegenfinanziert sind. Wir sagen konkret: Manche zahlen zu wenig Steuern, ob auf Einkommen, Vermögen oder Umweltverbrauch. Andere kassieren Subventionen, die den Staat Milliarden kosten, wie die Pharma- und die Agrarindustrie. Wir scheuen uns nicht, ungerechte und schädliche Subventionen abzuschaffen und einzelnen Interessengruppen Reformen und Einsparungen zuzumuten. Wer grün wählt, bekommt keine finanzpolitische Katze im Sack, sondern klare und ehrliche Politik.

Die Bürgerinnen und Bürger sind sich einig: wir brauchen einen handlungsfähigen Staat – und dafür brauchen wir solide Finanzen. Aktive Politik vor Ort gelingt nur mit Kommunen, die nicht durch Überschuldung und zu geringe Finanzkraft ihrer Handlungsfähigkeit beraubt sind, der Bildungsaufbruch nur mit starken Länderfinanzen und der soziale Ausgleich nur mit einem handlungsfähigen Bundeshaushalt. Schaffen wir dafür endlich eine politische Mehrheit.

Wir halten deshalb Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht und sorgen für eine faire Finanzierung unseres Gemeinwesens, an dem alle teilhaben und starke Schultern mehr tragen als Schwache.

Eine solide Finanzpolitik eröffnet demokratische Gestaltungsspielräume und macht so Einmischung erst möglich. Hohe Schulden setzen die öffentliche Hand den Kreditgebern auf den Finanzmärkten aus. Schuldenabbau ist deswegen ein wesentlicher Baustein, um das Primat der Politik wieder gelten zu lassen.

Wir wollen solide Finanzen, um eine gute Zukunft zu schaffen: Wer jetzt nicht in Bildung investiert, begeht ein schweres Versäumnis. Wer jetzt nicht die ökologische Transformation vorantreibt, muss später mit viel Geld Umweltschäden beseitigen. Wer zulässt, dass Menschen in Armut leben, der sorgt für Perspektivlosigkeit. Wer heute nicht für solide öffentliche Finanzen sorgt, der verbaut uns eine gute Zukunft.

1. Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik

Grüne Steuerpolitik ist ökologisch, weil sie dazu beiträgt, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen. Dafür wollen wir die ökologische Finanzreform vorantreiben. Der Anteil der Einnahmen aus Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist in den vergangenen Jahren jedoch inflationsbedingt gefallen und damit der Anreiz zu ökologischem Verhalten. Diesen Trend wollen wir durch einen schrittweisen Abbau umweltschädlicher Subventionen umkehren. Dazu gehört eine Reform der Luftverkehrsteuer, der Kfz-Steuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen ebenso wie eine ökologische Besteuerung von Dienstwagen und das Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuern. Wir wollen die ökologische Finanzreform auch auf nichtenergetische Rohstoffe ausweiten, um die umweltschädliche Verschwendung von Düngemitteln, Baustoffen und Verpackungen zu reduzieren. Wir setzen uns für eine Angleichung der Energie- und Umweltsteuern in Europa ein.

Grüne Steuerpolitik ist gerecht, weil stärkere Schultern mehr tragen als schwache. Damit trägt sie zum sozialen Ausgleich bei. Gerecht ist oft auch einfach: Wenn wir das Steuerrecht entrümpeln und seine Qualität verbessern, reduziert das Gestaltungsmöglichkeiten findiger Steuertrickser. Gleichzeitig ermöglichen wir so den Finanzämtern geltendes Steuerrecht durchzusetzen – ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Ein besserer Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist ein zentraler Baustein grüner Steuerpolitik. Deutschland gehen laut Schätzungen jedes Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 150 Mrd. Euro verloren, weil das komplizierte Steuerrecht Schlupflöcher besonders für hohe Einkommen eröffnet, weil große Unternehmen ihre Steuerlast international verlagern können und weil die Steuerprüfung und Steuerfahndung der Länder personell oft unzureichend ausgestattet ist, oder Ausstände nicht konsequent eingetrieben werden wie beispielsweise die Vertragsstrafe und der Schadensersatz von Toll Collect in Höhe von fast 5 Mrd. €. Es sind die ehrlichen BürgerInnen, die deshalb mehr Steuern zahlen müssen oder weniger öffentliche Leistungen erhalten. Und es sind die kleineren und national tätigen Unternehmen, die so mehr belastet werden als ihre größeren Konkurrenten. Um die Steuertrickserien multinationaler Unternehmen wirksam verhindern zu können brauchen wir mehr Transparenz. Wir fordern daher länderbezogene Offenlegungspflichten. Parallel zum politischen Einsatz für eine verbindliche EU-Regelung wollen wir diese Offenlegungspflichten auch in einem ersten Schritt national umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass international agierende Unternehmen ihre Gewinne in den Ländern versteuern müssen, in denen sie erwirtschaftet werden. Steueroasen wollen wir effektiv bekämpfen: Hierzu werden wir uns u.a. für eine europäische schwarze Liste einsetzen und uns für Sanktionen gegen kooperationsunwillige Banken und Länder einsetzen.

Eine wirkungsvolle Steuerprüfung und Steuerfahndung sind im Sinne der Steuergerechtigkeit und ein Beitrag zu soliden öffentlichen Finanzen, die die Interessen aller drei Ebenen berücksichtigt. Wir setzen uns für personelle und organisatorische Verbesserungen der Steuerverwaltung ein und wollen eine Bundessteuerverwaltung, die das Nebeneinander der Ländersteuerverwaltungen ersetzt. Die im Finanzverwaltungsgesetz enthaltenen Bundeskompetenzen sind zu nutzen, um einheitliche Mindeststandards bei der Steuererhebung und -prüfung festzulegen und durchzusetzen. Steuergestaltungsmodelle sollen zum Schutz vor missbräuchlicher Steuergestaltung meldepflichtig und offengelegt werden, um sie zu verhindern. Das steuerliche Bankgeheimnis muss abgeschafft und durch eine grundsätzliche Kontrollmitteilungspflicht der Banken ersetzt werden, wie sie heute bereits in den meisten OECD-Ländern besteht. Finanztransaktionen in und aus Niedrigsteuerländern werden in Frankreich mit einer Strafsteuer belegt. Das wollen wir für alle EU-Staaten zur allgemeinen Regel machen. Doppelbesteuerungsabkommen müssen einen automatischen Informationsaustausch enthalten und so ausgestaltet sein, dass sie aggressive Steuergestaltung und schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten verhindern. Daher wollen wir in den deutschen Doppelbesteuerungsabkommen von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode übergehen.

Wir wollen eine gleichmäßige steuerliche Belastung von Unternehmen unabhängig von Größe, Branche oder internationaler Ausrichtung erreichen. Instrumente gegen Missbrauch und für den Erhalt von nationalen Steueraufkommen wollen wir überprüfen, weiterentwickeln und gegebenenfalls nachschärfen. Nach den letzten Änderungen der schwarz-gelben Koalition bei der Funktionsverlagerungsbesteuerung und der Zinsschranke muss sichergestellt sein, dass die ursprüngliche Zielsetzung und Aufkommenswirkung dieser Regelungen auch erreicht wird.

Grüne Steuerpolitik ist wirtschaftlich vernünftig. Wir erhöhen Steuern, die wirtschaftliche Aktivitäten nur gering beeinflussen und erzeugen mit den damit finanzierten öffentlichen Investitionen neue wirtschaftliche Dynamik: Der Mittelständler vor Ort profitiert direkt von einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur, etwa einem guten Verkehrsnetz, einem Zugang zu Breitbandinternet und guten Schulen.

Eine höhere Erbschaftsteuer ist anreizneutral, weil Erben nichts mit Leistung zu tun hat. Vom Aufkommen profitieren allein die Länder, Mehreinnahmen können für dringend notwendige Investitionen in bessere Bildungs- und Betreuungsangebote verwendet werden. So unterstützen wir auch die Länder mit höheren Einnahmen bei ihren Konsolidierungsanstrengungen. Wir streben an, das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer auf 8,6 Mrd. € zu verdoppeln. Dazu beenden wir das verfassungswidrige und unsoziale Wirrwarr der bisherigen Regelungen. Wir wollen die Bevorzugung von Erbschaften und Schenkungen gegenüber anderen Einkünften einschränken, indem wir die Freibeträge wieder auf ein vernünftiges Maß festsetzen und so die Bemessungsgrundlage verbreitern. Kleine Erbschaften wollen wir weiterhin nicht besteuern. Die von der großen Koalition eingeführte Befreiung von Betriebsvermögen ist ungerecht und verfassungswidrig. Wir setzen stattdessen auf gesonderte Freibeträge und Stundungsregelungen, um Liquiditätsengpässe bei der Betriebsübertragung zu vermeiden. Fälle, in denen Erbschaftsteuer und Vermögensabgabe parallel anfangen würden, werden wir so berücksichtigen, dass keine doppelten Belastungen auftreten können, z.B. durch eine zeitliche Streckung.

Statt kommunalem Investitionsstau brauchen wir Geld für eine gute Politik vor Ort. Neben ihren Anteilen an Einkommen- oder Mehrwertsteuer sollen die Kommunen auf ihre eigenen Quellen zählen können: Die Reform der Grundsteuer wollen wir zügig vorantreiben. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns Grüne: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize. Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen. Die Gewerbesteuer soll zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage ausgeweitet werden. Diese gilt auch für FreiberuflerInnen und zieht Zinsen, Mieten und Lizenzgebühren stärker als bisher bei der Berechnung heran. Da diese die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechnen können, würden sie im Regelfall nicht mehr belastet, aber künftig als selbständige UnternehmerInnen ihren Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten. An der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer halten wir fest. So wird das Steueraufkommen stabiler und zwischen den Kommunen gleichmäßiger verteilt. In einer notwendigen Diskussion um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs müssen die Fragen eigener Einnahmequellen für die Länder die Neuordnung des Finanzausgleichs, Probleme der Konnexität und der Weiterleitung von Finanzmitteln zwischen den Ebenen, Altschuldenhilfe auch für überschuldete Kommunen und einer kommunalen Mindestausstattung gerade vor dem Hintergrund der Schuldenbremse baldmöglichst in einer weiteren Föderalismuskommission zwischen Bund, Ländern und Kommunen geklärt werden.

Die Verschuldung von Ländern und Kommunen hat eine Höhe erreicht, welche die Erfüllung der Daseinsvorsorge in Frage stellt und notwendige Investitionen in Bildung und Klimaschutz verhindert. Vielen Kommunen und Ländern fehlt das Geld, um die Zinslasten zu schultern und mit der Tilgung zu beginnen und die harten Bedingungen der Schuldenbremse einzuhalten. Deswe-

gen hat Grüne Finanzpolitik immer die Kassenlage aller staatlichen Ebenen im Blick. Durch unsere Vorschläge zum Subventionsabbau und zur Steuererhöhung erhalten Länder und Gemeinden substanzielle Mehreinnahmen, die sie für ihre laufenden Ausgaben sowie den Schuldendienst und -abbau dringend brauchen. Mit dem Auslaufen des Solidaritätszuschlages wollen wir im Rahmen einer Föderalismuskommission III eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung eines Zuschlages auf die Einkommensteuer erarbeiten. Ziel ist es, einen Altschuldentilgungsfonds aufzubauen, der Länder und Kommunen entlastet, damit diese ihre strukturellen Defizite abbauen und die Schuldenbremse einhalten können. Auch bis dahin ist es aber nicht einzusehen, dass Bund und Länder unterschiedlich hohe Zinsen zahlen müssen – obwohl sie in einer faktischen Haftungsgemeinschaft sind. Verfassungskonforme Deutschlandbonds können ein Instrument sein, um eine gemeinsame Schuldenaufnahme zu organisieren.

Die EU-Kommission stellt fest, dass den Mitgliedsstaaten jährlich rund 1 Billion. Euro an Steuereinnahmen verloren gehen. Das macht klar: Europas Finanzprobleme liegen nicht einseitig auf der Ausgabenseite. Gleichzeitig hat sich die Verteilung der Steuerlast verschlechtert. Immer weniger Einnahmen kommen aus vermögensbezogenen Steuern und Unternehmenssteuern. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht grenzenloses Wirtschaften, während die Steuerpolitik meist an den Grenzen Halt macht. Steuervermeidung und Steuerbetrug sind die Folge.

Dem stellen wir einen europäischen Steuerpakt entgegen, damit auch diejenigen für die Einhaltung des europäischen Fiskalpakts sorgen, die sich bisher von einer fairen Lastenverteilung gedrückt haben: eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe dient dem Schuldenabbau. Eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage verringert Steuertricksereien und schafft Chancen für kleinere Unternehmen, für die dann nur ein Steuerrecht gilt. Wir wollen auch, dass international tätige Konzerne ihre Steuerzahlungen sowie ihre Gewinne, Umsätze und Beschäftigten nach Ländern getrennt offenlegen müssen. Dann wird es für jeden erkennbar, wenn ein Unternehmen in Europa wirtschaftet, seine Gewinne aber in ein Niedrigsteuerland verschiebt und darauf keine Steuern gezahlt werden. Eine Gewinnbesteuerung von mindestens 25% vermeidet ruinösen Steuerwettbewerb. Die Steuerrichtlinien der EU müssen so überarbeitet werden, dass Steuergestaltung mit dem Ziel der Niedrig- oder Nichtbesteuerung verhindert wird. Wir wollen auch erreichen, dass sich die EU auf Mindeststandards für die Besteuerung im Verhältnis zu Drittstaaten einigt. Der Kampf gegen Steueroasen in der EU ist eine Gerechtigkeitsfrage mit massiven fiskalpolitischen Auswirkungen. Gleiches gilt für den automatischen Informationsaustausch bei Kapitaleinkommen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Wenn Banken wiederholt und schwerwiegend gegen Steuergesetze verstoßen, soll ihnen EU-weit der Lizenzentzug drohen. Die Steuerpflicht wollen wir wie die USA an die Nationalität koppeln und so Steuervermeidung per Wegzug verhindern. Letztlich braucht auch die Ökosteuer ein europäisches Fundament, um beispielsweise Tanktourismus einzudämmen.

Gerade die Steuerpolitik macht den Mehrwert der Europäischen Union deutlich. Nationale Souveränität ist an dieser Stelle häufig nur noch eine leere Hülle. Gemeinsam können wir mehr erreichen als mit einem steuerpolitischen Nebeneinander.

2. Starke Schultern schaffen mehr als schwache: die grüne Einkommensteuer

Die Höhe der Einkommensteuersätze kannte in den vergangenen Jahren fast nur eine Richtung: nach unten. Am oberen Ende des Tarifs war das weder finanzpolitisch vernünftig noch sozial gerecht: Die Staatsverschuldung hat in der Folge ebenso wie die Einkommens- und Vermögenskonzentration zugenommen. Um dem entgegen zu wirken soll der Spitzensteuersatz auf 45% bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen linear verlängert werden, um dann bei 80.000 Euro bei 49% zu liegen. Gleichzeitig wollen wir das steuerfreie Existenzminimum für alle auf mindestens 8.700 Euro anheben.

Dadurch bleiben netto ca. 3 Mrd. Euro Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. So zahlen alle mit einem Einkommen unter 60.000 Euro pro Jahr weniger, der Rest mehr. Die Steuererhöhung für weniger als drei Millionen Vielverdienende finanziert so die Steuersenkungen für viele Geringverdienende.

Es geht uns aber auch um eine Vereinfachung der Einkommensteuer. Die zahlreichen Ausnahmen und Subventionen sind nicht immer gerechtfertigt. Dazu werden wir die Einführung einer negativen Einkommensteuer prüfen. Denn einfach ist oft auch gerecht, weil sich nur die Reichen und die großen Unternehmen findige Steuerberater leisten können.

3. Schulden abbauen: die grüne Vermögensabgabe

Eine hohe Vermögenskonzentration ist Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt und fiskalpolitisch eine Zumutung. Während der Staat auf atemberaubend hohen Schuldenbergen sitzt, wächst das private Vermögen scheinbar unaufhaltsam. Es ist gerecht, wenn sich das Gemeinwesen einen Beitrag bei den sehr hohen Vermögen holt, um damit den Schuldenberg abzubauen. Nur so kommen wir von der gigantischen Pyramide aus Schulden und Vermögen, die die Weltwirtschaft in den letzten Jahren ins Chaos gestürzt hat, herunter.

Die einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe nach Artikel 106 Grundgesetz soll über mehrere Jahre insgesamt rund 100 Mrd. Euro einbringen. Geld, das ausschließlich in den Abbau der Bundesschulden fließt. Die sind durch Konjunkturpakete und Bankenrettung massiv gestiegen, allein während der Kanzlerschaft Angela Merkels um rund 500 Mrd. Euro. Die Bankenrettung hat nicht zuletzt das Eigentum der Vermögenden gesichert. Es ist deswegen fair und gerecht, von ihnen einen Beitrag zu verlangen. Die grüne Vermögensabgabe wird weniger als 1% der BürgerInnen mit jeweils einem Nettovermögen von mehr als 1 Mio. Euro treffen. Für Betriebsvermögen begrenzen wir die Abgabe auf maximal 35% des Gewinns und verhindern, dass Unternehmen in ihrer Substanz getroffen werden.

Unser Ziel bleibt mittelfristig die Wiederbelebung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer, deren Aufkommen allein den Ländern zusteht. Die Vermögenssteuer soll nach Auslaufen der Abgabe erhoben werden. Sie sollte an die Bemessungsgrundlage der Vermögensabgabe anknüpfen, ebenso wie diese eine Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen vermeiden und möglichst wenig Verwaltungsaufwand verursachen. Dies werden wir auf allen Ebenen vorantreiben und im Bundesrat und im Bundestag Mehrheiten für eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögenssteuer suchen und nutzen.

4. Unfaire Steuerschlupflöcher stopfen: grüner Subventionsabbau

Mehrwertsteuerermäßigungen wie beispielsweise für Hotels, Fast-Food, Schnittblumen oder Skilifte schaffen wir ab. Das ist ein Bürokratie-Abbauprogramm, das mehr als 3 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen für alle staatlichen Ebenen bringt. Gleichzeitig treten wir für eine europäische Reform der Mehrwertsteuer ein. Durch eine stärkere Harmonisierung und eine Umkehr der Steuerschuldnerschaft (Reverse-Charge) bekämpfen wir Betrug und bauen Bürokratie ab. Dies bringt Mehreinnahmen für die Haushalte aller EU-Mitgliedstaaten, denen laut EU-Kommission jährliche ein dreistelliger Milliardenbetrag durch Mehrwertsteuerbetrug entgeht. Das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder den Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt 7,5 Mrd. Euro.

Die Abgeltungssteuer bevorzugt Kapital- gegenüber Arbeitseinkommen und ist damit eine Privilegierung der Rentiers auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Subvention von Finanzinvestitionen gegenüber realen Investitionen und von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital gehört abge-

schafft und Kapitaleinkommen wieder progressiv besteuert. Die Abzugsfähigkeit von Gehältern und Boni als Betriebsausgaben wollen wir auf 500.000 Euro beschränken, damit hohe Einkommen nicht weiter subventioniert werden.

Mit der Vereinheitlichung der Abzugs- und Begünstigungsregelungen in der Einkommensteuer und den Sozialversicherungen leisten wir einen Beitrag zum Bürokratieabbau. Wir wollen prüfen, inwieweit bestehende Steuerabzüge durch Steuergutschriften ersetzt werden können, damit die Steuerersparnis sich an den tatsächlichen Kosten und nicht an der Steuerprogression bemisst. Wir Grüne wollen auf Bund-Länder-Ebene einen Prozess initiieren, der die vom Grundgesetz geforderten Grundsätze der Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen aufstellt. Darüber werden wir mit den betroffenen Religionsgemeinschaften verhandeln.

Es gibt eine Schieflage bei den familienpolitischen Leistungen. Die Schieflage zwischen Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat die Durchlässigkeit der Gesellschaft gemindert und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Wir wollen diese Schieflage beseitigen – statt der Ehe wollen wir Kinder fördern. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Das steigert Erwerbsanreize für Frauen und ist damit ein wichtiger Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senkt damit das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Wir wollen den Übergang sozialverträglich gestalten und dabei bestehende und neue Ehen gleichbehandeln. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform des Ehegattensplittings am Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von zusammen mindestens 60.000 Euro und mehr begrenzen würde. Wir halten es derzeit für realistisch, diesen Splittingdeckel schrittweise innerhalb von 10 Jahren abzubauen. Wir werden dabei prüfen, wie sich durch unsere Reformen die Lebensqualität von Familien und insbesondere die Erwerbssituation von Frauen verändert. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagschulen, und für eine Kindergrundsicherung nutzen. Die Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, eine übermäßige Belastung kinderreicher Familien durch das Abschmelzen des Splittings zu vermeiden. Frauen, die aufgrund der bestehenden Regelungen aus dem Beruf ausgestiegen sind, wollen wir mit einem umfassenden Aktionsprogramm den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

5. Eine andere Politik ist möglich: die grünen Ausgabenprioritäten ab 2014

Grüne Haushaltspolitik hält Maß. Es ist klar: die Schuldenbremse gilt ebenso wie die europäischen Stabilitätskriterien. Wir Grüne sind verlässlich. Das haben wir in Kommunen und Ländern oft gezeigt. Wir versprechen finanzpolitisch nichts, was nicht zu halten ist. Daher sagen wir, was wir sofort finanzieren können, was wir zeitlich schieben müssen und wo Subventionen und andere Ausgaben reduziert werden können. Gute Politik besteht aus dem Mut, Prioritäten zu setzen. Diesen Mut haben wir.

Wir wollen den grünen Wandel voran bringen – für einen ökologischen Aufbruch der Wirtschaft und für gute Arbeit. Wir streiten für einen gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch. Wir beschreiben nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg dorthin. Leitmotive sind dabei: Teilhabe, sozialer Ausgleich, ökologischer Umbau, Chancengleichheit und globale Gerechtigkeit.

Unterm Strich stehen 2014 als Folge grüner Einnahmeverbesserungen, dem Subventionsabbau und Einsparungen 12 Mrd. Euro für haushaltswirksame grüne Projekte zur Verfügung. Der geltende Finanzplan des Bundes bildet für diese Berechnung die Basis. Dem Vorsichtsprinzip folgend schaffen wir einen Puffer für Zins- und Konjunkturrisiken. Die konkreten Projekte vom Kli-

maschutz über Arbeitsmarktpolitik bis zur Eingliederungshilfe in den Kommunen finden sich in den entsprechenden Kapiteln des Wahlprogramms.

Wer Grün wählt, ...

- bekommt eine ehrliche und solidarische Finanzpolitik, damit öffentliche Leistungen endlich wieder ohne Schulden finanziert werden.
 - tut was für den Schuldenabbau. Die grüne Vermögensabgabe fließt zu 100% in die Schuldentilgung.
 - kann sich sicher sein, dass Bund, Länder und Gemeinden von grüner Finanzpolitik profitieren. Nur so ist eine aktive Politik vor Ort möglich.
 - weiß, dass nicht alles gleichzeitig finanzierbar ist. Unsere Prioritäten sind ausgewogen, durchgerechnet und damit ein verlässliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler.
 - kann sich sicher sein, dass wir niemanden finanziell überfordern.
-

Schlüsselprojekte

Staatsverschuldung abbauen – Vermögensabgabe einführen

Deutschland hat einen riesigen Schuldenberg angehäuft. Allein zwischen 2007 und 2012 sind die Staatsschulden um 500 Mrd. auf über 2 Billionen Euro gewachsen. Unsere Steuergelder werden zum Schuldendienst gebraucht. Sie fehlen für den sozialen und ökologischen Umbau, der unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten soll. Wir sind die einzige Partei, die einen konkreten und sozial ausgewogenen Vorschlag zum Schuldenabbau macht. Wir führen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe ein, die das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung betrifft. Die Betriebsvermögen schützen wir und eine Substanzbesteuerung wird vermieden. Die Einnahmen dienen ausschließlich der Senkung des Altschuldenstandes. So senken wir die Staatsverschuldung.

Niedrige Steuern für Geringverdiener und Mittelschicht – gerechte Reform der Einkommenssteuer

Das derzeitige Einkommensteuersystem ist ungerecht. Wir erhöhen deshalb den Grundfreibetrag auf 8.700 Euro. Das kommt vor allem den Geringverdienern zugute. Gutverdiener sollen etwas mehr zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Wir wollen deshalb den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 80.000 Euro auf 49% erhöhen. Daneben wollen wir Kapitalerträge wie allen anderen Einkommen besteuern. Bisher werden Kapitalerträge, egal ob zehntausend oder eine Million Euro, fest mit 25% besteuert und damit ohne Grund gegenüber Einkommen aus Arbeit privilegiert. Alle, die weniger als 60.000 Euro Jahreseinkommen haben, werden entlastet. Wer mehr verdient trägt in Zukunft mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei. Das ist gerechter.

Ökologische Finanzreform weiterführen – umweltschädliche Subventionen abbauen

Im Steuerrecht wimmelt es noch immer vor ökologisch schädlichen Steuersubventionen. Das Umweltbundesamt beziffert das Volumen dieser ökologisch schädlichen Subventionen auf bis zu 48 Mrd. Euro. Das werden wir ändern. Wir können zwar nicht alles auf einen Schlag abschaffen, doch das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder den Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt uns in der nächsten Legislatur 7,5 Mrd. Euro. Das mindert den Umweltverbrauch und verbessert die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel E) Teilhaben an guter Arbeit

Wie wir Arbeit unter guten Bedingungen für alle schaffen

Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Auch ehrenamtliche und Familienarbeit ist ein wichtiger Bereich. Gute Erwerbsarbeit ist Grundlage für ein auskömmliches Einkommen und für Sicherheit, sie ist auch Voraussetzung für Entfaltung und Anerkennung. Gesunde Arbeitsbedingungen, starke ArbeitnehmerInnenrechte, Beschäftigtenstatenschutz und Mitbestimmung sind für uns Merkmale guter Arbeit. Beruf kommt von Berufung – ein guter Job kann Erfüllung bedeuten. Genauso ist aber ein mieser Job eine große Belastung. Und leider haben die miesen Jobs massiv zugenommen.

Arbeitsplätze, die auskömmlich sind und Sicherheit bieten, sind für mehr und mehr Menschen unerreichbar, denn neue Jobs entstehen überwiegend befristet, in der Leiharbeit, als Niedriglohnjobs oder als Minijobs. Angela Merkel hat diese verheerende Entwicklung nicht nur zugelassen, sondern mit ihrer Politik massiv verstärkt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf den ersten Blick zwar deutlich verringert. Doch beim genauen Hinschauen wird deutlich: Der Arbeitsmarkt ist zutiefst gespalten. Er ist gespalten zwischen Beschäftigten und den knapp drei Millionen Arbeitslosen. Er ist gespalten, zwischen Menschen, die einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben und prekär Beschäftigten. Er ist gespalten zwischen Frauen und Männern, da Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit ungleichen Lohn bekommen. Er ist gespalten, weil es viele ältere und behinderte Menschen gibt, die ihre Berufs- und Lebenserfahrung einbringen wollen, nur niemand fragt danach. Er ist gespalten zwischen Menschen, die eine Beschäftigung aufnehmen dürfen und denen, die aufgrund ihrer Herkunft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Er ist gespalten zwischen Menschen, die unter Überlastung leiden und jenen, die gern mehr arbeiten würden. Und er ist immer noch gespalten zwischen Ost- und Westdeutschland, insbesondere mit Blick auf die Zahl der arbeitslosen Menschen sowie das Lohnniveau.

Während die Einkommen einiger Weniger immer weiter ansteigen, sinken die Reallöhne vieler Beschäftigter seit mehr als einem Jahrzehnt. Die Schere zwischen kleinen und großen Einkommen geht auseinander, und in vielen Berufsgruppen erleben wir eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung. Und immer noch hängen in kaum einem Land soziale Herkunft, Bildungschancen und beruflicher Erfolg so eng zusammen wie bei uns. Es ist etwas Rutschen gekommen. Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten für alle sind nicht mehr selbstverständlich.

In der Gesellschaft gibt es längst einen breiten Konsens, dass jede und jeder von der eigenen Arbeit gut und auskömmlich leben können muss. Packen wir das endlich an.

Mit unserer grünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt überwinden, gute und sichere Arbeit für alle ermöglichen und Aufstiegsblockaden lösen.

Wir machen uns stark für Mitbestimmung und dass sich die Menschen einmischen können – auch am Arbeitsplatz und im Jobcenter. Dafür wollen wir bessere ArbeitnehmerInnenrechte, starke Gewerkschaften und für Erwerbslose eine Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe.

Wir stoßen die Türen auf für die Arbeitsplätze der Zukunft – durch eine grüne Industriepolitik und den Aufbau einer grünen Infrastruktur, durch den Ausbau von Bildung und sozialen Dienstleistungen.

1. Gute Arbeit braucht faire Löhne und Sicherheit

Wir müssen endlich zu fairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Armut trotz Arbeit ist inakzeptabel. 20% der Beschäftigten arbeiten in Deutschland für einen Niedriglohn, davon 6,8 Millionen für weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Viele brauchen einen zweiten Job. Und über 330.000 Vollzeitbeschäftigte sind neben ihrem Lohn auf ALG II-Leistungen angewiesen. Es gibt immer noch Tariflöhne, von denen kein Mensch leben kann, wie die Frisörin in Thüringen mit 3,18 Euro pro Stunde. Viele Menschen arbeiten als Beschäftigte in der Leiharbeit und sind ohne Perspektive auf eine Festanstellung. Tariffucht nimmt zu, auch vermehrt durch Werkverträge. Die Hälfte der Neuverträge ist befristet. Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22% weniger als ihre männlichen Kollegen – unter anderem auch weil Berufe in denen hauptsächlich Frauen arbeiten oft nicht ihren Anforderungen entsprechend entlohnt werden.

Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Darum streiten wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe soll von einer Mindestlohnkommission festgelegt werden, zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Der Mindestlohn wird unter Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte, der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von der Kommission angepasst. Gleichzeitig muss es leichter werden, branchenspezifische Mindestlöhne und Branchentarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tariffucht. Davon profitieren die Beschäftigten und auch die tariffreuen Betriebe gleichermaßen.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22% weniger als ihre männlichen Kollegen – unter anderem auch weil Berufe in denen hauptsächlich Frauen arbeiten oft nicht ihren Anforderungen entsprechend entlohnt werden. Um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Damit wollen wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ mit Leben füllen und gleichzeitig die frauentypischen Berufe gesellschaftlich aufwerten. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet werden.

25% der Beschäftigten sind in Deutschland inzwischen atypisch beschäftigt, fast 3-mal so viele Frauen wie Männer. Das sind 7,8 Millionen Menschen, die entweder mit kleinen Teilzeitjobs, mit Leiharbeit, mit befristeter Beschäftigung oder mit Minijobs über die Runden zu kommen versuchen. Dazu kommen Scheinselbständige und Abrufkräfte. Natürlich sind nicht alle diese Jobs

problematisch. Allerdings zeigt sich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse oft unsicher sind, schlecht entlohnt werden, zu Altersarmut führen und viel zu selten Brücken in auskömmliche, sichere Beschäftigung darstellen. Der Anstieg der prekären Beschäftigung hat aber nicht nur negative Auswirkungen für die Beschäftigten, sondern auch Folgen für die Arbeitswelt insgesamt. In Betrieben, in denen immer mehr Festangestellte durch externe Leiharbeitskräfte oder Werkvertrags-Beschäftigte verdrängt werden, da zersplittern die Belegschaften. Vor allem werden mit diesen Beschäftigungsformen die Mitbestimmung, der Kündigungsschutz, tarifliche Standards und damit der soziale Schutz der Beschäftigten umgangen. Damit stehen kollektive Errungenschaften, die über lange Zeit hart erkämpft wurden, nur noch auf dem Papier. Der Jahrzehnte alte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft und die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden damit aufgekündigt

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze oder als Billigjobs per Werkvertrag. Klar ist, Unternehmen brauchen eine gewisse Flexibilität für Auftragsspitzen. Aber der Missbrauch der Leiharbeit ist groß. Aber die Leiharbeit muss fair ausgestaltet werden. Wir GRÜNE fordern, dass Leiharbeitskräfte mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte und zwar ab dem ersten Tag und zusätzlich einen Flexibilitätsbonus. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen die gleichen Rechte haben wie Festangestellte und die Betriebsräte in den Entleihbetrieben eine verbesserte Mitbestimmung. Notwendig ist auch eine eindeutige Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen sowie effektive Kontrollen, denn zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen dürfen nicht weiter Leiharbeit und tariflich bezahlte Arbeit ersetzen

Bei den befristeten Jobs zeigt sich eine weitere Fehlentwicklung am Arbeitsmarkt. Viele Menschen hangeln sich von einem Kurzzeit-Job zum nächsten. Sie sind praktisch permanent in der Probezeit und können kaum die nötige Sicherheit für ihre Lebensplanung gewinnen. Das belastet insbesondere junge Menschen. Wir wollen die Befristungsgründe reduzieren und die Befristung ohne Sachgrund abschaffen. Wir wollen insbesondere im Bildungsbereich vermeiden, dass Daueraufgaben durch befristete und Honorarverträge abgedeckt werden. Der öffentliche Sektor übt eine Vorbildfunktion für faire, moderne und zukunftsfähige Beschäftigung aus. Darüber hinaus stehen wir zum bestehenden Kündigungsschutz, allerdings gilt es, bestehende Lücken zu schließen, beispielsweise bei den Bagatellkündigungen.

Neue Antworten erfordert der Wandel auch bei den Sozialversicherungen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die derzeitige Arbeitslosenversicherung mittelfristig zu einer umfassenden Arbeitsversicherung umbauen. Alle Erwerbstätigen, also auch flexibel Beschäftigte und Solo-Selbständige, sollen einbezogen werden. Ansprüche auf Arbeitslosengeld können auch unstetig Beschäftigte bekommen, wenn sie mindestens vier von 24 Monaten Beiträge gezahlt haben. Neben der Absicherung bei Arbeitslosigkeit liegt der Fokus der grünen Arbeitsversicherung auf berufsbegleitender Qualifizierung, gerade für von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen.

2. Gute Arbeit braucht einen effektiven Arbeitsschutz und starke Mitbestimmung

Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht. Der Wandel der Arbeitswelt führt zu neuen Belastungen. Psychische Erkrankungen sind inzwischen der Hauptgrund für Frühverrentungen. Frauen sind überproportional davon betroffen. Mehr Eigenverantwortung, reine Zielorientierung bei freier Arbeitsorganisation – das kommt zwar vielen entgegen, aber andere belastet der ständige Termindruck und die vielen Überstunden, die nicht ausgeglichen werden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden aber auch unter starren Vorgaben, wenig Flexibilität, zu wenig Abwechslung und zunehmender Intensität. Eine zunehmend belastende Entwicklung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die ständige Erreichbarkeit per Handy oder E-Mail auch außerhalb der Arbeitszeiten oder die Zunahme von Schicht- und Nachtarbeit. Für uns GRÜNE heißt das einerseits, dass der Arbeitsschutz auf die neuen Gefährdungen hin überarbei-

tet werden muss. Deshalb fordern wir eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz vor Stress am Arbeitsplatz. Und wir wollen den Missbrauch von Werkverträgen und Scheinselbständigkeit verhindern durch eine klare Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen in reguläre tariflich bezahlte Arbeit überführt werden. Andererseits sind Aufsichtsbehörden und Sozialpartner stärker zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, neue Gesundheitsrisiken zu erkennen und sie zu beheben. Wir wollen Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung vorantreiben, auch dort wo prekäre Beschäftigung, Teilzeit und Leiharbeit dominieren.

Gute Arbeit für alle ist nur mit einer starken Mitbestimmung zu schaffen. Das bewährte Recht, sich an betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen zu beteiligen, wollen wir bewahren und ausbauen. Wir GRÜNE werden uns in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die Mitbestimmungsrechte in geschützten Ausbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen, wie in den Werkstätten für behinderte Menschen weiterentwickelt und verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte müssen der sich veränderten Arbeitswelt gerecht werden. Ebenso wollen wir die gleichen Mitbestimmungsrechte unabhängig vom jeweiligen Sektor, also auch im öffentlichen Bereich und Tendenzbetrieben. Das gilt für den Einsatz für Leiharbeit und Werkverträgen, im Betrieb, auch im Falle ausländischer Rechtsformen von Unternehmen. Wir werden einen modernen Beschäftigtendatenschutz einführen, der den veränderten Anforderungen einer Informationsgesellschaft gerecht wird. Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kirchlichen Einrichtungen unterliegen den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts. Damit stehen ihnen wesentliche ArbeitnehmerInnenrechte nicht zu. Diese Praxis stößt auch innerhalb der Kirchen immer mehr auf Kritik. Denn Loyalitätsanforderungen des Arbeitgebers auch außerhalb von Verkündigungsbereichen, die sich auf die private Lebensführung seiner MitarbeiterInnen beziehen, passen nicht in eine demokratische Gesellschaft.

Wir werden mit den Kirchen, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Beteiligten in einen Dialog treten, damit sich die Situation der Beschäftigten verbessert. Wir wollen, dass die kirchlichen MitarbeiterInnen außerhalb der Verkündigungsbereiche die gleichen Rechte bekommen wie andere ArbeitnehmerInnen auch. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen. Dazu gehört das Recht zur Bildung von Betriebsräten und das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit einschließlich der Streikfreiheit. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir mit dem Ziel ändern, dass seine Bestimmungen wie in anderen Tendenzbetrieben auch auf Beschäftigungsverhältnisse in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden.

3. Gute Arbeit braucht Zugänge

Immer mehr Menschen sind am Arbeitsmarkt abgehängt oder ausgeschlossen. Wir kehren diesen Trend um, indem wir die Blockaden abbauen. Mit Minijobs waren Erwartungen verbunden, dass sie als Brücke in den Arbeitsmarkt wirken. Das ist nicht der Fall. Fast sieben Millionen Menschen haben derzeit einen Minijob. Zwei Drittel davon sind Frauen. Zwar sind nicht alle davon in prekären Lebenslagen. Es gibt Studierende, RentnerInnen und SchülerInnen, die dazu verdienen. Für Viele ist der Minijob jedoch eine Armutsfalle, spätestens im Alter. Denn mit einem Minijob ist eine eigenständige Existenzsicherung und die Ansammlung eigener Rentenansprüche nicht möglich. Viele wollen gerne mehr arbeiten, bekommen aber keinen anderen Job. Für andere, die umsteigen und etwas mehr Stunden arbeiten, führen die Sozialabgaben dazu, dass sie kaum mehr verdienen. Auch ALG II-Beziehende wollen oft mehr arbeiten, von staatlichen Hilfen unabhängig werden und durch ihre Arbeit auf eigenen Beinen stehen. Die soge-

nannten „AufstockerInnen“, die trotz Arbeit auf ALG II angewiesen sind, verdienen in ihrem Job - oftmals sogar in Vollzeit - nicht genug, um davon leben zu können. Ziel unserer Politik ist es, allen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt eigenverantwortlich zu erwirtschaften und nicht von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein. Von seiner eigenen Arbeit leben zu können, das bedeutet ein großes Stück Würde und Gerechtigkeit.

In einem ersten Schritt wollen wir dafür die Minijobs eindämmen und die Situation der jetzigen Minijob-Beschäftigten sofort spürbar verbessern. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns werden wir Niedrigstlöhne von zum Teil weniger als 5 Euro in der Stunde unmöglich machen und automatisch eine wirksame maximale Stundenbegrenzung für Minijobs einziehen. Außerdem streichen wir die Ausstiegsklausel aus der Rentenversicherung, so dass zukünftig mit einem Minijob immer auch Rentenansprüche erworben werden. Um zu verhindern, dass MinijobberInnen um ihre ArbeitnehmerInnenrechte und -ansprüche gebracht werden können, müssen geringfügig Beschäftigte künftig bei Vertragsabschluss schriftlich über die ihnen zustehenden Rechte informiert werden. Außerdem werden die Kontrollen in den Betrieben verstärkt.

In einem zweiten Schritt werden wir den gesamten Niedriglohnsektor umfassend reformieren, prekäre Beschäftigung zurückdrängen und Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen. Unsere Reformvorschläge zielen nicht auf die Abschaffung von Nebenverdiensten für Schüler, Studierende und Rentner. Unsere Ziele sind sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigung zu fördern sowie Erwerbs- und Aufstiegsblockaden insbesondere für Frauen zu beseitigen. Dafür wollen wir gezielt kleine Einkommen entlasten, so dass es sich endlich lohnt mehr zu arbeiten und ohne dass es zu unzumutbaren Mehrbelastungen der ArbeitnehmerInnen kommt. Durch gleichzeitig gestärkte vorgelagerte soziale Sicherungssysteme wird nicht nur der Ausstieg aus dem Arbeitslosengeld-II-Bezug erleichtert, sondern auch die Kommunen finanziell deutlich entlastet. Um zu verhindern, dass gerade haushaltsnahe Dienstleistungen wieder in die Schwarzarbeit abrutschen, soll das vereinfachte Anmeldeverfahren für haushaltsnahe Dienstleistungen im Privathaushalt beibehalten werden. Durch unsere Reform werden Erwerbstätige leichter als bisher ihren Lebensunterhalt eigenständig und unabhängig vom Grundsicherungssystem bestreiten können. Damit erhalten mehr Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der ALG-II Bürokratie.

Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, Alter, Religion, sexuelle Identität und Geschlecht dürfen keine Rolle spielen. Die Realität ist heute eine andere. Bestehende Strukturen sind verfestigt. Die Ausgangschancen von zu vielen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind von Geburt an schlechter als die ihrer Altersgenossen. Das beginnt in Kita und Schule und setzt sich bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche fort. Doch auch ausländerrechtliche Diskriminierungen verbauen den Zugang zum qualifizierten Arbeitsmarkt. Gerade jungen Flüchtlingen muss der Zugang zu einer Ausbildung und einem qualifizierten Berufseinstieg erleichtert werden. Neben sprachlichen Herausforderungen und sozialer Herkunft sind oft auch verdeckter Rassismus und Vorurteile ein Hinderungsgrund, erfolgreich Fuß zu fassen. Wir Grüne wenden uns mit aller Kraft gegen jegliche Diskriminierung. Darum sollen anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst eine größere Verbreitung finden.

Menschen stoßen in diesem Land aus vielerlei Gründen an Blockaden und Hindernisse. Gute öffentliche Institutionen, die von allen genutzt werden können, sind der Schlüssel zur Überwindung. Gute Berufsschulen und Ausbildungsstätten sind unverzichtbar für die Menschen und den Wirtschaftsstandort Deutschland. In etlichen Berufsgruppen ist die Unzufriedenheit über die Ausbildungsqualität sehr hoch. Wir wollen die Qualitätskontrolle der Ausbildung durch die Kammern verbessern. Zudem sollen Betriebsräte selbst die Möglichkeit erhalten, ein Verfahren bei zweifelhafter Ausbildungsqualität eines Betriebes einleiten zu können. Außerdem werden wir die Notwendigkeit gesetzlich geregelter Mindestvergütungen für die Ausbildung prüfen,

denn Auszubildende werden in manchen Branchen als billige Arbeitskräfte missbraucht. Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, aber es stößt an seine Grenzen. Wir setzen auf DualPlus. Damit erweitern wir das herkömmliche System der dualen Ausbildung um überbetriebliche Lernorte, insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Trotz aller Sorge vor dem drohenden Fachkräftemangel, haben weder Schwarz-Gelb noch die Arbeitgeber bisher Maßnahmen ergriffen, die Qualität und Fairness von Praktika zu erhöhen. Auch für Praktika müssen klare Mindestbedingungen gelten - schriftlicher Vertrag, Zeugnis, eine Mindestaufwandsentschädigung und eine festgelegte zeitliche Begrenzung.

Obwohl schon jetzt an allen Ecken und Enden die Fachkräfte fehlen, ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für viele Menschen immer noch verschlossen. Wir wollen an die unterschiedlichen Fähigkeiten, Stärken und Qualifikationen dieser Menschen anknüpfen. Vor allem Geringqualifizierten, Alleinerziehenden, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, Jüngeren und Älteren wollen wir neue Chancen eröffnen. Eine Arbeitsmarktpolitik, die diese Menschen wirksam und fair integriert, setzt auf passgenaue und individuelle Förderstrategien, bei der auch erreichte Zwischenzielen als Erfolge zählen. Unser Ziel sind nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen und nicht kurzfristige statistische Effekte. Viele Arbeitslose haben kaum Aussichten auf einen neuen Job, weil sie nicht oder nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. Ihnen wollen wir mit mehr Umschulungs- und Ausbildungsangeboten den Weg in Zukunftsberufe und Arbeitsfelder mit Personalmangel eröffnen.

Zu viele Menschen sind dauerhaft ohne Arbeit trotz guter Konjunktur. Deshalb wollen wir einen Sozialen Arbeitsmarkt fest in das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium aufnehmen und die Förderinstrumente des SGB II bedarfsgerechter ausgestalten. Als Leitlinie gilt, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Dafür sollen die passiven in aktive Leistungen umgewandelt werden, also das Arbeitslosengeld II und die Kosten der Unterkunft in ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. 200.000 Menschen in Deutschland könnten davon profitieren. Mit unserem Sozialen Arbeitsmarkt machen wir Langzeitarbeitslosen ein neues, zuverlässiges und freiwilliges Angebot. Es ist die Chance zum Neustart für alle diejenigen, die die Merkel Koalition über Jahre in einer aussichtslosen Situation belassen hat.

Zu viele Menschen sind trotz guter Konjunktur dauerhaft ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb wollen wir mit einem verlässlichen Sozialen Arbeitsmarkt Teilhabe schaffen und Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Dafür sollen die passiven in aktive Leistungen umgewandelt werden. Aus dem Arbeitslosengeld II und den Kosten der Unterkunft wird so ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Arbeitsplätze im Sozialen Arbeitsmarkt können von allen Arbeitgebern angeboten werden. Damit verabschieden wir uns von den Kriterien der „Zusätzlichkeit“, des „öffentlichen Interesses“ und der „Wettbewerbsneutralität“. An deren Stelle tritt der lokale Konsens. Mit unserem Sozialen Arbeitsmarkt machen wir Langzeitarbeitslosen ein neues, zuverlässiges und freiwilliges Angebot mit Perspektive. Es ist die Chance für diejenigen, die von der Merkel Koalition über Jahre im Stich gelassen wurden.

Gute Arbeit braucht berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen sind immer noch überproportional stark von Arbeitslosigkeit und fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten betroffen. Die UN-Behindertenrechtskonvention begründet das Recht für Menschen mit Behinderungen, ihren Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen in einem für sie zugänglichen und offenen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld. Stattdessen gibt es für viele Menschen mit Behinderungen in Deutschland einen starken Automatismus, der sie früher oder später in die Sonderwelt der Werkstatt für behinderte Menschen führt. Wir wollen die Alternativen zu den Werkstätten stärken und setzen auf betriebsintegrierte Beschäftigungen in allen Formen wie Integrationsbetriebe und -abteilungen, unterstützte Beschäftigung, Arbeitsassistenz, persön-

liches Budget für Arbeit, Leistungsausgleiche, aber auch Außenarbeitsplätze für Werkstattbeschäftigte. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Beschäftigtenquote auf 6 Prozent ein.

Frauen mit Behinderungen erfahren eine zusätzliche Benachteiligung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Daher müssen frauengerechte Rahmenbedingungen in Ausbildungs-, Arbeits- sowie Rehabilitierungsstätten geschaffen werden, die auch die Bedarfe von Müttern mit Behinderungen berücksichtigen. Wir werden darauf hinwirken, dass die berufliche Teilhabe von Frauen mit Behinderung in Beruf und Ausbildung deutlich verbessert, die Angebote zur beruflichen Teilhabe und Rehabilitation weiter auf die Bedarfe von Frauen mit Behinderung ausgerichtet und auch geeignete Ausbildungsangebote in attraktiven und zukunftsträchtigen Berufen befördert werden.

4. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsvermittlung

Ein gutes Jobcenter ist ein Schlüssel, um Menschen in gute Arbeit zu bringen.

Jobcenter bieten häufig nicht die Hälfte von dem, was wir uns von ihnen erwarten. Menschen werden oft nicht gefördert, sondern nach „Schema F“ behandelt. Das müssen wir ändern. Die Jobcenter müssen flexibel örtliche Arbeitsmarktprogramme auflegen und diese mit kommunalen Beschäftigungsinitiativen verbinden können. Das Jobcenter, das wir uns vorstellen, hört den Menschen zu, unterstützt sie auf ihrem Weg, erkennt die Potentiale der Menschen und hilft ihnen den nächsten Schritt zu tun.

ArbeitsvermittlerInnen und Arbeitssuchende legen gemeinsam fest, welche Fortbildung oder welcher Job der richtige sind. Dabei gilt es, die Eigeninitiative der Arbeitssuchenden zu fördern, indem ihre Vorschläge ernst genommen werden und ihnen das Recht eingeräumt wird, zwischen geeigneten Maßnahmen zu wählen. Wir schlagen außerdem vor, unabhängige Ombudsstellen in allen Jobcentern einzurichten, die bei Konflikten vermitteln.

Tatsächlich fördern statt nur zu fordern, muss das Motto sein. Dafür sind die Förderinstrumente des SGB II individueller und praxisnäher auszurichten. Die BeraterInnen im Jobcenter haben nur so viele Fälle, dass sie wissen, wer vor ihnen sitzt und passgenaue Lösungen entwickeln können. Zugang zu Schulungen und Qualifizierungen unterstützt sie in ihrer Beratungsarbeit. Schematische Empfehlungen, etwa anhand überkommener Geschlechterrollen, gehören der Vergangenheit an. Das ist keine unrealistische Vision, das ist ein gerechtfertigter Anspruch. Die Agenturen und Jobcenter müssen allen Erwerbslosen Zugänge zu passenden Qualifizierungen, Förderangeboten, Umschulungs- und Ausbildungsangeboten eröffnen. Wir wollen wieder eine verlässliche Gründungsförderung für Arbeitslose ermöglichen, denn in der Vergangenheit war dies ein Erfolgsrezept. Nach dem finanziellen Kahlschlag von Schwarz-Gelb bei der Arbeitsförderung wollen wir für Gründung und Qualifizierung wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Neue Kriterien für die Vergabe von Fördermaßnahmen müssen gewährleisten, dass die Qualität der Integrations- und Bildungsarbeit im Vordergrund steht und nicht die Preise. Das Jobcenter ist ein entscheidendes Puzzleteil in unserer Institutionenstrategie für mehr Gerechtigkeit. Denn nur ein gutes Jobcenter schafft echte Chancen auf Teilhabe.

5. Gute Arbeit in neuen Jobs

Grüne Politik schafft gute Rahmenbedingungen für mehr Jobs. Wir wollen aber gute Arbeit, also gerechte Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen. Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist eine Jobmaschine. Das zeigen hundertausende neue Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien, durch Gebäudesanierung beim Handwerk oder in den Ingenieurbüros. Die Energiewende zu 100% Er-

neuerbaren wird für neue Jobs sorgen. Bereits heute arbeiten über 1,4 Millionen Menschen im Bereich der Umwelttechnologien. Durch einen grünen Wandel in der Wirtschaft, in Energie, Energieeffizienz, Verkehr, Wärme und in der Industrie können es bis 2025 bis zu 2,4 Millionen Jobs werden. Auch hier gelten unsere Ansprüche an gute Arbeit.

Die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens entscheidet sich gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich. In beiden Branchen steckt das Potential zu mehr Jobs: in einer alternierenden Gesellschaft sind eine steigende Zahl von Menschen auf Dienstleistungen vom Einkaufsservice bis zur qualifizierten Pflegeleistung angewiesen. Auch der Bildungsaufbruch von Kita über die Universität bis zum lebenslangen Lernen ist nur mit mehr Personal zu stemmen. Für ein qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung, den Ausbau der Ganztagschulen und bessere Hochschulen braucht es viele neue ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräfte.

Viele dieser Jobs sind öffentlich finanzierte Dienstleistungen. Wir sorgen durch unsere Finanzpolitik für eine solide Finanzierung der öffentlichen Kassen. So können wir ein umfangreicheres Kita-Angebot realisieren und die Ganztagschulen ausbauen. Mangelnde Kinderbetreuung ist heute viel zu oft ein Hinderungsgrund für eine (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit.

Die Bürgerversicherung senkt die Beiträge zur Krankenversicherung und damit die Lohnnebenkosten. So wird Arbeit billiger – und dadurch attraktiver für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig schafft sie aber auch mehr Raum für Beschäftigung in der Gesundheitsbranche. Durch die Senkung von Steuern und Abgaben entstehen neue Jobs vor allem im Dienstleistungssektor oder in personalintensiven Bereichen, die bisher aufgrund der Kosten nicht entstehen konnten.

6. Gute Arbeit für gute Fachkräfte

Während immer noch etwa drei Millionen Menschen arbeitslos sind, herrscht in Teilen der Wirtschaft akuter Fachkräftemangel. Dieser Mangel ist ein Hemmnis für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Sowohl in Regionen mit Vollbeschäftigung als auch in strukturschwachen ländlichen Regionen haben Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten IngenieurInnen, ÄrztInnen, aber auch Pflegekräfte und ErzieherInnen zu finden. Zur Bewältigung des Fachkräftemangels genügt es nicht, auf ein einzelnes Instrument zu setzen. Einheimische und EinwanderInnen, Junge und Alte sowie Beschäftigte und Arbeitslose dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Darüber hinaus muss Qualifizierung verstärkt in den Bereichen stattfinden, in denen Fachkräfte nachgefragt werden. Wir wollen mit einem klugen Mix aus Bildung, Qualifizierung und Unterstützung nicht genutzte Fachkräftepotenziale mobilisieren. Deshalb müssen wir allen Erwerbsfähigen ermöglichen, sich ihren Kompetenzen und Potenzialen entsprechend zu qualifizieren. Dafür setzen wir auf gute Ausbildung, kunden- und kompetenzorientierte Arbeitsvermittlung, auf verstärkte berufliche Weiterbildung, Zugang zu Nachqualifizierung und auf lebenslanges Lernen unterstützt durch ein Weiterbildungs-BaföG. Auch eine einheitliche und unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und der Ausbau des Nachqualifizierungsangebots sind notwendig. Dafür notwendige Qualifizierungsmaßnahmen müssen an die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten angepasst und in unterschiedlichen Lebenslagen zugänglich und finanzierbar sein. Damit ermöglichen wir allen Menschen eine berufliche Perspektive ihrer Qualifikation entsprechend und reduzieren den Fachkräftemangel.

Ein wichtiger Hebel ist die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Wir wollen Erwerbshindernisse und Fehlanreize für Frauen, wie das Ehegattensplitting und die kostenlose Mitversicherung, abbauen und so diskriminierende Strukturen, die einer stärkeren Frauenerwerbsarbeit und einer eigenständigen Existenzsicherung im Weg stehen, überwinden. Zudem

fordern wir unter anderem eine feste Quote von 50% für Frauen in Aufsichtsräten. Auch der flächendeckende Ausbau von Kitas, Ganztagschulen sowie ambulanten als auch teilstationären Pflegeangeboten und Pflegeeinrichtungen ist von großer Bedeutung, um insbesondere Frauen in ihrem Wunsch einer Erwerbsarbeit nachzugehen zu unterstützen. Dabei soll die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt keine einseitige Anpassung an einen Arbeitsbegriff sein, der viel Zeit für Arbeit und kaum Zeit für Familie, Engagement und Muße beinhaltet. Gerade bei der Inklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt und der gerechteren Verteilung von Fürsorgearbeit zwischen Männer und Frauen brauchen wir neue Zeitmodelle. Wir folgen dem Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeittätigkeit für Frauen und Männer, die auch Raum für gerecht verteilte Sorge- und Pflegearbeit und für Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit lässt.

Unsere Gesellschaft braucht die älteren Beschäftigten, denn sie haben durch ihren Erfahrungs- und Wissensschatz eine wichtige Funktion im Betrieb. Die Wirtschaft muss umdenken und wieder stärker auf die erfahrenen Beschäftigten setzen. Notwendig sind alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, denn der demografische Wandel wird vor allem dann zum Problem, wenn die Beschäftigten nicht bis zur Rente durchhalten. Deshalb müssen die Fähigkeiten, Stärken und Möglichkeiten der Beschäftigten bei den Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt stehen. Die Politik muss dafür den gesetzlichen Rahmen vorgeben.

Doch allein die bessere Förderung von inländischen Arbeitskräften wird nicht ausreichen, um den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Zuzug ausländischer Fachkräfte vereinfachen und transparenter gestalten. Dazu gehören vor allem die Einführung eines liberalen und transparenten Punktesystems und das Etablieren einer wirklichen Willkommenskultur.

Wer GRÜN wählt, ...

- stimmt für einen flächendeckend gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.
- bekommt faire Regeln für Leiharbeit dämmt Befristungen ein und begrenzt Minijobs.
- entlastet kleine Einkommen und eröffnet mehr Menschen die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben ohne ALG II.
- verbessert die Rechte von Arbeitssuchenden in Jobcentern.
- Stärkt die Rechte für MitarbeiterInnen in kirchlichen Einrichtungen.
- Schafft Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen durch den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes.

Schlüsselprojekte

Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen

Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Wir nehmen die unerträglichen Dumpinglöhne, die staatlich aufgestockt werden müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird

von einer Mindestlohnkommission festgelegt; zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten geschaffen werden für mehr branchenspezifische Mindestlöhne und allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tariffucht

Nur so schaffen wir es, dass alle von ihrer Arbeit leben können.

Lohndumping beenden – gleicher Lohn für Leiharbeit

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze. Zwar brauchen Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen, aber die Leiharbeit muss gerecht ausgestaltet sein und die Fehlentwicklungen in der Leiharbeit lehnen wir ab. Wir fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag. Leiharbeit darf nicht dem Lohndumping dienen. LeiharbeiterInnen sind auch keine ArbeiterInnen zweiter Klasse. Sie sollen vom ersten Tag an die gleichen Rechte haben wie die Stammbeschaft. Damit wird der Missbrauch von Leiharbeit effektiv eingedämmt.

Arbeit darf nicht krank machen – Arbeitsschutz weiterentwickeln

Viele ArbeitnehmerInnen erleben im Beruf starre Vorgaben, wenig Flexibilität und zu wenig Abwechslung. Andererseits sind manche Arbeitsverhältnisse heute zunehmend geprägt von hohen Flexibilitätsanforderungen, nicht planbaren Arbeitszeiten und von der Notwendigkeit ständiger Erreichbarkeit. Wir werden zusammen mit den Sozialpartnern die Anforderungen des gesetzlichen Arbeitsschutzes an die neuen psychischen Belastungen anpassen. Zum Schutz der Beschäftigten und mit Blick auf den demografischen Wandel sind alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen das Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sollen gesund bis zum Renteneintritt arbeiten können. So schaffen wir Arbeit, die nicht krank macht.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel F) Teilhaben an guter Bildung

Wie wir Kitas und Schule, Hochschulen und Ausbildung besser machen

Bildung eröffnet Zukunft. Die Welt kennen lernen, verstehen was um einen herum passiert, das eigene Leben selbst gestalten, Verantwortung für sich und andere übernehmen, Wünsche und Ziele verwirklichen – dies sollte allen Menschen offen stehen. Deshalb ist der freie Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Er darf nicht an der Herkunft, nicht an den Lebensumständen und nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Wir verlangen einem Teil der Bevölkerung mit unseren Vorhaben in der Steuerpolitik einiges ab. Aber im Gegenzug verpflichten wir uns, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unsere Kitas und Schulen zu begeisternden Lern- und Lebensorten zu machen, an denen jedes Kind mit seinen Talenten und seinem Potential angenommen wird und sich bestmöglich bilden kann. Und wir sorgen dafür, die Zugänge zu Ausbildung, Studium und Weiterbildung stärker zu öffnen und die Übergänge zu erleichtern.

Bildung ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie ist der Schlüssel für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe. Zugleich ist Bildung eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und darf nicht vorrangig nach wirtschaftlichen Aspekten gestaltet werden. Wir sorgen dafür, dass sie kein Privileg bleibt, sondern wirklich allen offen steht. Bildung soll sich nach dem Wohl des Kindes richten.

Bildung schafft Gerechtigkeit. Wir streiten für ein inklusives und ein sozial gerechtes Bildungssystem, an dem alle teilhaben. Für eine durchlässige Gesellschaft, die soziale Barrieren abbaut und die Vielfalt der Menschen bejaht.

Bildung schafft Demokratie. Wir treten ein für offene Bildungsinstitutionen, in denen die Einmischung von Lernenden, Lehrenden, Eltern und gesellschaftlichem Umfeld erwünscht ist. Dazu gehören für uns auch institutionelle Elemente wie verfasste Studierendenschaften und paritätisch besetzte Gremien an Schulen und Hochschulen.

Bildung beginnt in der Familie. Deshalb ist es uns wichtig, Eltern zu stärken – durch den Ausbau der frühen Hilfen und der Familienberatung, durch Eltern-Kind-Zentren als Unterstützungsstruktur für alle Eltern und frühzeitige Sprachkurse. Gute Bildungsinstitutionen arbeiten eng mit den Eltern zusammen und sind vernetzt.

Bildung schafft Zukunft, für unsere Kinder, für uns selbst. Doch zunächst müssen wir eine Zukunft für unsere Bildungsinstitutionen schaffen.

1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen

Die Qualität von Kitas und Schulen ist zentral, wenn es darum geht, Teilhabechancen von Kindern zu verbessern. Wie wichtig es ist, die Bildungseinrichtungen direkt und ohne Umwege zu stärken, zeigt das gescheiterte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung – ein Großteil des Geldes kommt gar nicht dort an, wo es gebraucht wird. Statt Kitas und Schulen zu stärken, finanziert das Bildungs- und Teilhabepaket neue bürokratische Strukturen und private Nachhilfe.

Die hohe Zahl an BildungsverliererInnen ist erschreckend: Es kann keine Bildungsgerechtigkeit und keine Entwarnung geben, solange jede/r Zehnte als funktionaler Analphabet gilt, jede/r fünfzehnte Jugendliche die Schule und fast jede/r Vierte die Ausbildung oder das Studium abbricht, solange knapp 300.000 Jugendliche in Warteschleifen des Übergangssektors geparkt sind und über zwei Millionen junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. Das sind Zahlen, die eine neue Bildungsoffensive erfordern für ein Bildungssystem, das nicht nur kognitive Fähigkeiten, sondern eine Vielzahl von Kompetenzen vermittelt und fördert. Das deutsche Bildungssystem leidet an einem Leistungs- und Gerechtigkeitsproblem.

Gute Bildungseinrichtungen sind inklusiv, sie zeigen Respekt und Wertschätzung gegenüber der ganzen Vielfalt der Kinder und jungen Menschen. An unseren Bildungseinrichtungen darf niemand diskriminiert werden. Sie nutzen das Potential dieser Vielfalt für eine inklusive Pädagogik, die individuelle Förderung und kooperatives Lernen bietet. Nicht die Kinder müssen der Schule angepasst werden, sondern die Schule den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Kinder. Kitas sind schon heute Vorreiter der Inklusion. Vielerorts ist es normal, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in die Kita gehen. Wir wollen, dass diese Möglichkeit künftig allen Kindern offen steht. Wir wollen Kitas und Schulen dazu befähigen, gemischte pädagogische und sozialpädagogische Teams aufzubauen und sich zu öffnen für Menschen mit Behinderungen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen, damit bisherige Sonder- und Förderschulen perspektivisch entbehrlich werden oder sich für alle Kinder öffnen. Nicht zuletzt die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet uns dazu. Von diesem Anspruch ist das deutsche Schulwesen noch weit entfernt. Dies gilt auch für Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Wir wollen dies ändern.

Gute Bildungseinrichtungen sind partizipativ. Dort werden Kinder, Schülerinnen und Schüler und Studierende nicht verplant, sondern sie können sich einmischen und mitgestalten und das ist erwünscht. Solche Einrichtungen begreifen Eltern als Partner in der Begleitung der jungen Menschen und bieten Unterstützung und Beratung. Eine Kooperationskultur auf Augenhöhe mit anderen pädagogischen oder außerschulischen Einrichtungen muss eine Selbstverständlichkeit werden. Schulen und Hochschulen müssen demokratisch verfasst, ihre Gremien paritätisch besetzt sein. SchülerInnen oder Studierende sollen durch selbstverwaltete Strukturen wie Schülervertretungen oder verfasste Studierendenschaften vertreten werden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit menschenrechts- und demokratiefeindlichen Strömungen und Ideologien. Gute Bildungseinrichtungen bringen gute Ergebnisse.

Die Arbeit in Kitas und Schulen ist ausgesprochen verantwortungsvoll. Viele Fachkräfte kommen dieser Verantwortung mit hohem Engagement nach. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, brauchen sie Rahmenbedingungen, die sie in ihrem hohen Engagement unterstützen.

ErzieherInnen haben eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Doch die gesellschaftliche Anerkennung hinkt hinterher. Auch die zu geringe Entlohnung spiegelt den Anspruch und die Leistung nicht wider. Wir wollen die Länder unterstützen bei der Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, die in großer Zahl dringend gebraucht werden. Wir brauchen Mindeststandards für die Fachkraft-Kind-Relation, um die Qualität in den Kitas zu verbessern. Duale Ausbildung kann

auch bei ErzieherInnen ein guter Weg sein, den Beruf attraktiver zu gestalten. Perspektivisch soll in jeder Gruppe eine Fachkraft arbeiten, die auf Hochschulniveau ausgebildet wurde. Wir brauchen eine Fortbildungskultur, die „lebenslanges Lernen“ auch für ErzieherInnen und LehrerInnen ernst meint. Dabei müssen Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz, Sensibilität bezüglich der Vielfalt sexueller Identitäten, Formen selbstbestimmten Lernens und heil- und sonderpädagogisches Wissen Teil der Ausbildung und Weiterbildung sein. Dazu gehören für uns auch mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund, mit eigener Behinderung sowie mehr Männer besonders für den Kita- und Grundschulbereich. Generell ist eine umfassendere Lehrerausbildung mit gleicher Studiendauer für alle Schularten unser Ziel. Die Verantwortung für gute Kitas, mehr noch aber für Schulen und Hochschulen liegt zuallererst bei den Ländern und den Kommunen. Der Bund kann unterstützen und mitfinanzieren, wenn man ihn lässt. Deshalb muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Bundesländer aufgehoben werden.

Wir wollen die Digitalisierung im Bildungsbereich unterstützen um den Zugang zu Wissen zu fördern. Lehr- und Lernmaterial soll unter freien Lizenzen bereitgestellt werden, um Wissensmonopole aufzubrechen und die vielfältige Nutzbarkeit entsprechender Inhalte zu unterstützen. Maßgabe sollten die Standards zu Open Education Ressourcen sein. Die berufsbildenden Schulen sollen zu Kompetenzzentren für Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

Gemäß der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ brauchen wir Kitas, Schulen, Berufsschulen und Universitäten, die die Kompetenz zur Analyse, Bewertung und Mitgestaltung der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen dieses Jahrhunderts vermitteln.

2. Erfolg ermöglichen: für gute Kitas und Schulen

Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, Begeisterung und Wissensdurst zu erhalten und Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern. Genau hier scheitert unser Bildungssystem aber viel zu oft.

Die Chance für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden und ihr Leben später selbst in die Hand nehmen zu können, sind nicht für alle gleich. Schlimmer: Obwohl diese Ungerechtigkeit bekannt ist, ändert sich zu langsam etwas daran. Bildungsarmut wird vererbt, weil das deutsche Bildungssystem daran scheitert, Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund abzukoppeln. Viel zu oft steht schon bei der Geburt fest, wohin der Weg des Kindes führt. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien kämpfen oft mit Vorurteilen und unzureichender Förderung, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Wir aber wollen kein Kind zurücklassen. Wir wollen die Blockaden wegräumen und Wege aufzeigen, die die Potentiale aller Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung bringen.

Dafür brauchen wir zuerst mehr und auch bessere Kita-Plätze, um Kinder schon früh fördern zu können, und besser qualifizierte Tagesmütter und -väter. Wir wollen den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch angemessen finanzieren, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einführen, bundesweit Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote in einem Gesetz festlegen und die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. 1 Mrd. Euro an Bundesmitteln pro Jahr werden wir Ländern und Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellen, damit es schnell vorangeht. Das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld setzt die falschen Anreize, denn es belohnt Familien, die ihre Kinder vom Bildungsort Kita fern halten – wir wollen es daher zugunsten einer besseren Ausstattung der Kitas wieder abschaffen! Eltern sollen sich entscheiden können zwischen einem Platz in der Kita und der Tagespflege.

In unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Zu früh wird sortiert anstatt Kinder individuell zu fördern und ihnen Zeit zu geben, sich zu entwickeln. Wir sind überzeugt davon, dass es gut ist, wenn Kinder länger gemeinsam an einer Schule lernen. Wir

wollen dies aber nicht von oben verordnen, sondern laden Lehrkräfte Eltern und Schülerinnen und Schüler ein, sich gemeinsam auf den Weg zu machen hin zu besseren Schulen. Davon profitieren alle, die stärkeren SchülerInnen wie die Schwächeren. SchülerInnen und LehrerInnen brauchen auch mehr Zeit, denn erfolgreiches Lernen und individuelle Förderung laufen nicht im 45-Minuten-Takt und sind auch nicht mittags zu Ende. Unser Ziel ist es, flächendeckend Ganztagschulen aufzubauen, die barrierefrei sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und überhaupt Neues entdecken können. Eine Ganztagschule kann außerschulische Sport-, Kultur- und Jugendangebote besser einbeziehen. Wir werden deshalb mit den Ländern über ein zweites Ganztagschulprogramm verhandeln, damit die guten, durch das erste Programm aus dem Jahr 2004 angeschobenen Veränderungen, fortgesetzt werden können. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer Schule, die Kinder und Jugendliche gerade auch in schwierigen Lebensphasen individuell fördert. Schulsozialarbeit leistet Prävention und sollte im Rahmen des Ganztagschulbaus gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir die Sprachbildung in Kitas und Schulen stärken. Sprachbildung muss frühzeitig ansetzen, in den Alltag der Kinder und Jugendlichen integriert sein und ihre Familiensprachen mit einbeziehen. Für Kinder mit diagnostizierten Lernstörungen wollen wir frühzeitig Wege der therapeutischen Hilfe öffnen.

3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Für viele junge Menschen ist der Weg von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf sehr weit – oft zu weit. Jedes Jahr werden rund 300.000 junge Menschen vermeintlich berufsvorbereitend von Maßnahme zu Maßnahme geschleppt. Das deutsche Modell der betrieblichen Ausbildung ist zu Recht international anerkannt. Aber: Zu wenige Jugendliche schaffen den Sprung in eine betriebliche Ausbildung, zu wenige Unternehmen beteiligen sich und die Durchlässigkeit lässt zu wünschen übrig. Für Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, können Produktionsschulen den Übergang in die berufliche Ausbildung erleichtern. Mit DualPlus wollen wir das Berufsausbildungssystem so weiterentwickeln, dass alle Ausbildungsinteressierten einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip behalten wir bei, Berufsschule und Betriebe sollen darüber hinaus um überbetriebliche Lernorte ergänzt werden. Damit der Wechsel in eine herkömmliche betriebliche Ausbildung stets möglich ist, wollen wir die Ausbildung schrittweise in berufs- und länderübergreifend anerkannte, aufeinander aufbauende Ausbildungsbausteine einteilen. Auch kleinere und spezialisierte Betriebe können sich so an DualPlus beteiligen.

Der Vorteil ist: Mehr Betriebe können sich an der Ausbildung beteiligen, mehr Jugendliche finden einen Ausbildungsplatz, unterstützende Maßnahmen werden integriert, kein Bildungsschritt bleibt ohne Anschluss. Und so könnte man sich auch den mindestens 4 Mrd. Euro teuren Maßnahmen-Dschungel sparen und vielen Jugendlichen eine echte Chance geben. Auch die Ausbildungsförderung von Nicht-EU-BürgerInnen soll verbessert werden. Gleichzeitig wird eine Ausbildung zu guten Fachkräften gefördert.

Die Angst vor den Kosten hält zu viele von einem Studium ab. Eine bessere Studienfinanzierung muss daher mehr Studierende und vor allem BildungsaufsteigerInnen erreichen. Das gilt gerade auch für junge Menschen aus nichtakademischen Elternhäusern ohne entsprechende Vorbilder. Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch Veränderung des BAföG und eine Erhöhung um 300 Mio. Euro jährlich verbessern. Außerdem wollen wir das Ausland-BAföG auch für eigenständige Studiengänge im gesamten europäischen Hochschulraum ermöglichen. Im nächsten Schritt werden wir eine Studienfinanzierung aufbauen, die aus zwei Säulen besteht: einem Studierendenzuschuss, den alle erhal-

ten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein Studium zu gewinnen, die bislang nicht studieren. Beide Zuschüsse müssen – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Studiengebühren sind inzwischen bundesweit fast flächendeckend wieder abgeschafft. Wir lehnen sie weiter ab. Das Deutschlandstipendium und das Bildungssparkonto kritisieren wir. Beide sind ungeeignet, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Deutschlands Fachkräftemangel kann nur behoben werden, wenn mehr Menschen besser qualifiziert werden und studieren. Aber die Hochschulen sind nicht gut vorbereitet auf die zum Glück zahlreicher an die Hochschulen drängenden StudienanfängerInnen. Es fehlen ausfinanzierte Studienplätze. Wir wollen Studienwilligen die Türen weit öffnen und jährlich 1 Mrd. mehr in den Hochschulpakt stecken – für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen. Wir wollen den Hochschulpakt verstetigen und zu einem dauerhaften, bedarfsgerechten System der Hochschulfinanzierung weiterentwickeln.

Wir befürworten die Vision eines europäischen Hochschulraums, setzen uns aber für eine Reform der Studienreform ein. Denn sie löst ihre Versprechungen bisher nicht ein. Die Prüfungs-dichte muss reduziert, die Curricula entfrachtet, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen verbessert, Betreuungs- und Beratungsangebote sowie die soziale Infrastruktur auf dem Campus gestärkt werden. Den Bachelor wollen wir als berufsbefähigenden Abschluss etablieren und ausreichende Studienplätze für diejenigen schaffen, die einen Master anstreben.

Damit man sich Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, werden wir für jährlich 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BaföG einführen. Es kennt keine Altersgrenze, die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen – je nach Situation der Berechtigten. Damit können Schulabschlüsse und Qualifizierung nachgeholt werden. Wir wollen so diejenigen für Weiterbildung gewinnen, die bislang von den Angeboten zu wenig erreicht werden: Ältere, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Thema Analphabetismus nicht länger gesellschaftlich ignoriert wird und dementsprechend in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den ArbeitgeberInnen die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Menschen mit Behinderungen lassen wir alle für weitergehende Qualifizierung und Bildung notwendigen Unterstützungen und Assistenzleistungen zukommen.

4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung

Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute zu denken, Zusammenhänge verstehen zu wollen und besser zu begreifen, was wir nicht wissen. Wissenschaft ist eine Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Zukunftsfragen. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Verantwortung aller Disziplinen. Das in der Verfassung verbriefte Recht auf Forschungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zugleich muss Wissenschaft sich ihrer Verantwortung in Forschung und Lehre bewusst sein. Wir wollen mit der staatlichen Forschungsförderung Anreize dafür setzen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.

Hierzu brauchen wir auch eine starke Grundlagenforschung. Denn ohne den Aufbruch ins Unbekannte, Unbekannte und Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch dafür braucht es Geld und Zeit. Deshalb sehen wir mit Sorge die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen. Dadurch wird gerade die nicht programmgebundene Neugierforschung gefährdet.

Nachhaltige und soziale Innovationen setzen weitreichende Folgeabschätzungen, begleitende Risikoforschung und ein Verständnis der komplexen technischen und gesellschaftlichen Wechselbeziehungen voraus, wenn neue Technologien zum Wohle aller implementiert werden sollen.

Wir müssen von einer Wissenschaft für zu einer Wissenschaft mit der Gesellschaft kommen. Wir wollen inter- und transdisziplinäre Forschung unterstützen, um Wissen zu verbreitern und gesellschaftliche und ökologische Wechselwirkungen früh erkennen zu können. Dazu braucht es eine Stärkung der Forschung für eine Nachhaltige Entwicklung. Der Schutz von Umwelt und Tieren macht aber auch Grenzziehungen nötig. Die Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch wollen wir gesetzlich fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren. Deshalb werden wir die Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit VertreterInnen des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen wollen wir strikt verbieten. Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärken und begrüßen es, wenn öffentliche Wissenschaftseinrichtungen vor Ort Friedensklauseln als Leitbild erarbeiten.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Karriere. Jenseits der Professur haben WissenschaftlerInnen heute extrem unsichere Berufs- und Lebensperspektiven. Befristete Verträge haben Überhand genommen, oft mit Laufzeiten unter einem Jahr. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat die Tendenz zu prekärer Beschäftigung noch verstärkt. In Deutschland zählen selbst gestandene WissenschaftlerInnen bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum abhängigen Nachwuchs. Selbstständige Forschung ist hier nicht vorgesehen. Lehre wird immer häufiger mit gering bezahlten Lehraufträgen abgedeckt. Wir fordern einen langfristig angelegten ‚Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs‘. Dazu gehört die Veränderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse und neue Personalkategorien jenseits der Professur. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollen verbindliche Verpflichtungen für eine nachhaltige Personalentwicklung eingehen. Kontrollmechanismen sollen eingeführt werden, um zu vermeiden, dass die Hochschulen Lehraufträge als Mittel benutzen, um über extrem kostengünstige und recht- und schutzlose Lehrkräfte zu verfügen. Zusätzlich wollen wir mit der Neuauflage des Juniorprofessurenprogramms 1000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track initiieren. Das heißt, nach positiver Evaluation soll ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis eröffnet werden. Zu einem solchen Pakt gehört für uns auch, dass sich die Qualifizierungs- und Betreuungsverhältnisse für Promovierende verbessern. Dafür müssen qualitative Mindeststandards und ein einheitlicher Doktorandenstatus bundesweit umgesetzt werden. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten. Wir wollen zudem künftig auch Kollegs für kooperative Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten fördern.

Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe werden es weniger. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem, es drohen dadurch auch bedeutende Innovations- und Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Wenn diese nicht erfüllt werden, soll das Folgen für die Mittelvergabe haben. Auch die institutionelle und die projektgebundene Forschungsförderung wollen wir an gleichstellungspolitische Verpflichtungen knüpfen, um so mittelfristig mindestens 50% Frauen auf allen Ebenen zu haben.

Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen bedroht zunehmend eine besondere Stärke des deutschen Wissenschaftssystems, nämlich die Qualität in der Breite. Einer Trennung

in 'Forschungshochschulen' und 'Ausbildungshochschulen' wollen wir entgegenwirken und die Lehrqualität verbessern. Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten, und der Bund muss größere Verantwortung – etwa bei der gemeinsamen Finanzierung der außeruniversitären Forschung – übernehmen. Der Bund kann die Länder entlasten, indem er künftig 70 Prozent statt wie bisher 50 Prozent der Kosten der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft übernimmt und die Programmpauschale der Deutschen Forschungsgemeinschaft schrittweise erhöht. Die Länder sollen sich vertraglich verpflichten, mit den frei werdenden Mitteln die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Wir streben ein geordnetes Auslaufen der Exzellenzinitiative an. Dabei wollen wir die Instrumente Graduiertenschulen und Exzellenzcluster beibehalten und weiterentwickeln. Für uns ist das europaweit vereinbarte Ziel, 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, nur Mindestmaß. Will die EU insgesamt ihr Ziel erreichen, müssen wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland deutlich höhere Werte anstreben. Das bewährte System der Forschungsförderung aus öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen und wettbewerbliche Projektförderung wollen wir ergänzen durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir wollen, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung rasch breit verfügbar sind und unterstützen deshalb Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich, damit der Austausch innerhalb der Wissenschaft aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft verbessert wird. Durch öffentliche Mittel finanzierte wissenschaftliche Publikationen müssen auch frei zugänglich sein. Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung und Lehre an universitären und außeruniversitären Einrichtungen muss gewährleistet werden. Größtmögliche Transparenz über die Forschung an Hochschulen und Universitäten stellt die Grundlage für den kritischen Diskurs an den Hochschulen und für die öffentliche Rechenschaft der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft dar. Klare und verbindliche Transparenzregeln helfen Forschung z.B. zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen wie z.B. Tierversuchen zu identifizieren und sie öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, wer im öffentlich finanzierten Wissenschaftsbereich welche Mittel für welche Forschungstätigkeiten erhält und wer mit wem kooperiert. Wir wollen außerdem Ansätze stärken, forschungspolitische Entscheidungsprozesse partizipativer zu gestalten.

5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben

Bund und Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10% des Bruttosozialprodukts jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Obwohl das Ziel bis heute noch nicht ganz erreicht ist, sagen wir: Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Ziel müssen mindestens 7 Prozent bei Bildung und 3,5 Prozent bei Forschung und Entwicklung bis 2020 sein. Denn andere sind längst weiter. Bildungs- und Forschungsausgaben haben deshalb für uns Vorrang. Und wir werden den Ländern durch eine Reform der Erbschaftssteuer und unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik weitere finanzielle Spielräume verschaffen für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Wir wollen eine bessere Bildungsfinanzierung und ein besseres Bildungs- und Wissenschaftssystem, das auch leistungsfähiger ist. Dazu müssen auch verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt werden. Es muss wieder möglich werden, dass der Bund die Länder, z.B. beim Ausbau von Ganztagschulen und Studienplätzen, finanziell unterstützen darf. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben und die Zusammenarbeit in der Wissenschaft zu erleichtern. Unser Ziel ist eine Ermöglicungsverfassung für bessere Bildung und Wissenschaft. Um beide Zukunftsfelder zu stärken und Chancengerechtigkeit zu fördern, braucht es einen kooperativen Bildungsföderalismus, eine echte Verantwortungspartnerschaft

zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine neue Kooperations- und Vertrauenskultur. Bis das Kooperationsverbot aufgehoben wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund sich an den Bildungskosten beteiligt und die Länder durch unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik finanzielle Spielräume für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich erhalten.

Wir setzen uns für bundesweit einheitliche und verbindliche abschlussbezogene Bildungsstandards in allen Fächern ein. Damit soll gesichert werden, dass trotz unterschiedlicher Schulsysteme die Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern vergleichbares Fachwissen erlangen und die gleichen Kernkompetenzen beherrschen. Ebenso wollen wir verhindern, dass ihnen Nachteile bei einem Schulwechsel über Bundesländergrenzen hinweg entstehen.

Wer GRÜN wählt, ...

- investiert in mehr, bessere und inklusive Kitas.
- fördert längeres gemeinsames und inklusives Lernen sowie Ganztagschulen mit hoher Bildungsqualität für alle.
- fördert Ganztagschulen mit hoher Bildungsqualität für alle.
- sorgt für gute Ausbildung für alle, schafft zusätzliche Studienplätze und verbessert die Qualität von Lehre und Studium.
- schafft Spielräume für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs verlässlichere Perspektiven.
- will das Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen.

Schlüsselprojekte

Grüne Bildungsrepublik begründen – gute Ganztagschulen flächendeckend aufbauen

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und muss erneuert werden. Wir wollen bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Ganztagschulen sind das Kernstück eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems, denn sie bilden den Rahmen in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen wir flächendeckend Ganztagschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung und unterstützen sie mit mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Schulen in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues entdecken können.

Hochschulen stärken – jährlich 1 Mrd. mehr Bundesmittel

Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten und der Bund muss größere Verantwortung bei der Finanzierung übernehmen. Wir wollen, dass 3,5 % des BIP bis 2020 in Forschung und Entwicklung investiert werden. Für mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, eine höhere Qualität der Lehre und verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. € jährlich in unsere Hochschulen investieren. Mit veränderten Finanzierungsschlüsseln bei der außeruniversitären Forschung wollen wir den Ländern außerdem Spielräume verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Damit sollen prekäre Beschäftigung eingedämmt und eine Ausfinanzierung der Studienplätze gewährleistet werden.

Studierende und Weiterbildung besser unterstützen – das BaföG erhöhen

Zu viele Menschen entscheiden sich wegen finanzieller Barrieren gegen ein Studium. Die Lage von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien wollen wir durch eine Reform und Erhöhung des BaföG verbessern. In einem ersten Schritt stellen wir dafür mindestens 300 Mio. Euro zusätzlich bereit. Danach wollen wir das BaföG schrittweise zum grünen Zwei-Säulen-Modell erweitern, das eine Basisabsicherung und einen Bedarfzuschuss kombiniert und so mehr Bildungsaufstieg ermöglicht. Damit man sich Lernen und Weiterbilden auch in späteren Lebensphasen leisten kann, wollen wir für jährlich mindestens 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BaföG einführen. Es kennt keine Altersgrenzen, die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix aus Zuschüssen und Darlehen, je nach Situation der Berechtigten.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel G) Teilhaben an sozialer Sicherung

Wie wir ein Netz der Absicherung für alle schaffen

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist materielle Armut kein Randphänomen, sondern betrifft Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren lebt in Deutschland in einem einkommensarmen Haushalt. Arbeitslosigkeit, Erziehung von Kindern, Krankheit, Behinderung, Alter oder schicksalhafte Ereignisse dürfen in unserem reichen Land nicht Ursache von einem Leben in Armut sein.

Unser Ziel der Teilhabe umfasst alle. Inklusive Politik fragt nicht nach vermeintlichen Defiziten von Menschen, sondern will die Fähigkeiten der Einzelnen und ihre Teilhabe fördern und unterstützen. Das schaffen wir mit den Instrumenten einer sozio-kulturellen Mindestsicherung und guten öffentlichen Institutionen, aber auch durch eine allgemein verankerte Denkweise, die allen Menschen die Freiheit eröffnet, in unserer Demokratie so zu leben wie sie sind. Es ist normal, verschieden zu sein.

Wer arm geboren wurde, wird häufiger, früher und schwerwiegender krank und hat eine deutlich geringere Lebenserwartung. Dies wird noch verstärkt durch einen schlechten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Die steigende Zahl der Menschen, die unter prekären Bedingungen arbeiten oder unterbrochene Erwerbsbiographien haben, ist auch im Alter unzureichend abgesichert. Viele Betroffene können sich im Bedarfsfall keine gute Pflege organisieren oder finanzieren.

Leisten wir dem gesellschaftlichen Wunsch nach einem belastbaren Sicherungsnetz für alle endlich Folge: Auch die gesellschaftlich Benachteiligten dürfen nicht durchs Netz fallen. Denn nur wer weiß, dass er notfalls aufgefangen wird und soziale Rechte hat, ist BürgerIn und kein/e BittstellerIn.

Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement, für alle, die sich einmischen wollen und können. Soziale Sicherheit und Teilhabe sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb ist es wichtig, dass das sozio-kulturelle Existenzminimum tatsächlich für alle gewährleistet ist.

Indem wir die sozialen Sicherungssysteme fit machen für die neuen Herausforderungen schaffen wir auch der Solidarität eine Zukunft. Grüne Grundsicherung, grüne Bürgerversicherung, grüne Garantierente und grünes Pflegekonzept sind hierfür der Schlüssel. So schaffen wir ein solidarisches Sicherungsnetz, auf das sich jeder Mensch im Bedarfsfall verlassen kann: Schnell, unbürokratisch und existenzsichernd. Wir wollen auch erreichen, dass die Versicherten ihre sozialen Leistungen europaweit besser in Anspruch nehmen können.

Wir machen uns auch dafür stark, dass die Versicherten in den Sicherungssystemen mehr Gehör finden und eine stärkere Vertretung erhalten. Ob Arbeitslose oder RentnerInnen, ob PatientInnen oder Pflegebedürftige: auch hier ist Einmischung erwünscht.

1. Grüne Grundsicherung

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein entscheidendes Auffangnetz. Diese Grundsicherung muss neben der materiellen Absicherung auch die Möglichkeit der soziokulturellen Teilhabe an unserer Gesellschaft sicherstellen. Die Würde des Menschen ist und bleibt Maßstab unserer Politik.

Trotz jahrelanger Kritik an der Berechnung des Arbeitslosengeld II-Regelsatzes hat die Regierung Merkel nicht reagiert und hierfür im Jahr 2010 die Quittung durch das Bundesverfassungsgericht erhalten.

Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen und jährlich auf Angemessenheit überprüfen. Diese Neuberechnung wollen wir im Dialog mit den Sozialverbänden umsetzen. Die Berechnung muss verfassungskonform gestaltet werden. Das heißt zum einen die so genannten „verdeckt Armen“ und „kleinen Aufstocker“ (Zuverdienst bis 100 Euro) aus der Bezugsgruppe, die Maßstab für die Regelsatzberechnung ist, herauszunehmen. Und zum anderen, die wichtigsten Ausgabenpositionen einzubeziehen, die für Teilhabe und Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig sind und auch durchschnittliche Energiekosten abdecken. Zudem muss der Regelbedarf 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten an Inflation und Lohnentwicklung angepasst werden. Damit die Anhebung des ALG II finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne ergänzend ALG II beziehen müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu. Wir setzen darauf, dass wir durch einen Mindestlohn Geld einsparen, so dass wir einen Teil der ALG II-Erhöhung damit gegenfinanzieren können. Das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket hat zur Folge, dass viele Kinder ihren verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf Bildung und Teilhabe nicht wahrnehmen können. Wir wollen das unsinnige Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen. Stattdessen wollen wir als ersten Schritt zur Kindergrundsicherung die Kinderregelsätze erhöhen sowie in die Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur investieren.

Wir wollen beim ALG II die Grundlage der Berechnung umstellen von der Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre finanzielle Abhängigkeit. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wir werden den Wechsel hin zur individuellen Existenzsicherung in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Das gilt auch für AsylbewerberInnen. Deshalb schaffen wir das Asylbewerberleistungsgesetz ab, überführen ihre Ansprüche ins SGB und beenden die unwürdige Gutscheinpraxis.

Die Sanktionen für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sind meist demütigend, unnötig und kontraproduktiv. Die verschärften Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren, die bis zur Obdachlosigkeit führen können, wollen wir unverzüglich abschaffen. Die von Schwarz-Gelb durchgesetzte Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II benachteiligt einkommensarme Familien. Bei der von uns angestrebten Neuordnung der familienpolitischen Leistungen wollen wir diese Ungerechtigkeit beseitigen und die Anrechnung des Elterngeldes wieder rückgängig machen. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben und sich um eine eigenständige Existenzsicherung zu bemühen. In der Regel ist das die Suche nach

einem neuen Arbeitsplatz, Aus- und Weiterbildung oder Umschulung. Wir brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht der Arbeitssuchenden in den Jobcentern, ein Verbandsklagerecht sowie Ombudsstellen, um Konflikte frühzeitig, unter Vermeidung von unnötigen und teuren Gerichtsverfahren und auf Augenhöhe zu lösen. Dazu wollen wir beispielsweise sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden. Ein solches Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist mit den heutigen Sanktionsregeln und -automatismen nicht vereinbar. Bis neue faire Regeln etabliert sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium.

Soziale Leistungen sind gutes Recht. Doch wer sie in Anspruch nehmen will, erlebt oft ein blaues Wunder: Wenn Arbeitssuchende bei Fragen an das Jobcenter eine kostenpflichtige Telefonhotline anrufen müssen, um dann doch keine Auskunft zu erhalten; wenn die Pflegekasse ältere Menschen, die einen ambulanten Dienst brauchen, nicht ausreichend unterstützt; oder wenn die Krankenkasse die Anschlussbehandlung eines Patienten oder einer Patientin nach einem Schlaganfall hinauszögert. Diese Beispiele stehen exemplarisch für einen oft erlebten Umgang von Behörden und Sozialversicherungen mit ihren „Kundinnen und Kunden“. Die Rechte auf Beratung, auf angemessene Leistungen, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleiben dabei auf der Strecke. Wir wollen, dass die Menschen ihr Recht bekommen. Es ist an der Zeit, die Leistungsberechtigten bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche zu stärken, auch durch ein Verbandsklagerecht und die Schaffung und Förderung ämterunabhängiger Beratungsstellen.

Wir wollen die Idee einer finanziellen Basissicherung oder die einer negativen Einkommenssteuer weiter diskutieren. Gerade in der Debatte um Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle muss es darum gehen, unsere Leitbilder von Gerechtigkeit und emanzipativer Sozialpolitik, die Bedeutung öffentlicher Institutionen und Finanzierbarkeit zu verbinden. Wir wollen diese Debatte in die Gesellschaft hineinbringen. Wir halten deshalb die Einrichtung einer Enquetekommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll, in der Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. In einer solchen Enquete wollen wir der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie damit verbundene Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen den nötigen Raum verschaffen. Ziel ist es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf Teilhabe zu verwirklichen.

2. Grüne Bürgerversicherung: gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems

In der gesetzlichen Krankenversicherung stehen Gesunde und Kranke, Junge und Alte sowie Gut- und Geringverdienende solidarisch füreinander ein. Kinder sind kostenlos mitversichert. Doch die Solidargemeinschaft ist nicht vollständig. Unser Gesundheitssystem ist in Schieflage geraten. Privatversicherte sind häufig privilegiert und erhalten Vorzugsbehandlungen. Gut verdienende Angestellte, BeamtInnen, viele Abgeordnete und die meisten Selbstständigen gehören der privaten Krankenversicherung an. Als Privatversicherte versichern sie nur ihr eigenes, meist unterdurchschnittliches Krankheitsrisiko. Zum Solidarausgleich tragen sie so nicht bei.

Diese Zwei-Klassen-Medizin in unserem Gesundheitswesen wollen wir beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: Eine für Alle, statt jeder für sich. Dagegen will Schwarz-Gelb den Solidarausgleich innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung immer weiter abbauen. Die steigenden Gesundheitsausgaben sollen über pauschale Zusatzbeiträge alleine den Versicherten aufgebürdet werden. Wir dagegen wollen mehr, nicht weniger Solidarität. Die grüne Bürgerversicherung bezieht alle Bürgerinnen und Bürger in die

Solidargemeinschaft ein. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern wieder hergestellt.

Die grüne Bürgerversicherung sorgt aber nicht nur für die Stärkung der Solidarität. Sie ist ein entscheidender Schritt zu einer soliden Finanzierung des Gesundheitswesens, denn wir verbreitern die finanzielle Basis. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleich behandeln und zur Finanzierung heranziehen. Also neben Arbeitseinkommen und Renten auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen, Spekulationsgewinne und Mieteinnahmen. Zudem heben wir die Beitragsbemessungsgrenze auf das in der Rentenversicherung geltende Niveau. Das schafft mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen in dem es Gutverdienende fairer beteiligt, macht die Finanzierung zukunftsfest und schafft Raum für Beitragssatzsenkungen.

Die grüne Bürgerversicherung ist keine Einheitsversicherung. Sowohl die gesetzlichen als auch private Krankenversicherer können die Bürgerversicherung anbieten. Allerdings gilt eine gemeinsame Honorarordnung. Denn die Art und das Ausmaß der Behandlung von Patientinnen und Patienten dürfen nicht länger davon abhängig sein, ob diese privat oder gesetzlich versichert sind. Dabei werden wir sicherstellen, dass die höheren Honorare, die heute über die Privatversicherten an die Ärzteschaft und an die anderen Gesundheitsberufe fließen, insgesamt erhalten bleiben und gerechter verteilt werden. Der Wettbewerb unter den Anbietern, darf dabei nicht über den Beitragsatz, sondern soll vor allem über die Qualität und Patientenorientierung geführt werden. Die Krankenversicherungen als Interessenvertreter sollen das Wohl jedes einzelnen Mitglieds im Blick haben. Keinesfalls darf es eine Risikoselektion geben. Versicherte dürfen wegen ihres Alters, ihres Geschlechts oder möglicher Vorerkrankungen nicht benachteiligt werden. Die Beiträge sind strikt einkommensbezogen zu erheben. Zuzahlungen werden abgeschafft.

Die grüne Bürgerversicherung unterstützt Familien mit Kindern. Kinder werden kostenlos mitversichert, zeitlich begrenzt auch Verheiratete bzw. LebenspartnerInnen, die nicht erwerbstätig sind, aber Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen. Für alle anderen Ehepaare und für eingetragene Lebensgemeinschaften wird ein Beitragssplitting eingeführt. Damit wird die Bevorzugung von Alleinverdienerpaaren mit einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen beendet und die negativen Erwerbsanreize für Ehefrauen abgeschafft.

3. Grüne Gesundheitspolitik: ortsnahe und bedarfsgerecht, inklusiv und präventiv

Wir wollen die wohnortnahe gesundheitliche Versorgung weiter verbessern und den Zugang unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht, Herkunft, Behinderung, sozialer Lage und Wohnort sicherstellen. Kern muss eine Primärversorgung sein, in der Haus- und KinderärztInnen sowie die Angehörigen weiterer Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammen arbeiten. Dafür sind u.a. die Aufwertung der HausärztInnen und des Berufsbildes der Pflege, eine veränderte Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen und ein Vergütungssystem erforderlich, das die besonderen Leistungen der Primärversorgung, wie die Beratung und Begleitung der PatientInnen, berücksichtigt. Hausarztverträge können dabei ein Beitrag sein, um eine wohnortnahe Primärversorgung zu gewährleisten und die Qualität der Versorgung zu verbessern.

Um den Versorgungsbedarfen der wachsenden Zahl chronisch und mehrfach sowie psychisch erkrankter Patientinnen und Patienten gerecht zu werden, ist eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gesundheitseinrichtungen und-berufe erforderlich. Die finanziellen und rechtlichen Barrieren, die einer Gesundheitsversorgung „Hand in Hand“ entgegen stehen,

wollen wir beseitigen. Die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit muss schon in der Ausbildung gefördert werden. Die Pflegekräfte sind in ihrer Eigenverantwortung zu stärken.

Bei der Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung soll den Kommunen sowie den regionalen und lokalen Zusammenschlüssen von Patientinnen und Patienten sowie Gesundheitsberufen künftig eine größere Rolle zukommen. So können Versorgungsstrukturen stärker auf die Bedarfe vor Ort ausgerichtet und medizinische Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung mit den kommunalen sozialen Diensten verknüpft werden. Die Krankenhausversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser sind als Teil des regionalen Versorgungssystems zu begreifen und müssen bedarfsgerecht finanziert werden. Öffentliche Krankenhäuser müssen sich mit ihren sozialen Zielsetzungen neben freigemeinnützigen und privaten Trägern behaupten können.

Doch mit ihrer Krankenhauspolitik im Zickzack-Kurs und unterlassenen Strukturreformen hat die Bundesregierung vor allem viele kommunale Krankenhäuser in die roten Zahlen getrieben. Das schadet den Patientinnen und Patienten. Denn Diagnosen, Therapien und Dauer des Krankenhausaufenthalts werden in den Kliniken zunehmend von betriebswirtschaftlichen Überlegungen bestimmt. Und das trifft auch die Beschäftigten, insbesondere in der Pflege, die immer mehr Patientinnen und Patienten mit immer größerem Unterstützungsbedarf versorgen müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb eine Kurskorrektur auch in der Krankenhauspolitik. Fehlerhafte ökonomische Anreize im derzeitigen Finanzierungssystem, die zu unangebrachten oder ethisch fragwürdigen Therapieentscheidungen führen können, wollen wir beheben. Die Vergütungen, die die Krankenhäuser für die Behandlung der Patientinnen und Patienten erhalten, müssen die steigenden Personal- und Sachkosten angemessen berücksichtigen. Die Qualität der Behandlung sowie der Patientennutzen sollten zunehmend in die Vergütung eingehen. Die Vorhaltekosten der Notfallversorgung und die Kostenstruktur der unterschiedlichen Krankenhausgrößen müssen angemessen berücksichtigt werden.

Um die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zu verbessern, sind neben der Schaffung zusätzlicher Pflegestellen und einer finanziellen Besserstellung der Pflegeberufe eine familienfreundliche Arbeitsorganisation, mehr Teamorientierung und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller im Krankenhaus tätigen Gesundheitsberufe nötig. Bestehende Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen sind konsequent umzusetzen sowie Vorkehrungen gegen übermäßige psychische Belastungen zu treffen.

Damit sich regionale Versorgungsnetze bilden können und um eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu gewährleisten, wollen wir die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander sowie mit den ambulanten Strukturen vor Ort verbessern. Dafür streben wir unter anderem ein einheitliches Vergütungssystem für alle fachärztlichen Leistungen an gleichgültig, ob sie im Krankenhaus oder in der Facharztpraxis erbracht werden. Die Anwendung von Informationstechnologien kann einen wichtigen Beitrag für eine bessere Gesundheitsversorgung leisten. Allerdings sind dabei die Grundsätze des Datenschutzes und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten strikt einzuhalten.

Patientinnen und Patienten sollen auch Angebote der besonderen Therapierichtungen wahrnehmen können. Dazu muss die Komplementärmedizin Nachweise zur Wirksamkeit erbringen. Es sind geeignete Methoden zum Wirksamkeitsnachweis für die Komplementärmedizin als auch andere medizinische Bereiche (z.B. Physio- oder Psychotherapie) zu entwickeln. Dafür sind öffentliche Forschungsgelder zur Verfügung zu stellen. PatientInnen sollen in einem Patientenbrief nach erfolgter Behandlung in verständlicher Form über Diagnose, Art und Umfang der Leistung informiert werden.

Ob bei künstlichen Hüftgelenken, Herzschrittmachern oder Brustimplantaten – Sicherheit, Wirksamkeit und Nutzen von Medizinprodukten muss verbessert werden. Dazu gehören ein europaweit einheitliches staatliches Zulassungsverfahren für Hochrisikoprodukte, strenge Vorgaben für klinische Studien, ein Medizinproduktregister und eine bessere Nutzenbewertung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden. Notwendig ist zudem eine Produkthaftpflicht für Medizinproduktehersteller.

Die kürzlich eingeführte Nutzenbewertung neuer Arzneimittel ist ein wichtiger Schritt. Sie ermöglicht, den Preis eines Medikaments davon abhängig zu machen, welcher Patientennutzen mit ihm verbunden ist. Blockadeversuchen der Pharmaindustrie werden wir entschieden entgegen treten. Damit alle Informationen zu einem Arzneimittel in seine Bewertung einfließen können, werden wir die Pharmaunternehmen verpflichten, alle Arzneimittelstudien registrieren zu lassen und deren Resultate zu veröffentlichen. Forschungsprojekte zur spezifischen Verträglichkeit von Arzneimitteln bei Kindern, sowie der geschlechterspezifischen Verträglichkeit müssen ausgebaut werden. Medizinische Forschung muss transparent gestaltet, Abhängigkeiten von Drittmittelgebern in der Forschung konsequent offengelegt werden. Wir wollen für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern den Zugang zu Medikamenten verbessern. Hierzu wollen wir auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und sehen öffentliche Forschungseinrichtungen in der Verantwortung, sozialverträgliche Lizenzierungs- und Vertriebsmodelle zu entwickeln. Perspektivisch streben wir eine Angleichung der Preisregulierung und der Regelungen zur Qualitätstransparenz für Arzneimittel innerhalb der EU an. Die Bekämpfung von Korruption braucht klare Gesetzgebung mit konsequenter Durchsetzung, um die Manipulation im Gesundheitssystem durch nicht am Patientenwohl orientierte Einflüsse, u.a. Bestrebungen von Pharma- und MedizinprodukteherstellerInnen, endlich zu beenden. Hierzu gehört die Einführung eines Straftatbestandes für Korruption durch die LeistungserbringerInnen im Gesundheitswesen, der Ausbau unabhängig finanzierter medizinischer Forschung und ein Weiterbildungswesen frei von wirtschaftlicher Beeinflussung.

Menschen mit Behinderungen sind im Gesundheitssystem häufiger als Andere Bevormundung und Entscheidungen über ihren Kopf hinweg ausgesetzt. Wir streben ein inklusives Gesundheitssystem an, das auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen eingeht und alle notwendigen präventiven, diagnostischen, therapeutischen sowie rehabilitativen Maßnahmen ermöglicht. Das schließt die Qualität der Unterstützung mit ein, beispielsweise durch Versorgung mit hochspezialisierten Hilfsmitteln zur Kommunikation und Mobilität. Wir treten dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland konsequent umgesetzt wird und eine entsprechende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen erfolgt.

Wir wollen eine interkulturelle Öffnung der gesundheitlichen Regeldienste und falls erforderlich ein herkunftssprachliches Beratungsangebot. Für Flüchtlinge und Menschen „ohne Papiere“ muss der Zugang zur gesundheitlichen Gesundheitsversorgung gesichert sein.

Wir wollen den Patientennutzen – gerade auch die Verbesserung der Lebensqualität – in den Mittelpunkt stellen, und deshalb stärker die Behandlungsergebnisse vergüten und nicht ausschließlich den Umfang an Behandlungen. Zu einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung tragen informierte Patientinnen und Patienten bei, die ihre Bedarfe selbstbewusst vertreten und ihre Behandlung mitgestalten können. Dazu brauchen sie zuverlässige Informationen über die Qualität von Therapien und Versorgungsangeboten. Doch die mangelhafte Qualitätstransparenz ist eine der großen Schwachstellen im deutschen Gesundheitswesen. Benötigt wird eine Art „Stiftung Warentest“ im Gesundheitswesen, die zuverlässige Qualitätsinformationen sammelt und allgemeinverständlich aufbereitet. Wir treten für den weiteren Ausbau der Unabhängigen Patientenberatung ein. Wir setzen uns für eine Beweiserleichterung für geschädigte Patientinnen ein. Für Patienten, die im Zusammenhang mit

ihrer Behandlung einen schweren gesundheitlichen Schaden erlitten haben, ohne dass eindeutig ein Behandlungsfehler nachgewiesen werden kann, wollen wir einen Haftungs- und Entschädigungsfonds einrichten. Darüber hinaus erforderlich ist eine Stärkung der Patientenrechte sowie die Rechte der PatientenvertreterInnen in den Gremien der Selbstverwaltung erforderlich. Die Patientinnen und Patienten müssen bei Behandlungsfehlern mehr Rechte vor Gericht erhalten.

Um dem Ziel einer guten Gesundheit für alle näher zu kommen braucht es vor allem präventive Anstrengungen in den verschiedensten Politikfeldern. Von der Ernährung, über die Stadtplanung, die Umwelt- und Verkehrspolitik, bis hin zur Schul-, Sport- und Drogenpolitik. Gesundheitliche Belastungen entstehen in der Lebensumgebung und im Alltag der Menschen. Das beginnt schon rund um die Geburt. Wir wollen einen guten Start ins Leben für alle Kinder. Deshalb wollen wir Hebammen stärken, ihre Arbeit besser entlohnen und dem Berufsstand mehr Anerkennung verleihen. In der Kindertagesstätte, der Schule, am Arbeitsplatz oder im Wohnquartier. Und diese Belastungen sind sozial ungleich verteilt. Studien zeigen immer wieder, dass sich die Gesundheitsrisiken bereits bei Kindern und Jugendlichen auf die 20% konzentrieren, die aus sozial benachteiligten Familien kommen. Dem wollen wir entgegen wirken. Wir wollen Gesundheit fördern, nicht nur Krankheit behandeln. Und wir wollen die Ungleichverteilung von Gesundheitschancen reduzieren. Wir wollen erreichen, dass sich Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention besser an Zielgruppen orientieren und mehr geschlechtsspezifische und kultursensible Angebote unterbreitet werden. Deshalb schaffen wir mit einem Präventionsgesetz eine verlässliche Grundlage für eine gute, wohnortnahe, allen zugängliche und bezahlbare Gesundheitsvorsorge. Wirksame Gesundheitsförderung findet vor Ort in den Kommunen statt. Wir erachten hierbei auch Sport und Bewegung als wichtige präventive Maßnahmen, um die körperliche und seelische Gesundheit zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Das Präventionsgesetz sorgt auch für eine gerechte Finanzierung und eine sinnvolle Steuerung der Gesundheitsförderung und Prävention, an der wir alle Sozialversicherungsträger und auch die private Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen.

Immer mehr Menschen benötigen aufgrund einer psychischen Krise oder einer schweren psychischen Störung Hilfe und Therapie. Grund dafür sind auch die zunehmenden psychischen Belastungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen im Schulalter und hohe Belastungen am Arbeitsplatz. Wir brauchen mehr umfassende gemeindenahe ambulante Angebote, wie z.B. Krisenhilfen, bessere Übergänge zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, vermehrt Angebote zur integrierten Versorgung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialberufen. Wissenschaftlich anerkannte Psychotherapieverfahren sollen auch in der ambulanten Versorgung zur Verfügung gestellt werden. Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang setzen. Um die bestehenden Defizite zu beseitigen, wollen wir darauf hinwirken, dass Bund und Länder unter Einbeziehung aller AkteurInnen einen Aktionsplan zur Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung bei psychischen Erkrankungen entwickeln. Wir unterstützen die engagierte Arbeit der Selbsthilfe und setzen uns für einen vorurteilsfreien Dialog zwischen Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ein.

Wir wollen das durch zahlreiche Skandale schwer beschädigte Vertrauen in das System der Organtransplantation wieder aufbauen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass es bei Organspenden gerecht und mit rechten Dingen zugeht. Das geht nur durch absolute Transparenz, rechtsstaatliche Strukturen und durch ständige Qualitätsprüfungen. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung ein, die die Organspende in Deutschland koordiniert und die Aufsicht über die am Transplantationswesen beteiligten Akteure wahrnimmt. Zu einem guten Gesundheitswesen gehört auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag dazu

leistet die Hospizbewegung. Doch die Zahl und Ausstattung der stationären Hospize ist sehr unterschiedlich und nicht ausreichend. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit u.a. durch eine Absenkung des gesetzlichen Eigenfinanzierungsanteils verbessern.

4. Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik

Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Weltweit leiden viele Menschen unter den negativen Folgen dieser Politik, unter Kriegen und bewaffneten innerstaatlichen Konflikten, unter Repression und erheblichen gesundheitlichen Problemen. Einen Beleg für den Nutzen der Kriminalisierung von Drogen gibt es hingegen nicht.

Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir fordern unter Einbeziehung von Wissenschaft, Drogenhilfe und Gesundheitspolitik eine Evaluierung der aktuellen Drogenpolitik. Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller – auch bislang illegaler Drogen. Neue Verbote, wie zum Beispiel eine Stoffgruppenregelung bei Legal Highs lehnen wir ab. Die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen muss beendet werden.

Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Nur durch ein auf die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen ausgerichtetes Hilfe- und Beratungssystem können gesundheitliche Risiken verringert werden. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen, die durch die derzeitigen Schwarzmarktbedingungen verursacht werden, wollen wir durch den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen, wie Spritzenaustauschprogramme und Drogenkonsumräumen entgegentreten und durch die Ermöglichung von Substanzenanalysen (Drugchecking) ergänzen. Die bestehenden Therapie- und Hilfsangebote für Opiatabhängige müssen ausgebaut, rechtliche Hürden beseitigt und niederschwellige Angebote gestärkt werden. Wir wollen bestehende Präventionsprogramme für alle psychoaktiven Substanzen und nicht stoffgebundene Süchte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls korrigieren; öffentliche Werbung wirksam verbieten. Das Thema „Drogen und Sucht“ muss mit all seinen Facetten breiten Eingang in den Schulen finden und soziale Träger wie Gesundheitsämter besser in die Lage versetzt werden Eltern und Jugendliche differenziert und fachgerecht zu beraten. Wir setzen uns dafür ein, dass die E-Zigaretten als gesundheitlich weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum erhalten bleibt. Wir werden auch weiterhin für einen wirksamen Nichtraucherschutz eintreten und den Schutz vor Passivrauchen verbessern. Das Tabakrahmenübereinkommen der WHO werden wir umsetzen und damit den Einfluss der Tabakindustrie wirksam begrenzen.

Bei Drogen wie Cannabis wollen wir unter der Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte ermöglichen und diese besteuern. Als ersten Schritt hierzu wollen wir den Eigengebrauch und privaten Anbau von Drogen wie Cannabis entkriminalisieren. Auch der medizinische Einsatz von sowie die Forschung an Drogen darf nicht länger behindert werden. Die Ungleichbehandlung von Cannabis und Alkohol durch das Führerscheinrecht soll beendet werden. Cannabis-Delikte ohne Zusammenhang zum Straßenverkehr dürfen nicht mehr unaufgefordert und ohne Zustimmung der Betroffenen an die Führerscheinstelle übermittelt werden.

5. Grünes Pflegekonzept: menschenwürdig und unterstützend

Die Humanität einer Gesellschaft bemisst sich auch an ihrem Umgang mit Menschen, die Unterstützung benötigen. Gute Pflege ist etwas, das alle angeht: Kinder, deren Großeltern gepflegt werden, Erwachsene, deren Kinder der Pflege bedürfen und ältere Menschen, die selbst pflegebedürftig werden. Wir Grüne wollen eine menschenwürdige Pflege, die begleitet und unterstützt. Wir wollen eine Pflege, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen, dass Menschen auch bei Pflegebedarf würdig und selbstbestimmt leben können und zwar unabhängig vom Geldbeutel. Um eine zukunftsfähige Versorgungsstruktur und eine menschliche und gute Pflege zu sichern, werden wir uns weiterhin für eine durchgreifende Reform der Pflegeversicherung einsetzen. Wir wollen deshalb den Pflegebedürftigkeitsbegriff verändern und erweitern und bei der Begutachtung Kinder und Jugendliche besser abbilden. So kann gerade für die zunehmende Zahl der Demenzkranken endlich eine bessere Versorgung gewährleistet und ihre Diskriminierung innerhalb der Pflegeversicherung beseitigt werden. Pflegebedürftigkeit kann verhindert, aufgehalten oder verlangsamt werden, deshalb wollen wir endlich wirksame Anreize für eine bessere Prävention und Rehabilitation bei Pflege setzen.

Erforderlich ist auch, stärker die UN-Behindertenrechtskonvention in der Pflege zu beachten und konsequent umzusetzen. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung müssen unabhängig vom Lebensalter und der Ursache von Behinderung oder Pflegebedürftigkeit Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung und Teilhabeleistungen erhalten.

Wir wollen Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, stärker als bisher mit einem Netz aus professioneller Hilfe und bürgerschaftlichem Engagement entlasten. Dazu werden wir die Pflege im Quartier stärken und die ambulanten Versorgungs- und Entlastungsangebote, die auch unabhängig vom Einsatz Angehöriger - bislang vor allem zu Lasten von Frauen - eine Versorgungssicherheit vor Ort bieten, verbessern und ausbauen. Wir wollen es Pflegebedürftigen ermöglichen, durch ein Persönliches Pflegebudget die Pflege nach eigenen Wünschen zu organisieren. Zudem wollen wir einen Anspruch auf eine grüne Pflegezeit schaffen. Wir benötigen mehr denn je eine trägerunabhängige Pflegeberatung.

Wohn- und Pflegeformen, die in der direkten Nachbarschaft eine Versorgungssicherheit bieten, werden immer wichtiger und müssen gestärkt und ausgebaut werden. Vielerorts wird immer noch in große Pflegeheime investiert. Hier wollen wir gegensteuern. Wir wollen weg von traditionellen Groß- und Sondereinrichtungen und stattdessen Orte schaffen, an denen Pflege und Betreuung in einer häuslichen Wohnumgebung stattfinden kann. Um das zu erreichen, wollen wir Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit Angeboten für eine intensive Pflege und Unterstützung fördern wie Hausgemeinschaften, Pflege- und Wohngruppen, Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen. Notwendig sind auch Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie die altersgerechte Gestaltung der Strukturen in der Wohnumgebung. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass sich auch bestehende Großeinrichtungen zum Quartier hin öffnen und umgestalten hin zu überschaubaren gemeinschaftlichen Wohn- und Pflegeformen. Den Kommunen kommt bei dieser Entwicklung eine große Bedeutung zu. Sie müssen mithilfe der Bundes- und Landespolitik bei der Etablierung von Quartierskonzepten unterstützt werden. Das Programm „Soziale Stadt“, mit dem Bund und Länder die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen verbessern, wollen wir so ausbauen, dass auch Pflege und Unterstützung im Quartier gefördert werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland, das heißt auch immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund werden pflegebedürftig. Insgesamt muss sich die Pflege auf eine größere Vielfalt einstellen und auch kulturelle, religiöse, sexuelle oder geschlechtsspezifische Identitäten sensibel berücksichtigen .

Für eine steigende Zahl an pflegebedürftigen Menschen brauchen wir genügend gut qualifizierte und engagierte Pflegekräfte. Um den Pflegekräften die Anerkennung entgegenzubringen, die sie verdienen und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir den Pflegeberuf besser anerkennen und bezahlen sowie die Arbeitsbedingungen verbessern. Wir setzen uns für angemessene Personalschlüssel und den Abbau unnötiger Bürokratie ein. Um allen Pflegekräften Aufstiegschancen zu geben, wollen wir ein modernes durchlässiges Aus- und Weiterbildungssystem schaffen, das Pflegeausbildung auch an Hochschulen ermöglicht. Zudem brauchen wir mehr Ausbildungsplätze in der Pflege. Wir wollen eine dauerhafte Regelung zur Finanzierung des dritten Umschulungsjahres. Die Pflege muss sich auf die zu versorgenden Personen und ihre Lebenswelt einlassen. Dazu braucht sie spezielles Wissen, das bereits in der Ausbildung vermittelt werden muss. In der Pflegeausbildung plädieren wir für eine Ausbildungsumlage in allen Bundesländern. Wir möchten, dass Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe selbstständiger arbeiten können.

Die Pflegeversicherung muss auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Hierzu wollen wir alle BürgerInnen und alle Einkommen einbeziehen und die Pflege-Bürgerversicherung einführen. Mit ihr ist eine bessere Pflege bezahlbar. Trotz deutlicher Leistungsverbesserungen bleibt damit die Beitragsentwicklung bis weit in die Zukunft überschaubar und zumutbar. Das ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität.

6. Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierente gegen Altersarmut

Rentnerinnen und Rentnern geht es in Deutschland im Durchschnitt noch vergleichsweise gut. Altersarmut ist aber schon heute ein Problem. Mehr als zwei Millionen Ältere in Deutschland haben ein Einkommen unterhalb der EU-Armutrisikogrenze. Angesichts unsteter Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut noch zunehmen. Das betrifft vor allem Frauen, die aufgrund tradierter Rollenzuweisungen und nicht vorhandener Betreuungsplätze nicht oder in Teilzeit erwerbstätig waren und sind. Dem setzen wir eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik sowie Maßnahmen innerhalb der Rentenversicherung zum Aufbau eigenständiger Ansprüche und der Garantierente entgegen.

Altersarmut geht in der Regel mit Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen einher. Häufig ist soziale Vereinsamung die Folge. Deshalb setzen wir auf ein umfassendes Konzept gegen Altersarmut. Wir brauchen differenzierte Lösungen für die besonders gefährdeten Gruppen. Wichtig ist neben der Rente eine gute Arbeitsmarktpolitik. Außerdem braucht es Verbesserungen im Bereich der Grundsicherung, des Wohnens und der Gesundheitsversorgung.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass ArbeitnehmerInnen, die langjährig Mitglied der Rentenversicherung waren, als RentnerInnen nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Diesen Menschen muss im Alter der Gang zum Amt erspart bleiben. Unsere Antwort ist die steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzungen für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung, Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und (bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung) Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeit. Die Voraussetzungen für die Garantierente haben wir bewusst so gewählt, dass sie nicht nur von Männern sondern insbesondere auch von Frauen gut zu erreichen sind. Private und betriebliche Ansprüche werden nur teilweise auf die Garantierente angerechnet. Damit sorgen wir für eine zielgruppengenaue Bekämpfung der Altersarmut, die Steuer- und BeitragszahlerInnen nicht

mehr als notwendig belastet. Wir wollen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verbessern, zum Beispiel durch eine großzügigere Anrechnung von gesparten Vermögen. Gleichzeitig sollte es möglichst schnell ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West geben. Zentrales Ziel ist dabei die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West. Das soll allerdings so geschehen, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben.

Die Sicherung eines Lebensstandards jenseits der Armutsgrenze im Alter ist eine der Grundaufgaben eines modernen Sozialstaats. Wir setzen dafür auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau, damit das Vertrauen in das Rentensystem über die Generationen hinweg bestehen bleibt. Wenn junge Menschen lange in die Rentenversicherung einzahlen, dann müssen sie auch eine angemessene Rente erhalten. Würde das Rentenniveau deutlich unter das heutige Niveau sinken, wären zukünftig Menschen, die nicht privat oder betrieblich vorsorgen können, von Altersarmut bedroht. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis in die breite Mittelschicht hinein wären davon betroffen. Das wollen wir verhindern. Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, sowie durch Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen wir ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Dennoch halten wir eine Risikomischung bei der Altersvorsorge für grundsätzlich richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Dafür wollen wir die Riesterrente grundlegend reformieren. Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen.

Die Rentenversicherung wurde in den letzten Jahren an sich verändernde Bedingungen angepasst. Die Lebenserwartung steigt glücklicherweise weiter an, die Dauer des Rentenbezugs hat sich deutlich verlängert. Die Zahl der erwerbstätigen BeitragszahlerInnen wird dagegen zukünftig zurückgehen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig. Diese Entscheidung ist aber nur vertretbar, wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht. Dafür braucht es mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung, und individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, wollen wir die abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf das 63. Lebensjahr zurücksetzen. Wer hingegen allein aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung eine Erwerbsminderungsrente erhält, sollte diese ohne Abschläge erhalten. Zugrechnungszeiten wegen Erwerbsminderung werden beim Zugang zur Garantierente anerkannt. Gleichzeitig wollen viele Menschen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterhin aktiv sein, denn Arbeit ist auch Teilhabe. Wir müssen also flexible Übergänge finden, für Menschen die früher ausscheiden und solche die länger aktiv sein wollen.

Die geringeren Rentenansprüche für Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind ungerecht. Mit unserer Garantierente schaffen wir deswegen insbesondere auch für Frauen, die wegen Kindererziehung nicht erwerbstätig sein konnten, einen Einstieg in eine gerechte und armutsfeste Rente. Damit Frauen eine bessere eigenständige Absicherung erhalten, wollen wir das Rentensplitting bereits in der Ehe obligatorisch machen und Kindererziehungszeiten stärker anrechnen. Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch BeamtenInnen, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom

Erwerbsstatus einzahlen . Das ist für uns sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Nachhaltigkeit. Gleichzeitig werden dadurch Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut, die präventiv für Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen. Gerade Selbständige sind heute für das Alter häufig sehr schlecht abgesichert. Das müssen wir ändern. Jüdische Kontingentflüchtlinge wollen wir rentenrechtlich mit Spätaussiedlern gleichstellen.

Wir wollen auch dem einstimmigen Beschluss des Bundestags aus dem Jahr 2002 endlich gerecht werden, und die so genannte „Ghetto-Rente“ an die Überlebenden der Schinderei in den Ghettos der Nationalsozialisten rückwirkend bis 1997 auszahlen, wenn ihre Anträge über Jahre verschleppt wurden. Mit zynischen bürokratischen Hürden spielten die Rentenversicherer und jetzt das Kabinett Merkel auf Zeit und bringen so noch etwa 20.000 Überlebende um die ihnen zustehende Rente. Es ist schlicht zynisch diese täglich kleiner werdende Gruppe von Menschen noch einmal vier Jahre lang warten zu lassen. Hier besteht sofortiger Handlungsbedarf.

Wer GRÜN wählt, ...

- kämpft für eine ALG II-Regelsatz von 420 Euro, um das soziokulturelle Existenzminimum für alle Menschen zu gewährleisten.
- führt eine solidarische Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ein und beendet die Zwei-Klassen-Medizin.
- schafft Qualität durch Prävention und Vernetzung und eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort.
- verbessert die Pflege Demenzkranker und schafft für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf eine Versorgungssicherheit dort, wo sie leben möchten .
- baut Altersarmut vor, mit einer Garantierente von mindestens 850 Euro und sichert Frauen durch ein eigenständiges Rentensplitting ab.

Schlüsselprojekte

Menschenwürdige Existenz sichern – den ALG-II Regelsatz erhöhen

Der aktuelle Regelsatz ist zu niedrig. Wir wollen ihn erhöhen, damit auch die Menschen, die keine Arbeit haben am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, den ALG II-Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen, da die derzeitige Berechnung aus unserer Sicht nicht das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet. Eine genaue Berechnung der Erhöhung muss 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten erfolgen. So sorgen wir dafür, dass niemand nur aufgrund von Arbeitslosigkeit unter die Räder kommt. Damit die Anhebung finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne „aufstocken“ müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu.

Zwei-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für Alle

Wir wollen Versorgung bei Gesundheit und Pflege verbessern und die Zwei-Klassen-Medizin beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: Eine für Alle, statt jede/r für sich. Unsere Bürgerversicherung bezieht alle ein: Gesetzlich Versicherte, Privatversicherte, Beamte und Selbständige. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleich behandeln und zur Finanzierung heranziehen: neben Arbeitseinkommen auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wiederhergestellt. So tragen wir das Gesundheits- und Pflegesystem gemeinsam und alle können davon profitieren.

Altersarmut bekämpfen – Garantierente auf den Weg bringen

Es droht eine massive Zunahme an Altersarmut. In einer gerechten Gesellschaft ist eine armutsfeste Rente aus unserer Sicht aber unentbehrlich. Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Wir setzen auf eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen zum Aufbau eigenständiger Ansprüche innerhalb der Rentenversicherung sowie einer steuerfinanzierten Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzung für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Pflege, Ausbildung und Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Mit unserer Garantierente, die nicht nur von Männern, sondern gerade auch von Frauen realistisch zu erreichen ist, leisten wir einen zielgenauen und generationengerechten Beitrag gegen Arbeitsarmut.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel M) Demokratie erneuern

Wie wir Transparenz herstellen, Öffentlichkeit schaffen, Bürgerbeteiligung stärken und Repräsentation verbessern

Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Politische Minderheiten können zu Mehrheiten werden. Unsere grüne Parteigeschichte zeigt es: Vom Atom-Ausstieg bis hin zur eingetragenen Lebenspartnerschaft haben wir echte Politikwechsel bewirkt.

Aber wir sehen auch Krisensymptome. Im politischen Diskurs werden Zweifel laut, ob die Demokratie überhaupt in der Lage ist, globale Zukunftsfragen wie den Klimawandel zu gestalten, ob sie mit ihren Verfahren rasante Entwicklungen wie die Finanz- und Eurokrise in den Griff bekommt. Nicht zu vergessen sind die offenen Feinde der Demokratie, wie alte und neue Nazis.

Aber es gibt auch eine starke Gegenbewegung und viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Viele engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Der Anspruch auf Beteiligung, auf gute Information und Transparenz wächst.

Die große Mehrheit will eine neue demokratische Kultur. Sie wollen eine starke Demokratie und haben erkannt, dass wir die Demokratie immer weiterentwickeln müssen. Wir nehmen diese Menschen ernst, denn Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen Verantwortung übernehmen können und auch wollen.

Wir wissen, Demokratie braucht die Einmischung aller. Alle müssen mitreden können und wir wollen alle darin bestärken mitzumachen. Wir wollen unsere Demokratie vitalisieren. Deshalb fördern wir das Engagement vor Ort und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Deshalb setzen wir auf Gehörtwerden und Hörbar machen. Doch demokratische Teilhabe braucht Zeit und braucht eine neue Zeitpolitik.

Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke Parlamente. Bürgerbeteiligung ist für uns kein Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligung fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll. Dafür bauen wir die sozialen Hürden unserer Demokratie ab und machen uns für schwache und weniger laute Stimmen stark. Wir sorgen für Transparenz und bekämpfen Korruption.

Demokratie schafft Zukunft. Gegen technokratische Machtansprüche und Expertokratie sagen wir deutlich: Demokratische Verfahren sind nicht das Problem. Im Gegenteil: Mehr Demokratie und Transparenz, mehr Dialog und Beteiligung sind die Lösung. Wir setzen auf gemeinsames Nachdenken – so können wir die Zukunft am besten gestalten.

1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden

Einmischen ist erwünscht! Basta-Politik war gestern. In den grün regierten Bundesländern haben wir bereits einen neuen Regierungsstil eingeleitet, eine Politik des Gehörtwerdens und des Hörbarmachens. Bürgerbeteiligung muss dafür so früh ansetzen, dass gegebenenfalls noch umgesteuert werden kann und so organisiert werden, dass niemand vom Beteiligungsprozess ausgeschlossen wird. Deshalb fördern wir alle Angebote, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitzuwirken. Alternative Methoden der Konfliktlösung wie Mediation oder Schlichtung wollen wir stärken. Gleichzeitig wollen wir bereits in einem frühen Planungsstadium Klagemöglichkeiten eröffnen. Es ist viel besser, von Anfang an in Planungsqualität, Dialog und Beteiligung zu investieren, als später in langjährige Verfahrenstreite oder gar in extrem teure Polizeigrößeinsätze. Bürgerbeteiligung ist nicht nur dort angesagt, wo gebaggert und gebaut werden soll. Wir Grüne haben immer wieder Positionspapiere, Anträge und Gesetzentwürfe online zur Diskussion gestellt, bevor sie in den Bundestag eingereicht wurden. Alle die wollten, konnten sich so direkt einbringen und haben geholfen, unsere Entwürfe zu optimieren. Solche Konsultationen, mindestens per Internet, wollen wir auch bei Gesetzesvorhaben der Bundesregierung vorsehen und auch in geeigneter Weise mit Möglichkeiten zur Offline-Partizipation ausgestalten. Das erfolgreiche Instrument der „Öffentlichen Petition“ wollen wir als eine Form der Bürgergesetzgebung weiterentwickeln. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und Open-Data-Strategien durchsetzen.

Alle vier Jahre die Wahl zu haben, reicht nicht. Wir wollen auch im Bund direkte Demokratie ermöglichen. Sie kann die repräsentative Demokratie gut ergänzen. Die öffentliche Mobilisierung zu Sachthemen bringt frischen Wind in die politische Landschaft. Bislang verweigert sich vor allem die CDU/CSU einer dafür notwendigen Grundgesetzänderung. Aber wir lassen nicht locker, bis eine dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Wirklichkeit wird. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die sich nach den Kriterien eines verfassungs- und europarechtlichen Gleichheitsartikels definieren, unzulässig sein. Auch Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Für die direkte Demokratie soll das Transparenzgebot gelten: Es muss Klarheit geben, aus welchen Finanzquellen sich Volksentscheid-Kampagnen speisen. Wie bei der Parteienfinanzierung möchten wir auch hier die Spendenhöhe begrenzen. Auf EU-Ebene wollen wir zu gesamteuropäischen Volksentscheiden kommen.

2. Parlamente stärken, Parteien öffnen

Die repräsentative Demokratie ist Garant für die Vertretung der gesamten Gesellschaft gegenüber Einzelinteressen. Unsere Demokratie braucht einen selbstbewussten Bundestag, mit starken, unabhängigen Abgeordneten, die die Gesellschaft abbilden und dem Drängen mächtiger Interessen standhalten.

Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass der Bundestag bei europäischen Entscheidungen frühzeitig mitbestimmen kann und setzen uns weiterhin für seine Stärkung ein. Das Parlament muss unabhängige Expertise haben, um für seine Entscheidungen nicht auf Informationen von Lobbyisten angewiesen zu sein und auch nicht alleine auf Regierungsdaten. Dafür braucht es ausreichende Ausstattung an wissenschaftlicher Dienstleistung einschließlich eines Justiziariats. Auch wollen wir das Parlament – wie in den USA - über ein unabhängiges „Budget Office“ im

Haushaltsverfahren stärken. Die Kontrolle des Regierungshandelns wollen wir wirkungsvoller ausgestalten, die Rechte von Untersuchungsausschüssen stärken.

Zur Demokratie gehören Parteien für die Bündelung, Vertretung wie Austarieren unterschiedlicher Werthaltungen und Interessen. Parteien müssen sich für mehr Transparenz und Mitbestimmung öffnen. Wir Grüne reden nicht nur davon, sondern haben in dieser Legislatur eine Vielzahl entsprechender Initiativen für mehr Transparenz in den Bundestag eingebracht, Beteiligung und Mitarbeit ermöglicht und handeln auch danach: Als erste Partei haben wir die SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl verbindlich über eine Urabstimmung gewählt.

3. Demokratie im Alltag beleben

Kern der Demokratie ist die politische Gleichheit aller. Wir wollen keine Demokratie, die von einigen wenigen gestaltet wird, die dafür über die notwendigen Ressourcen – insbesondere Zeit – verfügen und ihre Interessen durchsetzen. Wir wollen die leisen und unterrepräsentierten Stimmen hörbar machen. Wir setzen daher auf neue, niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung, bei denen von Anfang an alle gesellschaftlichen Gruppen auf Augenhöhe eingebunden werden und die Chance bekommen, dass auch ihre Interessen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Gut geplante und moderierte Bürgerbeteiligung ermöglicht bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen einen Lernprozess, in welchem sie über die Vertretung der eigenen unmittelbaren Interessen hinaus die Perspektiven der anderen Beteiligten kennenlernen und nachvollziehen und somit eine Vorstellung von Gemeinwohl entwickeln, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft essentiell ist. Zu große Ballungen wirtschaftlicher und finanzieller Macht stehen im Widerspruch zum Prinzip politischer Gerechtigkeit und Gleichheit und damit zur Demokratie. Dem muss nicht nur ordnungspolitisch entgegengewirkt werden, sondern auch mit Demokratisierung von innen, zum Beispiel durch Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Reformen im Aktienrecht.

Mit dem Internet sind neue, digitale Öffentlichkeiten entstanden. Sie laden zum Informieren, Mitmachen und Einmischen ein. Beispiele gibt es viele: Seien es Online-Petitionen, kommunale Bürgerhaushalte, Blogs oder auch Wikipedia. Sie alle sind eine Frischzellenkur für unsere Demokratie und bringen mehr Transparenz- und Beteiligungsmöglichkeiten. Redaktionell-journalistischen und gleichzeitig nicht-kommerziellen Angeboten im Netz wollen wir mit einer zeitgemäßen und übersichtlichen Regelung zur Impressumspflicht entgegenkommen und formale Hürden abbauen, wie den Zwang der Angabe einer ladungsfähigen Anschrift.

Demokratie ist nicht nur eine Sache für Profis und Parlamente. Sie wird nicht allein im Sozialkundeunterricht gelernt, sondern dann, wenn junge Menschen in den Institutionen selbst mitgestalten können. Wir wollen das Wahlalter auch auf Bundesebene auf mindestens 16 Jahre absenken. Das Wahlrecht für Betreute und Obdachlose muss gewährleistet werden, der Zugang zu politischer Betätigung für alle Menschen barrierefrei sein.

Wir wollen den Zugang zum Wahlrecht durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern. Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen.

Angesichts der geringen Frauenanteile in den Parlamenten und Kommunalvertretungen haben wir die Absicht, eine gesetzliche Regelung zur Quotierung zu schaffen, um die Geschlechterparität bei den Mandaten zu befördern. Denn zur Demokratie gehört Geschlechtergerechtigkeit.

Es braucht weiterhin nicht von Kommerz beherrschten Raum in den Innenstädten, der Menschen aus allen Schichten offensteht, ebenso Begegnungsorte vom Bürgerzentrum bis zur Volks-

hochschule. Maßnahmen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen von öffentlichen Plätzen fern halten sollen und sie so stigmatisieren und oder gar kriminalisieren, lehnen wir ab. Ziel grüner Ordnungspolitik ist ein friedliches Miteinander aller Menschen jeden Alters, ohne dass einzelne Gruppen in ihrer Lebensführung beeinträchtigt werden. Zur Demokratie gehören Demonstrationen und Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnahmen wie pauschales und anlassloses Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Die Polizei braucht genug Personal, gute Ausbildung und eine moderne Ausrüstung, um das Recht auf Demonstration durchzusetzen.

4. Engagement fördern

Über Jahrzehnte ist eine vielfältige Kultur des Engagements entstanden. Bürgerinitiativen für die Revitalisierung von Stadtvierteln, Migrantenselbstorganisationen, selbstorganisierte Kinderläden, Frauengesundheitszentren bis hin zu neueren Formen wie Bürgerstiftungen, Wohnprojekten und Integrationsbetrieben. Bürgerschaftliches Engagement braucht mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung, auch eigene feste Orte und Einrichtungen. Wir wollen die in vielen Städten und Gemeinden entstandenen Freiwilligenzentren und Einrichtungen zur Engagementförderung stärken. Unser Ansatz zielt zudem darauf, auch Ausgegrenzte einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben.

Freiwilligendienste sind eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements. Ihr Charakter als Lern- und Orientierungsdienst muss erhalten bleiben. Sie dürfen aber nicht der Ersatz für wegfallende staatliche Leistungen sein. Wir wollen in einem Freiwilligendienstgesetz einen gesetzlichen Rahmen schaffen, damit die Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden. Eine breite Vielfalt von Einsatzmöglichkeiten und die Trägerschaft auch kleinerer Organisationen muss ermöglicht werden. Wichtig ist auch, dass Freiwillige aktiv in die Ausgestaltung und Entwicklung der Projekte einbezogen werden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase soziale, ökologische und kulturelle Fähigkeiten in einem Jugendfreiwilligendienst zu entfalten.

Wir wollen das Engagement von Kindern und Jugendlichen in demokratischen Strukturen fördern. Je früher demokratische Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für die Demokratie. Dabei ist es notwendig, Kindern und Jugendlichen den Rahmen der Beteiligung so weit wie möglich selber gestalten zu lassen und Vertrauen in ihr Verantwortungsbewusstsein zu legen. Wir wollen die vielfältige Arbeit der Jugendverbände, gemeinnützigen Vereine und freier Initiativen erhalten und ihre Finanzierung trotz schwieriger Haushaltslage sicherstellen.

5 Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen

Der Zugang zu öffentlichen Daten ist ein Grundrecht, das wir ausdrücklich im Grundgesetz verankern möchten. Informationen staatlicher Stellen gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht den Verwaltungen. Mehr Transparenz stärkt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen des staatlichen Handelns. Diese Abkehr von der Geheimniskrämerei ist ein großer Schritt in Richtung mehr Demokratie und einer Reform der öffentlichen Verwaltungen. Wir wollen das - maßgeblich von Bündnis 90/Die Grünen 2006 durchgesetzte - Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ausbauen zu einem umfassenden Transparenzgesetz. Der überbordende Katalog der Ausnahmeregelungen ist gründlich abzuspecken. Betriebs- und Geschäftsge-

heimnisse und das Urheberrecht dürfen nicht länger das Instrument zur Verhinderung von mehr Transparenz sein.

Das Recht auf Informationszugang ist selbstverständlich nicht schrankenlos. So muss weiter umfassender Datenschutz gewährleistet sein. Ausnahmen vom Grundsatz der Informationsfreiheit müssen aber gut begründet werden.

Informationen sollen nicht nur auf Anfrage herausgegeben werden. So gehören Verträge der öffentlichen Hand ins Netz und nicht in den Panzerschrank. Staatliche Stellen sollen – proaktiv – ihre Informationen, z.B. Dokumente, Analysen, Gutachten, Erhebungen oder Statistiken von sich aus als offene frei verfügbar machen (Open Data). Dafür wollen wir ein tatsächlich funktionsfähiges und erweitertes bundesweites Internetportal, in dem Daten aus Bund, Ländern und Kommunen veröffentlicht werden.

Auch der Bundestag muss sein Open-Data-Angebot deutlich verbessern. Ein zukunftsfähiges Open-Data-Konzept muss technische und rechtliche Offenheit der Informationen garantieren. Auf der technischen Seite ist vor allem die Maschinenlesbarkeit der Daten zentral. Rechtliche Offenheit bedeutet, dass jeder die Informationen ohne weitere Genehmigung weiterverwenden kann. Dabei streben wir die vollständige, zeitnahe, diskriminierungs- und barrierefreie Veröffentlichung von Rohdaten an. Die Open Data-Verpflichtungen der Behörden wollen wir in einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0 verankern.

Den freien Zugang zu Daten verstehen wir als eine Triebfeder der Wissensgesellschaft. Die Erfahrungen aus anderen Staaten zeigen, dass die umfangreiche, offene und freie Bereitstellung von Daten des öffentlichen Sektors neue wirtschaftliche Impulse geben kann: Durch Weiterverarbeitung, Veredelung und Weiterverbreitung können aus offen bereitgestellten Daten neue Anwendungen, Produkte und Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entstehen. Auch für den Bereich Bildung und Wissenschaft birgt die angestrebte Transparenz und Zugänglichkeit der Daten enormes Innovationspotenzial. Für alle staatlichen Veröffentlichungen, auch die von Parlamenten, fordern wir die Verwendung von freien Datenformaten und die entsprechende Auswahl von Nutzungslizenzen zur privaten wie zur kommerziellen Nutzung. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Transparenz bedeutet auch, Licht ins Dunkel des Bundessicherheitsrats zu bringen. Dort werden geheim Ru•stungsexportentscheidungen gefa•llt. Seine Beschl•sse geho•ren umgehend begru•ndet und vero•ffentlicht.

Transparenz ist auch die beste Vorbeugung gegen Filz. Bund, Länder und Gemeinden vergeben jährlich Aufträge im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro. Damit kein Cent davon an zweifelhafte Firmen geht, brauchen wir ein bundesweites Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. So wird der faire Wettbewerb zugunsten redlicher Unternehmen erhalten. Korruption im Konzern, Skandale in der Massentierhaltung oder Missstände im Pflegeheim kommen oft erst durch dort Beschäftigte ans Tageslicht. Diesen sogenannten „Whistleblowern“ drohen häufig Repressalien bis zur Kündigung. Wir wollen sie deshalb gesetzlich wirksam schützen.

Die Organisation und Artikulation von Interessen ist ein Kernbestandteil einer pluralistischen Gesellschaft. Aber viele Menschen zweifeln, dass es auf ihre Stimme überhaupt noch ankommt, wenn Lobbys mit großem Geld im Rücken immer mehr Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Ein verpflichtendes Lobbyistenregister soll daher transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss auf ein Gesetz genommen hat. Wir wollen eine Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien wollen wir ein Ende machen.

Wir wollen mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu ein Transparenzgesetz vorgelegt. Die anderen Parteien mauern. Wir lassen beim Kampf für die Integrität der politischen Institutionen nicht locker. Unternehmen, die einen Antrag zur Genehmigung von Rüstungsexporten stellen, müssen im Antragsverfahren darlegen, ob und in welcher Höhe sie in den zurückliegenden fünf Jahren Spenden an Parteien und MandatsträgerInnen geleistet haben.

Wir wollen die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Dann kann Deutschland endlich die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren, wie das 160 Staaten bereits getan haben. Dass Schwarz-Gelb sich bislang weigert, ist peinlich für unser Land.

6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen

Alte und neue Nazis sind vielerorts bereits tief verankert, sie haben durch ihr Auftreten vielerorts „Angst-Räume“ geschaffen, in denen Menschen sehr real Einschüchterung und Bedrohung erfahren, wenn sie in das menschenfeindliche Raster der Nazis passen oder sich gegen sie aktiv zur Wehr setzen. Doch in einigen Regionen herrscht ein viel zu unkritischer Umgang mit ihnen auch in den Kommunalparlamenten. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen, nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind. Gleichzeitig gibt es oftmals eine erfreuliche zivilgesellschaftliche Gegenwehr. Wo immer BürgerInnen sich gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, haben sie die volle Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr Engagement für die Demokratie verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung statt Verdächtigung und Repression.

Deshalb werden wir die diskriminierende „Extremismusklausel“ der Bundesministerin Schröder abschaffen, die ausgerechnet Demokratieinitiativen unter Generalverdacht stellt. Wir wollen dass der Bund für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dauerhaft jährlich 50 Mio. Euro bereit stellt. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe. Daher wollen wir zusammen mit den Ländern und der Zivilgesellschaft eine neue Förderstruktur entwickeln, wodurch Programme, die in den vergangenen Jahren wiederholt positiv evaluiert wurden, eine langfristige Planungsperspektive erhalten. Für staatliche Institutionen und Vereine muss es Hilfestellung und Angebote zur Rechtsberatung geben, wie sie rechten Aktivitäten und Unterwanderungen entgegenwirken können, auch in Bezug auf Immobilienankäufe durch Rechtsextreme. Grundsätzlich müssen alle Maßnahmen gegen Rechtsextremismus geschlechtersensibel angeboten werden.

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen gerade nach ihrem unfassbaren Versagen bei der Aufdeckung der NSU-Morde den Blick nach Rechts schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und in ihre Analysen einbeziehen. Immer noch nicht vollständig aufgeklärt ist das Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Wir wollen, dass die Hintergründe dieses schwersten Anschlages in der Geschichte der Bundesrepublik endlich und restlos aufgeklärt werden. Unsere Vorstellungen zum dringend notwendigen Umbau der deutschen Sicherheitsarchitektur beschreiben wir im Kapitel „Bürgerrechte stärken“. Die Strukturen der extremen Rechten müssen auch stär-

ker unter Gendergesichtspunkten betrachtet werden. Geeignete Aussteigerprogramme wollen wir stärken. Gerade Frauen, die die Naziszene verlassen wollen, benötigen für sich und ihre Kinder gezielte Angebote. Darüber hinaus müssen vor allem Polizei und Justiz ausreichend für dieses Thema sensibilisiert werden. Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen Rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotsverfahren des Bundesrates gegen die NPD. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Partei, die in vielen Regionen eng mit gewaltbereiten Gruppierungen, wie Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten zusammenarbeitet. Ein Verbot der NPD würde finanzielle und organisatorische Strukturen der rechtsextremen Szene in erheblichen Ausmaß zerschlagen.

Weitere politische Gruppen und Internetportale betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen, Transphobie, Homophobie oder der Diffamierung alternativer Jugendkulturen. Neue rechte Initiativen versuchen besonders im Internet gezielt mit einer jugendlichen Sprache und einem optisch ansprechenden Stil junge Menschen anzusprechen und so ihre Ideologien, ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und im speziellen ihrem antimuslimischen Rassismus zu propagieren. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz.

Wer GRÜN wählt, ...

- bekommt mehr Rechte und Möglichkeiten für Beteiligung und Engagement.
- erhält eine moderne und offene Verwaltung.
- sieht klare Kante gegen Korruption.
- stimmt in Zukunft öfter ab: mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheiden.
- stärkt den Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und unterstützt die Opfer rechter Gewalt.

Schlüsselprojekte

Demokratische Beteiligung fördern durch mehr Mitbestimmung

Wir wollen ein neuartiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte einführen. In diesen Verfahren haben Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und zu beteiligen. Wir setzen auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf jeder Stufe der Planungs- und Entscheidungsverfahren, gerade auch bei mehrjährigen Planungs-

prozessen. Die demokratische Mitwirkung muss über die Beteiligung an Planungsverfahren hinausgehen. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur bei Großprojekten die Möglichkeit haben, direkt abzustimmen. Wir streiten für die politische Mehrheiten zur Änderung des Grundgesetzes, um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen einzuführen und so die Demokratie zu stärken.

Rechtsextremismus entschieden entgegnetreten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus, Transphobie und Homophobie sind leider allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Mit unserer Offensive für Demokratie gegen Rechts setzen wir alles daran, die durch Rechtsextreme bedrohten Orte und Regionen für unsere Demokratie zu schützen. Die Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Die Umsetzung der gesamtstaatlichen Aufgabe muss unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgen. Dafür bauen wir die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Alltagskultur aus, denn Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine zukunftsfeste Finanzgrundlage erhalten. Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen. Er muss mindestens 50 Millionen Euro jährlich für die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Strukturen für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir die unsägliche Extremismusklausel abschaffen. So werden wir dem Rechtsextremismus ebenso entschieden entgegnetreten wie rechtspopulistischen Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der gesamten Gesellschaft.

Mit Transparenz Korruption bekämpfen – Informationsfreiheitsgesetz ausbauen

Schwarze Kassen, Schmiergelder und Politfilz sind ein Problem für die Demokratie. Einzelne profitieren so auf Kosten der Gesellschaft. Wir sorgen für mehr Klarheit mit einem Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit einem verpflichtenden Lobbyistenregister wollen wir transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss nimmt. Wir wollen im Rahmen der anstehenden Parteiengesetzreform die Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze beschränken. Für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien wollen wir eine Karenzzeit, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten wollen wir weiter verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Mehr Transparenz verschafft auch die Weiterentwicklung der bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zu einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0, mit dessen Hilfe Daten zukünftig proaktiv zur Verfügung gestellt werden (Open Data). So erhöhen wir die Transparenz politischer Entscheidungen und ermöglichen Beteiligung.

Beschluss (vorläufig)

Bundestagswahlprogramm 2013

Kapitel O) Gleichberechtigung schaffen

Wie wir eine geschlechtergerechte Gesellschaft erreichen und endlich die Benachteiligung von Frauen beenden

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens.

Im Zentrum unserer Geschlechterpolitik stehen eine Zeitpolitik und Rahmenbedingungen, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen Lebensentwürfen von Männern und Frauen Rechnung trägt. Denn wir alle brauchen Zeit für Phasen der Fürsorgearbeit, für Bildung, für Karrieren, Zeit für uns selbst. Diese Zeiten müssen möglich und sie müssen sozial abgesichert sein.

Für die Bundesregierung und ihre Frauenministerin sind die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur störend. Sie hält an überkommenen Rollenbildern fest, wie sie sich in dem unsäglichen Betreuungsgeld oder dem Ehegattensplitting ausdrücken. Sie setzt auf Freiwilligkeit bei Fördermaßnahmen in der Wirtschaft, obwohl längst klar ist, dass sich so nichts bewegt und bekämpft mit allen Mitteln die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote für Aufsichtsräte. Aber es gibt zaghafte Bewegung- immerhin. Selbst CSU-PolitikerInnen streiten für die Quote. Das Interesse von Vätern an Elternzeit steigt. Das sind wichtige Erfolge der Frauenbewegung und auch von uns Grünen. Dennoch bleibt der Fortschritt eine Schnecke: Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der Entgeltgleichheit. Dabei ist die Lohnlücke in Westdeutschland wesentlich größer, da Frauen in Ostdeutschland, auch wenn sie Kinder haben, öfter und in größerem Umfang erwerbstätig sind. Denn das traditionelle Alleinernährermodell hatte in der ehemaligen DDR nicht die gesellschaftliche Bedeutung wie in der alten Bundesrepublik erlangt. Aber auch in Ostdeutschland hat sich die Infrastruktur für Eltern verschlechtert. So nimmt im gesamten Bundesgebiet die Anzahl der in Teilzeit oder geringfügigen Jobs beschäftigten Frauen zu. Damit wird die Rentenlücke größer und Altersarmut ist vorprogrammiert.

Mit der Lebensverlaufsperspektive werden die Auswirkungen von Entscheidungen in einer Lebensphase auf ein ganzes Leben deutlich. Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die über alle Lebensphasen hinweg konsistent ist. Es ist widersprüchlich, steuerliche Anreize für das Haupternährermodell durch das Ehegattensplitting zu setzen, aber nach einer Scheidung die zügige Sicherung des Lebensunterhalts durch eigene Erwerbstätigkeit zu fordern.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nach-

teile hin“. So stehtes im Grundgesetz. Es gibt uns den Auftrag, auf die Durchsetzung dieser Gleichberechtigung hinzuwirken. Diesen Auftrag wollen wir erfüllen. Uns geht's ums Ganze und das heißt konkret: „Die Hälfte der Macht und der Verantwortung für Frauen und Männer.

Von einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen bis dahin, dass Männer überholte Rollenbilder überwinden und die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen besser verteilt ist – es bleibt noch viel zu tun, bis Frauen so teilhaben können, wie es ihnen zusteht.

Gleichberechtigung braucht Geschlechterdemokratie. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen selbstverständlich auf Augenhöhe beteiligen können – in der Gesellschaft, im Parlament und am Arbeitsplatz.

Gleichberechtigung schafft Zukunft, denn nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft wird die Aufgaben von morgen bewältigen.

1. Gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit , gleiche Chance

Das Familienideal gerade in Westdeutschland scheint stabil: ein männlicher Haupternährer, die Mutter – oftmals ebenso oder besser qualifiziert – jongliert nach einer Erwerbsunterbrechung einen Halbtagsjob, holt die Kinder vom Kindergarten ab, schmeißt den Haushalt und pflegt die Angehörigen. Inzwischen ist aber deutlich, wie brüchig dieses Bild geworden ist und welche hohen Risiken es birgt. Befristete Jobs, Erwerbslosigkeit, Krankheit oder auch Scheidung bringen dieses Konstrukt sehr schnell ins Schleudern. Auch dass es immer mehr Alleinerziehende gibt, wird allzu oft vergessen. Es gibt viel zu tun, denn wir leben noch lange nicht in einer Gesellschaft, die frei ist von struktureller Benachteiligung und Machtstrukturen, die Frauen diskriminieren. Das nicht mehr so neue Unterhaltsrecht fordert von den Müttern nach einer Scheidung zügig für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen – und sieht für den entgangenen beruflichen Aufstieg in den Betreuungszeiten keine Kompensationen vor. Auf der anderen Seite sind eine junge, gut ausgebildete Frauengeneration und immer mehr Männer nicht mehr bereit, ein tradiertes Familienbild zu leben. Sie fordern Gleichberechtigung in der Partnerschaft, Elternzeit für beide, Erwerbsunterbrechungen und Arbeitszeitreduzierung.

Insbesondere der eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit für Frauen stehen Hindernisse entgegen. Dazu gehören neben mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die immer noch als ein individuelles Problem der Frauen angesehen wird und nicht als ein strukturelles Defizit, die Schwierigkeiten beim beruflichen Ein- und Aufstieg. Dabei wollen auch viele Männer nicht mehr eine Vollzeitberufstätigkeit ausüben, die keine Zeit für Kinder oder Sorgearbeit lässt. Sie wollen Wahlfreiheit, die wirklich eine freie Wahl lässt. Davon sind wir aller Vereinbarkeitsrhetorik zum Trotz noch weit entfernt.

Freiwilligkeit bringt uns nicht weiter. Ohne gesetzliche Maßnahmen wird das nicht gehen. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, Regelungen für die Privatwirtschaft und eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Perspektivisch wollen wir die Quote auch auf andere Ebenen ausweiten und so Frauen nicht nur in Führungsetagen sondern im gesamten Unternehmen gleichstellen. Wir müssen die Arbeitszeiten so regeln, dass es neben dem Recht auf Teilzeit auch ein Recht auf Rückkehr zu Vollzeit gibt. Wir brauchen qualifizierte Angebote für Erwerbslose und WiedereinsteigerInnen nach einer Familienzeit. Die Lage der Alleinerziehenden hat sich in den vergangenen Jahren sogar noch verschlechtert. Um das Armutsrisiko zu vermindern, brauchen sie besondere Unterstützung in Form von Betreuungsinfrastruktur und flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie die Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschlusses. Von Altersarmut sind insbesondere Frauen betroffen. Gründe liegen in Teilzeitbeschäftigung, Minijobs und Auszeiten für Betreuung von Kindern und Angehörigen, also in der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher wollen wir u.a. durch den ganztägigen Kita-Ausbau, den Ausbau von Ganztags-

schulen, durch flexible Arbeitszeitmodelle und durch mehr Akzeptanz von Vätern in Eltern- und Teilzeit Frauen die Möglichkeit geben, erwerbstätig zu sein. Dies wollen wir ändern. Mit unserem Konzept der Garantierente schlagen wir zudem ein Rentenkonzept vor, das insbesondere Frauen vor Altersarmut schützt.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist gestiegen, allerdings bei nahezu gleichbleibendem Arbeitsvolumen. Immer mehr Frauen arbeiten immer weniger. Viele sind jedoch mit ihren Arbeitszeiten unzufrieden und würden lieber mehr arbeiten und verdienen. Wir wollen Arbeitszeit- und Arbeitsvolumen zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten besser verteilen. Die sogenannten Minijobs müssen sozialverträglich ersetzt werden. In der Kombination mit der Mitversicherung in der Krankenversicherung und dem Ehegattensplitting behindern sie die eigenständige Existenzsicherung, weil sie das Signal aussenden, dass sich eine sozialversicherungspflichtige Arbeit kaum lohnt. Langfristige Nachteile wie niedrige Renten werden von der Merkel-Regierung ignoriert. Wir wollen das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagschulen und für eine Kindergrundsicherung nutzen. Bedarfsgemeinschaften wollen wir ersetzen durch eine individuelle Existenzsicherung. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wollen wir diesen Wechsel in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Kurzfristig brauchen wir den Zugang zu allen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung unabhängig vom Leistungsbezug.

In einer Gesellschaft, die Vielfalt als Bereicherung erfährt, kommt Migrantinnen eine wichtige Rolle zu. Allerdings finden viele trotz qualifizierter Ausbildung nur eine niedrig bezahlte Beschäftigung z.B. in der Reinigung oder Pflege. Bei der Ausbildungsplatz- und Studienfachwahl wählen gerade junge Frauen aus einem nur eingeschränkten Spektrum. Damit nutzen sie ihre Potenziale nicht aus, der Wirtschaft gehen wichtige Nachwuchskräfte verloren. Junge Frauen und Männer wie ArbeitgeberInnen sollten für geschlechtsuntypische Entscheidungen motiviert werden.

2. Männer in neuen Rollen unterstützen

Gleiche Rechte und Pflichten werden wir nur dann erreichen, wenn auch Männer als Akteure für Gleichberechtigung stärker in den Blick genommen werden. Immer mehr Männer erkennen, dass traditionelle Männerrollen auch negative Seiten für sie haben und wollen zum Beispiel nicht mehr nur Alleinverdiener oder Haupternährer der Familie sein, sondern wünschen sich auch eine aktive Vaterschaft. Dabei finden sie aber - genau wie Frauen - Rahmenbedingungen vor, die traditionelles Rollenverhalten fördern. Grüne Politik ist feministisch und emanzipatorisch, sie löst Geschlechterrollen auf und erlaubt allen Menschen mehr individuelle Gestaltungsfreiheit. Damit kommt Bewegung in die geschlechterpolitische Debatte. Dazu ist es nötig, Männer, Jungen und Väter darin zu unterstützen, sich in gleichstellungspolitischen Anliegen besser zu vernetzen. Sie sind Partner bei der Umsetzung von Gleichstellung. Ihre Anliegen und Bedürfnisse sollen in der geschlechterpolitischen Debatte ihren eigenen Raum finden.

Wir wollen Männer unterstützen, neue Wege zu gehen und auch vermehrt Berufe, die klassisch mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, wie z.B. im pädagogischen Bereich und der sogenannten Care-Arbeit, zu ergreifen. Die Vereinbarkeit von Lebens- und Arbeitswelt ist auch ein Thema für Männer. Die "Partnermonate" beim Elterngeld waren und sind ein erster Erfolg. Eine Weiterentwicklung der Elternzeit soll es auch für Männer selbstverständlicher machen, familiäre Aufgaben zu übernehmen. Eine geschlechtersensible Pädagogik stellt die Frage, inwieweit alle Kinder individuell am besten gefördert werden können. Deswegen unterstützen wir geschlechtersensible Bildungsarbeit und Berufsberatungsangebote.

Die Politik muss ebenso wie die Wissenschaft die Veränderungen der Rollenbilder auch von Männern stärker berücksichtigen. Wir wollen eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitforschung für Genderfragen umsetzen. Wir brauchen einen Aufbruch für die Männergesundheit, eine stärkere Konzentration auf die Prävention und Vorsorgeuntersuchungen von Männerkrankheiten, in den Krankenkassen und in der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Zum Thema Männer als Opfer von Gewalt liegen bisher kaum Daten vor. Hier wollen wir mehr Forschung ebenso wie eine gesellschaftliche Debatte.

3. Die Demokratie vervollständigen

Unsere Demokratie lebt vom Engagement, vom Mitmachen. Tatsächlich sinkt in vielen Landtagen und Kommunalvertretungen der Anteil von Frauen. Das ist knapp 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ein äußerst bedenklicher Trend. Wir wollen auch mit gesetzlichen Regelungen den Frauenanteil und die politische Teilhabe erhöhen, ähnlich wie das mit dem französischen Paritätsgesetz ermöglicht wurde. Erfahrungsgemäß erhöhen vor allem feste Quoten den Anteil von Frauen in Parteien und Parlamenten. Durch eine Dokumentationspflicht von Frauen- und Männeranteil bei Nominierungsveranstaltungen wollen wir gendersensible Daten über politische Beteiligungsprozesse erheben.

Wir halten an der Strategie des Gender Mainstreaming fest, mit der bei allen politischen Handlungen nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer gefragt wird. Unser Ziel ist Geschlechterdemokratie, die ein gerechtes Verhältnis von Frauen und Männern beinhaltet. Eine bundesweite Forschungseinrichtung zur Gleichstellung soll wissenschaftliche Expertise bündeln, Diskussionsprozesse initiieren und unterstützen. Wir wollen einen zweiten Bundesgleichstellungsbericht erstellen lassen, der die Schwerpunkte auf die Bereiche legt, die im ersten Bericht nicht ausführlich behandelt werden konnten.

Durch die Einführung des Gender Budgeting auf allen Ebenen wollen wir Gleichberechtigung auch im Bereich der Haushaltspolitik umsetzen. Die geschlechtersensible Analyse eines Haushalts macht deutlich, welche Auswirkungen die Verwendung öffentlicher Mittel auf Frauen und Männer in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen hat.

4. Über den Körper selbst bestimmen

Selbstbestimmung umfasst auch den eigenen Körper. Frauen müssen über ihre Schwangerschaften frei und ohne Kriminalisierung entscheiden können. Das Recht auf Information und freiwillige Beratung muss allen offen stehen. Dazu gehören auch freiwillige Angebote rund um vorgeburtliche Untersuchungsmethoden. In Deutschland gibt es eine hohe Quote an Geburten mit Kaiserschnitt. Wir wollen die Beratung und Unterstützung durch Hebammen stärken mit dem Ziel, Frauen eine selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen. Fehlanreize zur Durchführung nicht medizinisch indizierter Kaiserschnitte müssen abgeschafft werden. Frauen müssen während der Schwangerschaft, Geburt und in der Nachsorge Zugang zu einer kontinuierlichen Betreuung durch eine Hebamme ihres Vertrauens haben. Für BezieherInnen von Transferleistungen sind Verhütungsmittel unentgeltlich bereit zu stellen. Die „Pille danach“ muss rezeptfrei erhältlich sein. Auf die Nebenwirkungen und die Notwendigkeit von Kontrolluntersuchungen soll hingewiesen werden.

Der Druck, auch den eigenen Körper so weit wie möglich zu optimieren, ist real vorhanden. Abweichungen von der Norm sind schwer zu leben, Fälle von Essstörungen nehmen zu, ebenso wie der Anteil von Schönheitsoperationen. Dabei kommt der photogeshoppten zum Teil offensichtlich, zum Teil eher subtil sexistischen Werbung eine nicht unwesentliche Rolle zu. Gerade

für junge Menschen wird hier ein hoher Druck aufgebaut und ein starres Schönheitsideal vermittelt. Hierüber ist ein gesellschaftlicher Verständigungsprozess erforderlich, der für körperliche Vielfalt sensibilisiert und Sexismus in den Medien ächtet.

Abweichungen von der Norm der Zweigeschlechtlichkeit sind in unserer jetzigen Gesellschaft schwer zu leben, müssen aber selbstbestimmt möglich sein. Obwohl intergeschlechtliche Menschen meist ohne medizinische Eingriffe oder Hormonpräparate leben können, werden sie oft unmittelbar nach der Geburt operiert und leiden oft ihr ganzes Leben darunter. Hier fehlt es an Aufklärung und Beratung der Eltern sowie ausreichend geschultem medizinischen Personal. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit muss auch für Intersexuelle gelten. Wir fordern deshalb, dass medizinisch nicht notwendige Eingriffe nur mit Einwilligung der Intersexuellen selbst durchgeführt werden können.

5. Gewalt ächten

Gewalt ist für viele Frauen bittere Realität. Das Gewaltschutzgesetz hat mit der erleichterten Überlassung der Wohnung die Situation für Gewaltbetroffene in Familien wesentlich verbessert. Dennoch müssen jährlich etwa 34.000 Frauen und Kinder in Frauenhäuser fliehen. Weder die Anzahl der Plätze noch die Hilfs- und Beratungsangebote sind ausreichend. Wir brauchen spezifische Angebote und Plätze in Frauenhäusern insbesondere für Frauen mit Behinderung, Migrantinnen, Frauen mit Kindern und pflegebedürftige Frauen. Mit der zentralen Notrufnummer sollen mehr Betroffene erreicht werden – dann müssen aber auch die Unterstützungseinrichtungen mehr Mittel erhalten. Auch ältere Frauen, Migrantinnen, Frauen mit geringen Einkommen und Frauen in Ausbildung oder ohne eigenes Einkommen haben Schwierigkeiten. Als besondere Gruppe von Gewalt betroffen sind außerdem Frauen in der Obdachlosigkeit. Sie befinden sich oft in problematischen Abhängigkeitsverhältnissen und werden aufgrund eines fehlenden festen Wohnsitzes nicht in Frauenhäusern aufgenommen. Ihnen müssen eigenständige Unterstützungsangebote gemacht werden. Wir müssen eine ausreichende Finanzierung für ein qualitativ hochwertiges Angebot durch die Übernahme als staatliche Pflichtaufgabe für all diese spezifischen Bedürfnisse sicherstellen. Für vergewaltigte Frauen muss zeitnah eine qualifizierte Notfallversorgung und –behandlung einschließlich (anonymer) Spurensicherung und einer Notfallverhütung mit der „Pille danach“ in allen deutschen Krankenhäusern sicher gestellt sein. Die Finanzierung des Notfallpakets muss gewährleistet werden.

Vergewaltigungsmythen, die dazu führen, dass Betroffenen von sexualisierter Gewalt generell eine Teilschuld zugeschrieben wird, sind in Deutschland immer noch weit verbreitet. Sie tragen dazu bei, dass die Dunkelziffer für diese Straftaten weiterhin sehr hoch ist. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass Betroffene deutschlandweit von regelmäßig geschulten und sensibilisierten Polizei- und JustizbeamtInnen betreut werden. Außerdem muss die Finanzierung von umfangreichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten gewährleistet sein. Dadurch wollen wir die Betroffenen von sexualisierter Gewalt vor einer erneuten Traumatisierung schützen. Dazu gehört auch eine Überprüfung der Strafgesetzgebung.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind regelmäßig Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt. Es gibt zu wenig Angebote und auch zu wenig Schutz für sie in den Einrichtungen, in denen sie leben. Deshalb brauchen wir verpflichtende Antidiskriminierungsmaßnahmen und spezifische Förderung damit auch sie selbstbestimmt leben können. Eine geschlechtergerechte Ausrichtung der Inklusion und umfassende Maßnahmen gegen die Mehrfachdiskriminierung und Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen ist dringend erforderlich.

Das rot-grüne Prostitutionsgesetz hat den Bereich des Sexgewerbes entkriminalisiert und die Doppelmoral rechtlich beendet. Das war ein längst überfälliger Schritt. Eine Rückkehr zum Ver-

bot der Prostitution würde die Prostituierten in die Illegalität drängen, ihre Arbeitsbedingung weiter verschlechtern und sie stärker der Gefahr von gewalttätigen Übergriffen aussetzen. Allerdings blieb man damals auf halbem Wege stehen. Deshalb werden wir das Prostitutionsgesetz im Bundestag weiterentwickeln. Unser Ziel ist der möglichst weitgehende Schutz von Prostituierten. Das Beratungs- und Hilfsangebot wollen wir ausbauen und niedrigschwellig zugänglich machen. SexarbeiterInnen müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden. Wir wollen einen Ausbau der Ausstiegsprogramme. Dabei setzen wir nicht auf Einschränkungen, sondern auf das Recht: So sollen unter anderem Prostitutionsbetriebe ab einer bestimmten Größe der gewerberechtlichen Erlaubnispflicht unterliegen. Durch gewerberechtliche Überprüfungen von Prostitutionsstätten und ihren BetreiberInnen wollen wir SexarbeiterInnen schützen und ihre Arbeitsbedingungen sicherer machen. Außerdem wollen wir sie rechtlich besser schützen vor Mietwucher und Ausbeutung und überprüfen, inwieweit der Zugang zur Sozialversicherung verbessert werden kann. Wir wollen zusätzlich kostenfreie medizinische Beratungsangebote für SexarbeiterInnen schaffen.

Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung und eine schwere, abscheuliche Straftat. Die Umsetzung der Europaratskonvention und der EU-Opferschutzrichtlinie gegen Menschenhandel erfordert gesetzliche Neuregelungen auch auf nationaler Ebene. Die Opfer müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden, insbesondere, aber nicht nur während laufender Gerichtsverfahren. Ein dauerhaftes Bleiberecht würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen und so zur Ermittlung der TäterInnen und Erhellung der Strukturen führen. Menschenhandelsopfer, die als Zeuginnen auftreten, brauchen ein umfassendes Opferschutzprogramm. Freier von Zwangsprostituierten müssen auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn ihnen bekannt ist, dass es sich bei dem Opfer um eine Zwangsprostituierte handelt. Außerdem brauchen alle Opfer von Zwangsehen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht.

Frauen wie Männern, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, muss schnell, kompetent und effektiv geholfen werden. Dies erfordert länderübergreifendes Handeln und für alle verbindliche Leitlinien.

Auch in Deutschland leben viele von Genitalverstümmelung betroffene oder bedrohte Frauen und Mädchen. Das wollen wir ausdrücklich als Fall von schwerer Körperverletzung in das Strafgesetzbuch aufnehmen. Eine Bestrafung muss auch dann möglich sein, wenn Mädchen dazu ins Ausland verbracht wurden.

6. Europäische und Internationale Frauenpolitik

Deutschland ist ein Global Player und das muss sich auch in unserer Frauenpolitik zeigen. Die schwarz-gelbe Regierung torpediert auf EU-Ebene die Initiative, eine Quote für Aufsichtsräte einzuführen. Sie kürzt in der Entwicklungshilfe die Mittel für Projekte zur Gleichberechtigung von Frauen und hebt die Bindung der Mittel an Frauenförderung auf. Für die Umsetzung von CEDAW (UN Frauenrechtskonvention) bekommt die Regierung schlechte Noten. Und den Sitzungen von UN-Women bleibt Ministerin Schröder fern.

Wir GRÜNE nehmen die internationalen Gremien ernst und werden auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik präsent sein. Wir werden Einfluss nehmen, zu unserer Verantwortung stehen und finanzielle Mittel in angemessener Höhe dafür zur Verfügung stellen. 50% der Nahrungsmittel und über 70% der Bekleidung weltweit werden von Frauen produziert und auch in Deutschland gekauft. Hier stehen wir in der Pflicht, uns mit und für die Frauen in den produzierenden Ländern für gute Arbeitsbedingungen einzusetzen. Auf der anderen Seite gibt es Länder, die uns in Gleichstellungsfragen weit voraus sind. Der Austausch mit diesen Ländern ist wertvoll.

Auch unser diplomatischer Dienst macht tagtäglich ganz praktische Außenpolitik und benötigt dazu geschlechterpolitische Kompetenz. Wir setzen uns außerdem für mehr Diplomatinnen in den deutschen Vertretungen weltweit ein.

Wer GRÜN wählt, ...

- will ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern.
 - ist für die eigenständige Existenzsicherung und den Abschied vom Haupternährermodell.
 - sorgt für gleiche Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
 - bekommt mehr Frauen in den Parlamenten und Entscheidungspositionen.
 - setzt sich für ein Leben ohne Gewalt ein.
-

Schlüsselprojekte

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – ein Entgeltgleichheitsgesetz erlassen

Frauen erhalten im Schnitt noch immer 22% weniger Lohn als Männer. Typische Frauenberufe werden schlechter entlohnt als typische Männerberufe. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und Freiwilligkeit haben in den letzten zehn Jahren zu nichts geführt. Die Entgeltlücke ist sogar noch größer geworden. Darum wollen wir, das Gebot des gleichen Entgelts bei gleicher und gleichwertiger Arbeit mit gesetzlichen Regelungen und angemessenen Sanktionen durchzusetzen. Damit gleiche Tätigkeiten und gleichwertige Jobs endlich gleich entlohnt werden.

Eigenständige Existenzsicherung voranbringen -Ehegattensplitting ersetzen

Unser Ziel ist, dass jede und jeder die Möglichkeit hat das, was er oder sie zum Leben braucht, selbst zu erwirtschaften. Dabei müssen Zeiten von Nichterwerbstätigkeit selbstverständlich abgesichert sein. Traditionelle Rollenbilder, die unsere Steuer- und Sozialgesetzgebung bis heute prägen, behindern dies. Strukturen, die vor allem für Frauen erhebliche Erwerbshemmnisse darstellen, wollen wir abbauen, dazu gehören unter anderen die Ersetzung der Minijobs, die Überführung der kostenlosen Mitversicherung in die BürgerInnenversicherung und der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Damit steigern wir die Erwerbsanreize für Frauen, leisten einen wichtigen Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senken das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Dabei werden wir in einem ersten Schritt Einkommen bis 60.000 Euro mit einem Splittingdeckel von Belastungen ausnehmen. Die frei werdenden Mittel werden wir in den massiven Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und in den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren. Mit einem umfassenden Aktionsprogramm

werden wir Frauen unterstützen, den (Wieder-) Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit erfolgreich zu gestalten.

Die Hälfte der Macht den Frauen – eine verbindliche Quote einführen

Diverse Selbstverpflichtungen der Unternehmen blieben ohne größeren Einfluss auf den Frauenanteil in den Führungsgremien. Wir haben genug von den Lippenbekenntnissen und wollen endlich Taten sehen, um die gläserne Decke für Frauen zu beseitigen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände wie in Norwegen werden die Männerclubs in den Führungsetagen aufbrechen und zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und andere Frauen nachziehen. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.
